

**Stefan Micheler**  
**Zeitschriften, Verbände und Lokale**  
**gleichgeschlechtlich begehrender Menschen in der Weimarer Republik**

Online-Publikation: [www.StefanMicheler.de/zvlggbm/stm\\_zvlggbm.pdf](http://www.StefanMicheler.de/zvlggbm/stm_zvlggbm.pdf), 1.8.2008

Der hier vorgelegte Beitrag ist die erweiterte Fassung eines überwiegend unveröffentlichten Kapitels meiner Dissertation *Selbstbilder und Fremdbilder der "Anderen". Männer begehrende Männer in der Weimarer Republik und der NS-Zeit*, Konstanz: Universitätsverlag Konstanz 2005 [Dissertation Universität Hamburg 2004], das die Geschichte der Freundschaftszeitschriften und Freundschaftsverbände behandelt. Die Darstellung ist hier detaillierter als in der Druckpassung, außerdem wird auf die Mitgliederstruktur und die politischen Aktivitäten des *Bundes für Menschenrecht* sowie auf die Freundschaftslokale ausführlich eingegangen.

### **Gliederung**

1. *Die Freundschaft* 1919-1923 –  
Wegbereiterin einer breiten Bewegung nach dem Sturz der Monarchie  
Der Kampf mit der Zensur
2. Die örtlichen Freundschaftsverbände und der *Deutsche Freundschaftsverband* 1919-1922
3. Andere Freundschafts-Zeitschriften 1919-1922
4. Der Aufstieg Friedrich Radszuweits 1922/23
5. Die Zeitschriften des Verlages von Friedrich Radszuweit  
Zensurmaßnahmen ab Mitte der 20er Jahre
6. Friedrich Radszuweit und der *Bund für Menschenrecht* 1923-1933  
Die Mitglieder des *BfM* und die Verbandsstrukturen  
Der Kampf gegen den § 175  
Der Kampf gegen die Diskriminierung und Verfolgung  
Hilfe für gleichgeschlechtlich begehrende Menschen in Notlagen
7. Die Entwicklung der *Freundschaft* und ihrer Nachfolgeblätter 1923-1933,  
Neugründung des *DFV*
8. Freundschaftslokale und andere Treffpunkte
9. Öffentliche Wahrnehmung der "Homosexuellen"

Wer mit uns will, der trete vor  
Und recke seine Faust empor,  
Der schau getrost ins Himmelszelt;  
Wer mit uns geht, gewinnt die Welt.

Wer sich zu schwach zum Kampfe fühlt  
Und liebt und läuft und tanzt und spielt,  
Der hefte sich als Ehrenmann  
Den stolzen Namen Schwächling an.

Wir haben keine Stunde Zeit;  
Wir warten nicht, der Weg ist weit.  
Wer warten will und sich versteckt,  
Der warte, bis ein Feind ihn weckt.

Wer hinter Pfühl und Schlössern sitzt,  
Wenn um ihn Haß zum Himmel spritzt,  
Und wer fremd sich seinen Brüdern stellt,  
Der paßt, weiß Gott, nicht in die Welt.

Dem schickt sichs, das (sic) er für den Rest  
Des Lebens sich begraben läßt.  
Und klaglos als ein schöner Held  
Geächtet fährt von dieser Welt.

Wo Mord und Feinde um uns stehn,  
Da muß ein Wille mit uns gehn;  
Der letzte Schlag, das letzte Blut  
Für unser Recht als höchstes Gut.

Es gibt nur eins, das für uns spricht:  
Ein ganzes Volk zerbricht man nicht,  
Ein ganzes Volk, das frei und fest  
Sich martern, doch nicht beugen läßt.

Wer mit uns will, der trete vor  
Und recke seine Faust empor,  
Der schau getrost ins Himmelszelt;  
Wer mit uns geht, gewinnt die Welt.

Ohne Titel, anonym, Blätter für Menschenrecht  
Nr. 9, 15.6.1923 (1. Jg.), S. 3.

## 1. Die Freundschaft 1919-1923 – Wegbereiterin einer breiten Bewegung nach dem Sturz der Monarchie

Der Sturz der preußisch-deutschen Monarchie zum Ende des I. Weltkrieges im November 1918 führte nicht nur zu einem Wechsel der Staats- und Regierungsform, sondern die Bevölkerung des Deutschen Reiches erkämpfte auch eine Vielzahl von Bürgerrechten, die der kaiserliche Obrigkeitsstaat verweigert hatte. Die Ausrufung der Republik markierte gleichermaßen einen gesellschaftlichen Aufbruch. Nun konnten sich viele gesellschaftliche Gruppen den Raum schaffen, ihre vielfach schon vor Jahrzehnten entwickelten Ideen und gesetzten Ziele zu realisieren. Die Weimarer Reichsverfassung vom 11. August 1919 nannte in 55 Artikeln die "Grundrechte und Grundpflichten der Deutschen", darunter auch die bürgerlichen Freiheitsrechte. Die Grundrechte spielten in der Verfassungspraxis allerdings kaum eine Rolle, da sie zum einen eingeschränkt werden konnten und zum anderen nicht einklagbar waren. Die monarchistisch-reaktionären Eliten, die auch während der Weimarer Republik einen erheblichen Teil der maßgeblichen Stellen in der Verwaltung und der Justiz innehatten, versuchten, bürgerliche Freiheiten zu beschneiden. Doch waren ihre Bestrebungen insbesondere während der ersten Jahre der Republik oft nicht erfolgreich, da zahlreiche Menschen selbstbewusst die Anordnungen der Autoritäten umgingen, sie ignorierten, sich ihnen widersetzten oder auf rechtsstaatlichem Wege versuchten, ihre Rechte einzuklagen.

Zu denjenigen, die die Möglichkeiten der neuen Gesellschaftsordnung nutzten, gehörten auch viele gleichgeschlechtlich begehrende Menschen. Im Mai 1919 hatte in Berlin der Film *Anders als die Andern* von Richard Oswald und Magnus Hirschfeld Premiere, der über Homosexualität aufklären wollte. Insbesondere die Nutzung des Films als neuen Mediums ermöglichte das Erreichen unterschiedlicher Bevölkerungsschichten. Erstmals nach den "Skandal-Prozessen" zu Beginn des Jahrhunderts wurde Homosexualität wieder breit in der Öffentlichkeit thematisiert, nun nicht mehr mit dem Fokus der Dekadenz der Oberschicht, sondern zum Teil unter dem neuen Fokus des Mitleids. Möglicherweise durch den Film motiviert, gab der Karl-Schultz-Verlag in Berlin am 14. August 1919, also unmittelbar nach Inkrafttreten der Reichsverfassung, erstmals eine Zeitschrift mit dem Titel *Die Freundschaft* heraus; im Untertitel nannte sie sich *Wochenschrift für Aufklärung und geistige Hebung der idealen Freundschaft*. Unter der Überschrift "Was wir wollen!" gab die Redaktion ihre Anliegen und Ziele bekannt:

## Die Freundschaft

- will allen freidenkenden Freunden und Freundinnen ein aufklärender, belehrender und unterhaltender, in trüben Stunden aufrichtender guter Freund und Berater in allen Lebenslagen sein.
- will die Interessen der freidenkenden ledigen Personen in jeder Weise vertreten.
- will allen denjenigen, welchen durch wirtschaftliche Verhältnisse oder [aus] sonstigen Gründen der ersehnte ideale freundschaftliche Verkehr erschwert wird, ein Vermittler sein.
- vertritt den Standpunkt der freien Selbstbestimmung und Verfügung des erwachsenen Individuums über sich selbst.
- will kein Skandal- und Sensationsblatt sein, sondern eine auf idealer Grundlage aufgebaute, mit dem Zuge der Zeit gehende, aufklärende, freidenkende Wochenzeitschrift.<sup>1</sup>

Während im Programm das Wort "homosexuell" nicht verwendet wurde, zeigte der mit großer Schlagzeile versehene Leitartikel "Aufhebung des § 175?", dass die Zeitschrift die Interessen gleichgeschlechtlich begehrender Menschen vertreten wollte. In der zweiten Nummer der *Freundschaft* wurde das Programm an gleicher Stelle erneut abgedruckt. In dieser Ausgabe beschäftigte sich der Leitartikel "Wahre und unwahre Aufklärung" mit der Diffamierung gleichgeschlechtlich begehrender Menschen in der Presse und der Notwendigkeit einer Gegenaufklärung bzw. "wahren Aufklärung".<sup>2</sup> Diese beiden Leitartikel umrissen die beiden politischen Hauptziele der neuen Zeitschrift und damit auch der "homosexuellen Bewegung" während der Jahre der Weimarer Republik: einen Beitrag zur Abschaffung des § 175 zu leisten und über Homosexualität aufzuklären.

Das Programm der *Freundschaft* unterstrich den Doppelcharakter des Blattes, zum einen durch Aufklärung, Belehrung und Unterhaltung Ratgeber und Vermittler für einzelne "Freundinnen und Freunde" zu sein, zum anderen die gesellschaftlichen und politischen Interessen gleichgeschlechtlich begehrender Männer und Frauen zu vertreten.

Die *Freundschaft* wollte "alle" Freundinnen und Freunde aus unterschiedlichen Schichten ansprechen, denn die Zeitschriften des Kaiserreichs, *Der Eigene*, der seit 1896 von Adolf Brand, dem Vorsitzenden der *Gemeinschaft der Eigenen*, herausgegeben wurde und ab 1898 Homosexualität thematisierte,<sup>3</sup> und das *Jahrbuch für sexuelle Zwischenstufen*, seit 1899 von Magnus Hirschfelds *Wissenschaftlich-humanitärem Komitee* ediert, hatten sich primär an ein bildungsbürgerliches Publikum gewandt. Auch dass die *Freundschaft* offen an Kiosken ausgehängt und von Straßen-Zeitungsverkäufern angeboten wurde, zeigt, dass die Zeitschrift ein "Blatt für alle" sein wollte; denn die bisherigen Zeitschriften waren nur im Buchhandel oder im Abonnement erhältlich gewesen. In der ersten Ausgabe der Zeitschrift rief man die Leserinnen und Leser auf, bei allen Zeitungshändlern und Kiosken nach der *Freundschaft* zu fragen.

Als die *Freundschaft* im August 1919 mit 20.000 Exemplaren<sup>4</sup> erstmals erschien, war sie die einzige Zeitschrift für gleichgeschlechtlich begehrende Menschen: *Der Eigene* bzw. seine *Extrapost* hatten ihr Erscheinen bereits vor dem I. Weltkrieg eingestellt, das am 1. Mai 1919 von Adolf Brand herausgegebene Faltblatt *Die Gemeinschaft der Eigenen* war

<sup>1</sup> Was wir wollen! In: Die Freundschaft Nr. 1, [August] 1919 (1. Jg.), S. 1. Die *Freundschaft* und andere Zeitschriften trugen nicht immer eine Datumsangabe auf dem Titelblatt. Um die Zeitschriften zeitlich zu ordnen zu können, habe ich den Monat des Erscheinens in eckigen Klammern ergänzt.

<sup>2</sup> S.: Wahre und falsche Aufklärung. In: Die Freundschaft Nr. 2, 21.8.1919 (1. Jg.), S. 1/2.

<sup>3</sup> Herzer, Manfred: "Dunkel ist das Leben, ist der Tod." Verschwörungstheorien und Suizidtabu bei Adolf Brand. In: Emanzipation hinter der Weltstadt. Adolf Brand und die Gemeinschaft der Eigenen. Katalog zur Ausstellung vom 7. Oktober bis 17. November 2000 in Berlin-Friedrichshagen. Hg. v. Marita Keilson-Lauritz, Rolf F. Lang, Berlin: Müggel-Verlag Rolf F. Lang 2000, S. 54-68, S. 56.

<sup>4</sup> Hans Leu: Ein Jahr siegreichen Kampfes! In: Die Freundschaft Nr. 32, [August] 1920 (2. Jg.), S. 1/2. Ich halte diese Zahlenangabe für realistisch.

nur einmal erschienen<sup>5</sup> und statt der *Jahrbücher für sexuelle Zwischenstufen* waren während des I. Weltkrieges nur die *Vierteljahresberichte des wissenschaftlich-humanitären Komitees* veröffentlicht worden. Erst im November 1919, nachdem die *Freundschaft* sich erfolgreich Zensurversuchen widersetzt hatte, wurde *Der Eigene* wieder regelmäßig herausgegeben.

Bereits die ersten Ausgaben der wöchentlich erscheinenden *Freundschaft* zeigen, dass sich die Zeitschrift auf ein informelles Netzwerk gleichgeschlechtlich begehrender Männer und Frauen in Berlin und anderen deutschen Städten stützen konnte. Die zunächst 4-seitige Zeitschrift enthielt eine Seite mit Kontaktanzeigen, privaten gewerblichen Anzeigen und Stellengesuchen, ab der zweiten Ausgabe Anzeigen Berliner Freundschaftslokale und Hinweise auf Inseratenannahmestellen in anderen Großstädten wie Breslau, Kassel, Leipzig und Dresden, die in der ersten Ausgabe gesucht worden waren. Zeitungshändler und Vertriebsstellen in anderen Großstädten fanden sich schnell. Das Blatt, vermutlich zunächst primär an ein Berliner Publikum gerichtet, verbreitete sich umgehend in der ganzen Republik. Eine schnell steigende Auflage und viele positive Zuschriften zeigen den Erfolg der Zeitschrift.

Die *Freundschaft* verstand sich als AutorInnen-LeserInnen-Forum, d.h. die LeserInnen sollten auch AutorInnen sein können. So wurde schon in der ersten Nummer dazu aufgerufen, "Poesie und Prosa" beizusteuern. Obwohl die Zeitschrift ständig von Zensur bedroht war und oft am Erscheinen gehindert oder mit einem Aushangsverbot belegt wurde, wurden die Debatten in der Rubrik "Freie Meinung!" tatsächlich recht "frei" und ohne Selbstzensur geführt.

Mit ihrem Titel griff die *Freundschaft* einen schon während des Kaiserreichs entstandenen Begriff für gleichgeschlechtliches Begehren auf. Die Angehörigen der angesprochenen Gruppe bezeichnete die *Freundschaft* dementsprechend als "Freunde und Freundinnen".<sup>6</sup> Zielgruppe der Zeitschrift waren von Anfang an Männer begehrende Männer und Frauen begehrende Frauen, was sich sowohl in den allgemeinen Beiträgen der Redaktion als auch an einzelnen Artikeln verschiedener AutorInnen ablesen lässt. Frauen verfassten Beiträge und äußerten sich in der LeserInnen-Rubrik "Freie Meinung!", allerdings deutlich seltener als Männer. Den Aufrufen zur Mitarbeit und zur Beteiligung an den Debatten, wie etwa dem vom Februar 1921 von einer "Mitschwester in Sappho" an die "lesbischen Frauen" gerichtet,<sup>7</sup> folgten nur wenige, die *Freundschaft* blieb männerdominiert.

Die *Freundschaft* trug entscheidend zur Bildung lokaler Freundschaftsbünde in verschiedenen Städten bei. Ausgangspunkt hierfür war zunächst aber eher das Bestreben, das Erscheinen der *Freundschaft* sicherzustellen, als eigene Vereinigungen zu schaffen: Auf der Titelseite der 5. Ausgabe der *Freundschaft* wandte sich erstmals der Berliner *Klub der Freunde und Freundinnen* an die Öffentlichkeit und forderte "alle auf dem Boden der idealen Freundschaft stehenden Damen und Herren über 18 Jahren" zum Beitritt auf.<sup>8</sup> Anlass der Verbandsgründung, die später mit Datum vom 19. September 1919 angegeben wurde, war, die *Freundschaft* nunmehr als Mitteilungsblatt einer Vereinigung herauszugeben und so die bereits erfolgte Zensur zu umgehen. In der 6. Ausgabe teilte die Redaktion hingegen an nicht auffälliger Stelle mit, dass auch die Abonnenten, die der Vereinigung nicht angehörten, weiterhin die *Freundschaft* erhielten.<sup>9</sup> Obwohl der Klub nur aus strategischen Gründen entstanden war, blieb er keine Alibi-Vereinigung, sondern ent-

<sup>5</sup> Keilson-Lauritz 1997, S. 117/118.

<sup>6</sup> Siehe dazu ausführlich: Kapitel III.5.

<sup>7</sup> Eine Mitschwester in: Sappho: Aufruf: lesbische Frauen! In: Die *Freundschaft* Nr. 7, 20.2.1921 (3. Jg.), S. 6.

<sup>8</sup> An unsere Mitglieder. In: Die *Freundschaft* Nr. 5, [September] 1919 (1. Jg.), S. 1.

<sup>9</sup> Briefkasten. In: Die *Freundschaft* Nr. 6, [September] 1919 (1. Jg.), S. 3.

wickelte sich schnell zu einer starken, lebendigen Organisation, an der es offensichtlich bisher gefehlt hatte. Über die genauen Umstände der Gründung gibt die *Freundschaft* keine Auskunft, in der 7. Ausgabe dankten jedoch Carl Schultz und Berta Olm als Vorstand für die zahlreichen Beitritte und luden zu einer Mitgliederversammlung: "Im gemütlichen, zwanglosen Zusammensein wollen wir geistvolle, anregende und fröhliche Stunden verbringen. Niemand soll sich in unserm Kreise einsam und als Außenseiter fühlen." Sie bekräftigten, dass der Verband nur "anständige" Menschen aufnehmen wolle: "Es ist in erster Linie unsere Absicht, nur vollständig einwandfreie Mitglieder aufzunehmen (Damen und Herren nicht unter 18 Jahren) [...]. Als Grundbedingung setzen wir angeborenes Taktgefühl und absolutes Verständnis für die Individualität des Einzelnen voraus."<sup>10</sup> Zahlreiche LeserInnen begrüßten die Gründung eines Verbandes, sprachen aber davon, dass neben dem geselligen Beisammensein auch politische Aufklärungsarbeit notwendig sei.<sup>11</sup>

In den Jahren 1919 und 1920 gründeten sich auch in anderen Städten Freundschaftsbünde, so in Breslau, Leipzig, Hamburg, Frankfurt am Main, Dresden, Düsseldorf, Hannover und Stuttgart. In Berlin entstanden weitere Bünde. Im August 1920 schlossen sich die Verbände auf Einladung des *WhK* in Berlin zum *Deutschen Freundschaftsverband (DFV)* als Dachverband zusammen. Gleichzeitig bildete der neue *DFV* mit dem *WhK* und der *GdE* einen *Aktions-Ausschuß zur Beseitigung des § 175*.<sup>12</sup> Die *Freundschaft* wurde zum Organ des *DFV*. Mit der Gründung des *Deutschen Freundschaftsverbandes* trat neben die bildungsbürgerlich-elitären Gruppen und einzelne regionale Gruppen, die sich während des Kaiserreiches gebildet hatten,<sup>13</sup> eine reichsweite Organisation, die breitere Schichten erreichte. Der *Deutsche Freundschaftsverband* blieb während der 20er Jahre nicht der einzige Verband, der sich an gleichgeschlechtlich begehrende Menschen aus allen Bevölkerungsschichten wenden wollte. Der *DFV* benannte sich 1923 in *Bund für Menschenrecht (BfM)* um. Mehrere ehemalige führende Männer des *DFV*, die mit dem politischen Kurs des *BfM* und dem Führungsstil des neuen ersten Vorsitzenden Friedrich Radszuweit (1876-1932) nicht zufrieden waren, aber keine Mehrheiten auf den Verbandstreffen mehr fanden oder aus dem *BfM* ausgeschlossen worden waren, gründeten im März 1925 in Berlin den *Deutschen Freundschaftsverband neu*.<sup>14</sup> Der *BfM* sah sich auch in Konkurrenz zur *GdE* und zum *WhK*. Das *WhK* bedauerte hingegen, von der Aufbruchstimmung nach dem Sturz der Monarchie nicht profitiert und keine neuen "qualifizierten" Mitglieder bekommen zu haben.<sup>15</sup>

Die Jahre 1919 bis 1923 markieren eine Aufbruchphase gleichgeschlechtlich begehrender Menschen im Deutschen Reich, aber auch in den deutschsprachigen Nachbarländern Österreich und Schweiz. Die *Freundschaft* war in diesen Jahren die wichtigste Trägerin der

<sup>10</sup> Klub der Freunde und Freundinnen, Sitz Berlin: An unsere Mitglieder. In: Die Freundschaft Nr. 7, [September] 1919 (1. Jg.), S. 3.

<sup>11</sup> Anonym, Leserbrief, Rubrik: Freie Meinung! In: Die Freundschaft Nr. 6, [September] 1919 (1. Jg.), S. 3. C.B., Leserbrief, Rubrik: Freie Meinung! In: Die Freundschaft Nr. 7, [September] 1919 (1. Jg.), S. 3.

<sup>12</sup> In den Presseorganen der drei Vereinigungen erschienen hierüber Berichte, die sich inhaltlich entsprechen. Leu, Hans: Es gibt nur ein Ziel! In: Die Freundschaft Nr. 36, [September] 1920 (2. Jg.), S. 2. An Alle! Aufruf des Aktions-Ausschusses. In: Die Freundschaft Nr. 39, [September] 1920 (2. Jg.), S. 1. Jahrbuch für sexuelle Zwischenstufen, 1920 (20. Jg.), S. 180/181. Von Kampf und Ziel. In: Der Eigene Nr. 1, 1.10.1920 (8. Jg.), S. 11-12.

<sup>13</sup> So etwa der Club "Gesellschaft der Freunde von 1912", Berlin. Anzeige in: Die Freundschaft Nr. 9, [Oktober] 1919 (1. Jg.), S. 4. Oder eine 1906 als "Bund der warmen Brüder" bezeichnete Gruppe im österreichischen Graz. Weingand, Hans-Peter: "Im Sumpfe der Großstadt". Männliche Homosexualität in Graz um 1900. In: Historisches Jahrbuch der Stadt Graz, Bd. 27/28, Graz 1998, S. 709-722.

<sup>14</sup> Mitteilungen des Freundschafts-Vereins Groß-Berlin. In: Die Fanfare Nr. 10, [März] 1925 (2. Jg.), S. 1.

<sup>15</sup> Auszug aus der Rede Max H. Danielsens, Kiel, über "Organisationsfragen", gehalten auf der diesjährigen Generalversammlung des W.-h.K. In: Die Freundschaft Nr. 36, [September] 1920 (2. Jg.), S. 2/3. Auszug aus der Rede Max H. Danielsens, Kiel, über "Organisationsfragen", gehalten auf der diesjährigen Generalversammlung des W.-h.K. In: Die Freundschaft Nr. 38, [September] 1920 (2. Jg.), S. 3.

Emanzipation, sie war Ausdruck eines neuen Selbstbewusstseins gleichgeschlechtlich begehrender Männer und Frauen in der jungen deutschen Republik. Sie war nicht nur Vorbild und Maßstab für ihre in den folgenden Jahren erscheinenden Nachfolge- und Konkurrenzblätter, sondern ermöglichte und initiierte die Erweiterung der "homosexuellen Bewegung" auf breitere gesellschaftliche Schichten. In Berlin und anderen Großstädten des Deutschen Reiches eröffneten während der ersten Jahre der Weimarer Republik zahlreiche neue Freundschaftslokale, meist von Männer begehrenden Männern geführt, aber auch von Frauen begehrenden Frauen und von Ehepaaren, die gleichgeschlechtlich begehrenden Menschen Raum für Begegnung, Unterhaltung, Tanz und Vergnügen geben wollten. Ein Teil der Lokale war mit den Verbänden verbunden, sowohl in Personalunion als auch durch Kooperationen. Im Folgenden soll die Geschichte der Zeitschriften, Verbände und der Lokale der Weimarer Republik dargestellt werden.

Die *Freundschaft* thematisierte die gesellschaftliche und rechtliche Situation der "Freundinnen und Freunde", insbesondere die verschiedenen Ansätze zur Strafrechtsreform im Deutschen Reich, und verglich die deutschen Verhältnisse mit denen in anderen europäischen Staaten. Dabei verstand sie sich auch als Ratgeberin zu verschiedenen persönlichen und gesellschaftlichen Problemen. So bot die Redaktion bereits in der ersten Ausgabe zweimal wöchentlich eine Sprechstunde für "Rat und Aufklärung" an. Die *Freundschaft* enthielt sexualwissenschaftliche Berichte über medizinische Forschungen, zentral waren daneben die Themen "Freundschaft" und "Eros" sowie Berichte über gleichgeschlechtliche Sexualität in anderen Kulturen und in der Geschichte. Ein fester Bestandteil waren ferner Presseschauen, die homophobe Artikel aus der deutschen Tages- und Wochenpresse und Berichte über Verbrechen an gleichgeschlechtlich begehrenden Menschen enthielten, aber auch Meldungen der internationalen Presse über vermeintliche "Kuriositäten" des Geschlechtslebens wie Transvestiten und Hermaphroditen. Die *Freundschaft* enthielt Rezensionen wissenschaftlicher und belletristischer Literatur sowie Theater- und Filmbesprechungen. Häufig erschienen auch die Rubriken "Mitteilungen", in der unter anderem über Veranstaltungen in verschiedenen Städten informiert wurde, und "Diskussionsforum", die Raum zu kontroversen Debatten bot. Prosa und Lyrik bekannter und unbekannter zeitgenössischer und klassischer AutorInnen, oft die literarischen Versuche der LeserInnen, bildeten die zweite Säule der *Freundschaft*. Insbesondere Romane wurden über mehrere Ausgaben fortgesetzt. Die dritte Säule waren Anzeigen von Lokalen und Gewerbetreibenden, Kontaktanzeigen ("Anschlußgesuche") und andere private Anzeigen, wie Stellengesuche und An- und Verkaufsanzeigen. Sie trugen entscheidend zur Finanzierung der Zeitschrift bei und machten etwa ein Drittel des Umfangs aus. Abbildungen erschienen in den ersten Jahren nicht zuletzt wegen der hohen Herstellungskosten überhaupt nicht. Erst ab Januar 1921 wurden Zeichnungen oder Gemälde bekannter und weniger bekannter Künstler, die berühmte Persönlichkeiten darstellten, die als "anders als die Anderen" angesehen wurden, auf dem Titelblatt gezeigt. Ab Mitte der 20er Jahre nahm die Zahl der Abbildungen zu, was vermutlich durch die verbesserte wirtschaftliche Lage und veränderte Reproduktionsverfahren möglich wurde. Erstmals wurden auch Aktfotos und Aktzeichnungen veröffentlicht.

Die *Freundschaft* erschien von 1919 bis 1923 wöchentlich, steigerte ihre Seitenzahl von anfänglich vier auf acht im Januar 1920, ab Februar 1921 waren es zwölf und von Herbst 1921 bis zum Sommer 1922 hatte sie sogar 16 Seiten. Die Jahrgänge 1921 und 1922 waren somit die umfangreichsten in der 15-jährigen Geschichte der *Freundschaft*. Der Preis betrug vor der Hyper-Inflation 10 Pfennig pro Blatt bzw. für 2 Seiten, beispielsweise im Januar 1920 40 Pfennig für 8 Seiten. Im Vergleich zu seitenstarken Tageszeitungen, die zu dieser Zeit 10 oder 20 Pfennig kosteten,<sup>16</sup> war sie verhältnismäßig teuer und damit für

<sup>16</sup> Eine Einzelausgabe der bürgerlich-konservativen *Hamburger Nachrichten* kostete im Januar 1920 20 Pfennig, die Morgenausgabe des sozialdemokratischen *Hamburger Echo* kostete 10 Pfennig, die Abend-

einkommensschwache Menschen kaum erschwinglich. Die *Freundschaft* wollte zwar breite LeserInnen-Schichten und nicht nur die gebildete Oberschicht ansprechen, es erscheint aber unwahrscheinlich, dass sie angesichts ihres Preises viele Arbeiterinnen und Arbeiter erreichte. In verschiedenen Artikeln wurde dies beklagt, auch inserierten ArbeiterInnen nur selten in der Zeitschrift, meldeten sich kaum mit Beiträgen zu Wort oder gaben sich als solche zu erkennen. ArbeiterInnen dürften nur über den Besuch der Lokale, in denen die *Freundschaft* auslag, oder durch Bekannte, die sich den Erwerb der Zeitung leisten konnten, Kenntnis der einzelnen Ausgaben der *Freundschaft* erhalten haben.

Über die Auflage der Zeitschrift sind kaum Angaben zu finden, auf dem Titelblatt oder im Impressum war sie nicht angegeben und auch *Sperlings Zeitschriften-Adressbuch* nennt sie nicht.<sup>17</sup> In einem Rückblick vom August 1920 gab Hans Leu, wie schon erwähnt, eine Startauflage von 20.000 Exemplaren an, die sich kontinuierlich gesteigert habe. Über 40.000 bis 50.000 Exemplare ist die Auflage aber vermutlich nicht gestiegen, denn in einem Artikel vom Juli 1922 heißt es – aus der Perspektive der *Freundschaft* gesprochen: "Bei den Millionen an meinem Erscheinen Interessierten und der für mich Interessierenden müßte ich allwöchentlich eine Auflage von 100000 haben" – dann würde eine gegenwärtige Ausgabe nicht 5 Mark, sondern nur 2 Mark kosten. "Nicht meine Schuld ist es, daß ich so klein und teuer bin, sondern die rätselhafte Gleichgültigkeit und Apathie der sinnlich stark, jedoch für ihren eigenen Freiheitskampf uninteressierten Invertierten." Als treue LeserInnen werden nicht nur Invertierte genannt, sondern auch "am Uranismus interessierte Familien und insbesondere Mütter". "Weiter bin ich bei Mediziner, Juristen, in Redaktionen und Regierungsstellen zu Hause." Die Zeitschrift wurde auch im Ausland verkauft, nach eigenen Angaben sogar weltweit.<sup>18</sup> Max H. Danielsen (Jg. 1885), von 1920 bis Oktober 1922 verantwortlicher Redakteur der *Freundschaft* und von April 1921 bis April 1922 zweiter Vorsitzender des DFV, gab 1928 in einem Bericht in der *Neuen Freundschaft* an, die *Freundschaft* im Herbst 1922 mit einer Auflage von 13.000 verkauften Exemplaren übergeben zu haben.<sup>19</sup> Möglicherweise stieg die Auflage ab 1919 tatsächlich weiter an, während im Herbst 1922 die zunehmende Inflation bereits zu einem Rückgang der Zahl verkaufter Exemplare führte.

Von einem regen Interesse an der *Freundschaft* berichtete der französische Publizist Ambroise Got in einem diffamierenden Artikel über die Freundschaftsverbände, der vermutlich im Sommer 1922 entstand und im Februar 1923 in einer französischen Zeitschrift veröffentlicht wurde: Es sei schwierig, ein Exemplar der *Freundschaft* zu erhalten, wenn man sie nicht gleich am Tag des Erscheinens kaufe, in mehreren Städten sei sie "sofort nach Erscheinen ausverkauft, und man wird schon am nächsten Tag vergeblich am Kiosk nachfragen".<sup>20</sup> Möglicherweise war die Zeitschrift aber nicht ausverkauft, sondern kurz nach Erscheinen der Zensur zum Opfer gefallen, der sie während der gesamten Periode der Weimarer Republik ausgesetzt war, oder die Leserinnen und Leser reagierten auf eine

---

ausgabe 20 Pfennig. Preise aus: Hamburger Nachrichten Nr. 1, 1.1.1920, bzw. Hamburger Echo Nr. 1, 1.1.1920. Die Zeitungen hatten eine Seitenstärke weit im zweistelligen Bereich. Für die Informationen danke ich Karl-Christian Führer, Hamburg.

<sup>17</sup> Sperlings Zeitschriften-Adressbuch. Handbuch der deutschen Presse. Die wichtigsten Zeitschriften und politischen Zeitungen Deutschlands, Österreichs und des Auslandes. Hg. vom Börsenverein der Deutschen Buchhändler, Leipzig: Verlag des Börsenvereins der Deutschen Buchhändler. Stuttgart: Sperlung, Nr. 50, 1923.

<sup>18</sup> Hans Leu: Ein Jahr siegreichen Kampfes! In: Die Freundschaft Nr. 32, [August] 1920 (2. Jg.), S. 1/2. Die "Freundschaft" an ihre Leser. Wie ich wurde und was ich will. In: Die Freundschaft Nr. 30, 29.7.1922 (4. Jg.), S. 13.

<sup>19</sup> Max H. Danielsen: Die Wahrheit über den Bund für Menschenrecht. In: Neue Freundschaft Nr. 13, [April] 1928 (1. Jg.), S. 1/2.

<sup>20</sup> Ambroise Got: Le Vice organisé en Allemagne. In: Mercure de France Nr. 591, 1.2.1923, S. 655-678. Übersetzt unter dem Titel "Das organisierte Laster in Deutschland" abgedruckt in: Capri. Zeitschrift für schwule Geschichte, Nr. 15, Mai 1993 (6. Jg.), S. 4-13, S. 7.

drohende Beschlagnahmung mit einem unverzüglichen Kauf der neuen Ausgabe. Ob und in welchem Umfang es in dem von Got beschriebenen Zeitraum – der ersten Jahreshälfte 1922 – Beschlagnahmungen gab, ist allerdings nicht zu ermitteln. Seine Vermutung, dass das Interesse so groß war, dass die *Freundschaft* sofort vergriffen war, könnte also durchaus zutreffend sein. Der Verkaufsboykott durch die 400 Kioske des Berliner Kommerzienrats Stilke im ganzen Reich dürfte der Verbreitung der *Freundschaft* nicht geschadet haben. Im Juli 1922 heißt es in der *Freundschaft*, Stilke halte die Zeitschrift ängstlich von seinen Verkaufsständen fern, "da er wohl mit Recht befürchtet, ich [*Die Freundschaft*] könnte in der Gemeinschaft eines Teils der dort feilgebotenen Zeitungen und Zeitschriften sittlich und moralisch Schaden erleiden", gemeint waren verschiedene Sensations- und Skandalblätter.<sup>21</sup>

Die *Freundschaft* hatte vermutlich weit mehr LeserInnen als KäuferInnen: Sie lag in vielen Lokalen und in den Geschäftsstellen der Verbandsgruppen öffentlich aus und die Redaktion rief mehrfach dazu auf, "ausgelesene" Ausgaben an Bekannte weiterzugeben oder sie dezent an öffentlichen Orten auszulegen, um mit den Informationen möglichst viele Menschen erreichen zu können. So hieß es im Oktober 1920: "Keine 'Freundschaft' in den Papierkorb! Hast du die 'Freundschaft' gelesen, so gib sie Bekannten, oder laß sie unauffällig liegen in der Eisenbahn, in der Elektrischen, auf den Schreibtischen der Post, in Gasthäusern u.s.w. u.s.w."<sup>22</sup> Dass dieser Aufforderung nachgekommen wurde, zeigt neben Leserbriefen<sup>23</sup> beispielsweise die Aussage eines Kaufmännischen Angestellten bei der Hamburger Kriminalpolizei im Mai 1938. Der Mann gab an, "etwa im Jahre 1925" "in einem Abteil der Vorortbahn eine Zeitung 'Die Freundschaft'" gefunden zu haben. "Dieses Blatt habe ich gelesen und aus Neugierde und Enttäuschung, die ich mit dem Mädchen erlebt hatte, habe ich mich wieder mehr mit diesem Gedanken befaßt." Es ist unwahrscheinlich, dass dies eine Schutzbehauptung war, denn für das Verfahren war diese Information völlig unerheblich.<sup>24</sup>

Während der ersten Jahre ihres Erscheinens wechselte und ergänzte die *Freundschaft* mehrfach ihren Untertitel,<sup>25</sup> inhaltliche Veränderungen waren damit nicht verbunden. Ab der 6. Ausgabe führte sie auch die Bezeichnung *Offizielles Organ des "Klubs der Freunde und Freundinnen" sowie zahlreicher anderer Klubs* im Untertitel, um so als vermeintlich internes Vereinsblatt die Zensurbestimmungen zu umgehen. Nach Gründung des DFV im August 1920 nannte sie sich dementsprechend *Offizielles Organ des Deutschen Freundschaftsverbandes sowie zahlreicher anderer Klubs und Vereine*.

Eine eindeutige Zentrierung auf Berlin blieb in den ersten Jahren bestehen, wie auch die Zuschrift eines Stuttgarter Lesers unterstreicht, der beklagte: "Sehr egoistisch scheinen die Berliner veranlagt zu sein, die am liebsten ihre 'Freundschaft' ganz für sich behalten würden. Denn sie denken scheinbar nicht daran, daß es auch draußen in der 'Provinz' und im weiten Deutschland noch viele Hunderte und Tausende gibt, denen die 'Freundschaft'

<sup>21</sup> Die "Freundschaft" an ihre Leser. Wie ich wurde und was ich will. In: Die Freundschaft Nr. 30, 29.7.1922 (4. Jg.), S. 13.

<sup>22</sup> Mitteilungskasten. In: Die Freundschaft Nr. 42, [Oktober] 1920 (2. Jg.), S. 2.

<sup>23</sup> Der Homoerot in der menschlichen Gesellschaft, Beitrag Nr. 47, E.F. In: Die Freundschaft Nr. 6, Juni 1929 (11. Jg.), S. 90.

<sup>24</sup> Aussage des kaufmännischen Angestellten Heinrich Schütt (Jg. 1904), 24. KK, 31.3.1938, Staatsarchiv Hamburg: 213-11, Staatsanwaltschaft Landgericht – Strafsachen, Reponierungsnummer 7178/38, im Folgenden: Rep.

<sup>25</sup> So nannte sie sich anfangs *Wochenschrift für Aufklärung und geistige Hebung der idealen Freundschaft* oder *Wochenschrift für Unterhaltung und geistige Hebung der idealen Freundschaft*, ab Januar 1921 lautete der Untertitel *Wochenschrift für die Freiheit und Pflege idealer Freundschaft* und ab Mai schließlich *Wochenschrift für Freiheit und Freundschaft*. Während die ersten Änderungen vermutlich eher dem Versuch geschuldet waren, Aufklärung, Unterhaltung und Politik abwechselnd in den Mittelpunkt zu stellen, war die letztgenannte Änderung durch den Aufkauf des Konkurrenzblattes *Freundschaft u. Freiheit* bedingt.

eine liebe Freundin geworden ist."<sup>26</sup> Auch der Umstand, dass Berliner Lokale in der *Freundschaft* und später in allen Zeitschriften nur ihre Adresse nannten, während Lokale aus anderen Städten zusätzlich die Stadt angaben, unterstreicht die Berlin-Dominanz, aber ebenso die Funktion der Stadt für die "homosexuelle Bewegung".

Während insbesondere 1919 und 1920 zahlreiche verschiedene AutorInnen Beiträge zur *Freundschaft* lieferten und sich wechselseitig aufeinander bezogen, waren in den folgenden Jahren nur noch wenige AutorInnen mit mehreren Beiträgen in der Zeitung vertreten, insbesondere der jeweils verantwortliche Redakteur; auch die Zahl der abgedruckten LeserInnen-Briefe sank. Einige der Autoren wurden zu bezahlten Redakteuren und Hauptautoren der Zeitschriften oder zu Funktionären der Verbände und damit zu Prominenten der Bewegung. In der *Freundschaft* wurde nie thematisiert, warum die Zahl der Beitragenden abnahm, allerdings wurde immer wieder betont, dass das Niveau der Zeitung steigen müsse. Selten wurden einzelne Beiträge direkt als angeblich niveaulos angegriffen. Konsequenz aus dem Streben nach Qualitätssteigerung war aber offensichtlich eine gezieltere Auswahl und damit Abnahme der Zahl der AutorInnen. Ursachen für den Wunsch, das "Niveau" der Zeitschrift zu "steigern", waren einerseits die Angriffe aus der Öffentlichkeit, andererseits die Zensurmaßnahmen der Staatsanwaltschaft. Man hoffte, durch betonte Seriosität bzw. die Auslassung bestimmter Themen oder Positionen weniger Angriffsfläche zu bieten. Die Herausgeber betonten fortwährend, dass sie das "Blatt rein und frei von jedem Schmutz" hielten und griffen damit auch Vorstellungen auf, dass Sexualität "unrein" und "schmutzig" sei.<sup>27</sup>

Die Reduzierung der Zahl der AutorInnen betraf aber nicht nur die politisch-gesellschaftlichen Beiträge, sondern auch die literarische Säule. Offensichtlich erhielt die *Freundschaft* zahlreiche von LeserInnen verfasste Prosa und Lyrik, denn in den ersten Jahren gab es oft Hinweise, dass sich der Abdruck vieler eingesandter Texte verzögere, weil so viele eingeschickt würden. Im September 1920 bat die Redaktion darum, dass auch einmal "Lustiges und Frohes eingereicht" werde. 1922 heißt es in einem Rückblick, dass die sentimentalischen Geschichten, die in den beiden ersten Jahren abgedruckt wurden, nun wegen der "sittlichen Aufgabe" der *Freundschaft* nicht mehr publiziert werden könnten.<sup>28</sup> Gleichzeitig verzichteten auch die Redakteure auf literarische Versuche, die sie in den ersten Jahren noch unternommen hatten.

Die *Freundschaft* büßte durch diese "Professionalisierung" einen Teil ihres Charakters als AutorInnen-LeserInnen-Forum ein. Obwohl nun hauptsächlich wenige exponierte Personen die veröffentlichte Meinung bestimmten, hatten auch Personen, die nicht zu den Hauptautoren der Zeitschriften gehörten, die Möglichkeit, Einfluss auf die Debatten und Positionen zu nehmen, allerdings nicht mehr so oft und so breit wie in den Anfangsjahren. Die *Freundschaft* tauschte zwar nicht gänzlich die wechselseitige mit der für das Medium Zeitschrift üblichen Form einseitiger Kommunikation, Verleger und Redakteure gaben aber den Rahmen vor, in dem Debatten stattfinden konnten, oder sie sorgten dafür, dass der enge Rahmen, der durch die ständig drohende Zensur gesteckt wurde, nicht gesprengt wurde. Während über mehrere Jahre nur selten Zuschriften von LeserInnen publiziert wurden, bot die Redaktion ab 1926 den Zuschriften von LeserInnen wieder breiteren Raum und richtete eine neue feste Debatten-Rubrik "Der Homoerot in der menschlichen Gesellschaft" ein. So wurden einzelne Debatten durch Zuschriften von LeserInnen initiiert,

<sup>26</sup> W., Stuttgart: An die Berliner! Leserbrief, Rubrik: Freie Meinung! In: Die *Freundschaft* Nr. 14, [April] 1920 (2. Jg.), S. 3.

<sup>27</sup> Karl Schultz: Die "Freundschaft" freigegeben! In: Die *Freundschaft* Nr. 14, [November] 1919 (1. Jg.), S. 1. Hans Leu: Ein Jahr siegreichen Kampfes! In: Die *Freundschaft* Nr. 32, [August] 1920 (2. Jg.), S. 1/2.

<sup>28</sup> Die "Freundschaft" an ihre Leser. Wie ich wurde und was ich will. In: Die *Freundschaft* Nr. 30, 29.7.1922 (4. Jg.), S. 13.

die Redaktion griff sie also nur auf. Die Eingriffe der Redakteure und Verbandsfunktionäre bezogen sich vornehmlich auf Fragen der Politik und der Taktik, weniger auf inhaltliche Standpunkte, andererseits klammerten sie möglicherweise auch einzelne Themen wie etwa Sexualität im Sinne von sexuellen Handlungen aus. Darüber hinaus nahmen sie eine Auswahl der literarischen Beiträge vor, die zusehends von wenigen bekannteren Autoren stammten und seltener literarische Versuche von einzelnen Lesern darstellten. So wurden verstärkt Gedichte und Geschichten namhafter Schriftsteller zum Thema Freundschaft abgedruckt.

### Der Kampf mit der Zensur

Die *Freundschaft* war von Anfang an von der Zensur bedroht: Zwischen 1919 und 1923 wurden mindestens fünf Gerichtsverfahren gegen die *Freundschaft* angestrengt, die zu drei Verurteilungen, zum zeitweiligen Einstellen der Zeitschrift und langfristig dazu führten, dass Kontaktanzeigen nur noch gesondert an AbonnentInnen verschickt wurden. Das Recht auf Pressefreiheit wurde in den ersten Jahren der Republik durch die Beurteilung der Zeitschrift als "unzüchtige Schrift" und als Blatt, das der Kuppelei diene, ausgehöhlt. Gleich nach ihrem ersten Erscheinen verfügte das "Oberkommando Noske", das in Berlin 1919 die Exekutivgewalt innehatte, ohne Angabe von Gründen das Verbot der Zeitschrift. Karl Schultz ließ sich davon nicht beirren, benannte *Die Freundschaft* in *Der Freund* um, veränderte ihren Inhalt aber nur geringfügig und teilte mit: "Ich werde mich bemühen, [die Zeitschrift] rein und frei von jedem Schmutz zu halten, so dass sie jeder Bürger, ohne Schaden an seiner sittlichen Empfindung zu haben, lesen kann."<sup>29</sup> Die 4. Ausgabe nannte Ernst Bellenbaum in Breslau als Herausgeber, ein weiterer Beleg der Existenz von Städte übergreifenden Netzwerken. Schultz gab das Blatt ab der 5. Ausgabe unter dem alten Titel *Die Freundschaft* wieder selbst heraus und deklarierte es als *Mitteilungsblatt des "Klubs der Freunde und Freundinnen"*.

Auch die Staatsanwaltschaft begann schnell, sich für die Zeitung zu interessieren. Bereits die erste Nummer von *Der Freund* sollte als "unzüchtige Schrift" beschlagnahmt werden. Hans Leu berichtete 1920, das Oberkommando Noske und die Staatsanwaltschaft hätten "sich in den Beschlagnahmungen nur immer so" abgelöst.<sup>30</sup> Redaktion und Verlag, die sich durchaus aus biederem Bürgern zusammensetzten, räumten dem Erscheinen der *Freundschaft* aber eine größere Wichtigkeit ein als der Gesetzestreue, und so machte man einfach weiter: "Geschäftstüchtige Straßenhändler brachten das Blatt jedoch weiterhin trotz Warnung des Verlages in den Verkehr, da sie reißen den Absatz damit fanden. Wir sind ihnen heute natürlich für dies Verhalten sehr dankbar, denn das Blatt wurde dadurch schneller bekannt, als es sonst wohl möglich gewesen wäre, und außerdem freuen wir uns immer, wenn den Gewalten, die uns in unserem Lebenstrieb unberechtigt einschränken wollen, ein Schnippchen geschlagen wird."<sup>31</sup>

Am 1. November 1919 hob das Oberkommando Noske das Verbot der *Freundschaft* wieder auf,<sup>32</sup> Ende November wurde Schultz von einem Militärgericht vom Vorwurf, gegen § 3 des "Gesetzes über den Belagerungszustand" verstoßen zu haben, freigesprochen, da er keine schriftliche Mitteilung über das Verbot vom Oberkommando Noske erhalten hatte. Schon am 9. März 1920 stand Schultz in Berlin erneut vor Gericht. Während der Verhandlung vor dem Landgericht beantragte die Staatsanwaltschaft selbst die Ein-

<sup>29</sup> Karl Schultz: Die "Freundschaft" verboten! Warum? In: *Der Freund* Nr. 1 = *Die Freundschaft* Nr. 3, [August] 1919 (1. Jg.), S. 1.

<sup>30</sup> Hans Leu: Ein Jahr siegreichen Kampfes! In: *Die Freundschaft* Nr. 32, [August] 1920 (2. Jg.), S. 1/2.

<sup>31</sup> Hans Leu: Ein Jahr siegreichen Kampfes! In: *Die Freundschaft* Nr. 32, [August] 1920 (2. Jg.), S. 1/2.

<sup>32</sup> Karl Schultz: Die "Freundschaft" freigegeben! In: *Die Freundschaft* Nr. 14, [November] 1919 (1. Jg.), S. 1. Der Prozeß gegen "Die Freundschaft". In: *Die Freundschaft* Nr. 11, [März] 1920 (2. Jg.), S. 1. Hans Leu: Ein Jahr siegreichen Kampfes! In: *Die Freundschaft* Nr. 32, [August] 1920 (2. Jg.), S. 1/2.

stellung des von ihr angestrebten Verfahrens wegen Vergehens gegen §§ 9b (unerlaubte Herausgabe einer Zeitschrift), 180 (Kuppelei) und 184 (Verbreitung unzüchtiger Schriften) StGB; über die Hintergründe dieses Vorgehens ist nichts bekannt. Nachdem diese Angriffe des Oberkommandos Noske und der Staatsanwaltschaft Berlin auf die Zeitschrift zunächst ausgestanden waren, strengte die Papierbewirtschaftungsstelle in Berlin im Juni 1920 ein Verfahren gegen die *Freundschaft* an, ließ sie beschlagnahmen und ihr Erscheinen verbieten, weil sie "unzulässig Papierverbrauch[e]".<sup>33</sup> Über die hinter den Maßnahmen steckenden Motivationen der drei Institutionen und die treibenden Akteure wird in der *Freundschaft* nicht berichtet.

Bereits im Februar 1920 hatte die Stelle Adolf Brands *Eigenem* Schwierigkeiten bereitet, woraufhin sich dieser beim Reichspräsidenten Friedrich Ebert wegen der Behinderung der Pressefreiheit beschwert hatte.<sup>34</sup> Der Karl-Schultz-Verlag verklagte seinerseits die Papierzuteilungsstelle, der Ausgang des Verfahrens ist nicht bekannt. Möglicherweise steht dieses Verfahren in Zusammenhang mit einem Prozess Ende Juni 1921 vor dem Landgericht Berlin-Moabit gegen Karl Schultz und den ab Januar 1920 zeitweise für die *Freundschaft* tätigen Redakteur A. Lange wegen Kuppelei und Verbreitung unzüchtiger Schriften. Die Staatsanwaltschaft bezeichnete sowohl verschiedene literarische Beiträge der *Freundschaft* als auch die "Anschlußgesuche" (Kontaktanzeigen) als unzüchtig, der Abdruck von Kontaktanzeigen galt ihr darüber hinaus als Kuppelei.

Die *Freundschaft* berichtete ausführlich über den Prozess, der nicht nur zum Kampf um die Meinungsfreiheit, sondern auch zum Kampf um die Entkriminalisierung mann-männlicher Sexualität von der "homosexuellen Bewegung" genutzt wurde. Das Verfahren schwebte seit Juni 1920, im Januar 1921 hatte es eine erste Verhandlung gegeben, die vertagt worden war, um Sachverständige zu hören. Die Verteidigung der Redakteure hatten Dr. Ernst Emil Schweitzer und Dr. Theodor Ahrens (1889-1945)<sup>35</sup> übernommen, die auch in den folgenden Jahren mehrfach als juristische Beistände für die "homosexuelle Bewegung" und einzelnen Männer in Erscheinung traten. Als Sachverständige fungierten die Mediziner Magnus Hirschfeld, Karl Bonhoeffer, Arthur Kronfeld und Richard Mühsam, die Polizeibeamten Hans von Tresckow, Heinrich Kopp und Japp, der Intendant der beiden Berliner Staatstheater, Leopold Jeßner,<sup>36</sup> und Max H. Danielsen als Vorstandsmitglied des DFV. Nur Bonhoeffer, ein Gegner Hirschfelds, äußerte sich nicht positiv über die *Freund-*

<sup>33</sup> Erklärung, 14.6.1920, Rechtsanwalt Dr. Ernst Emil Schweitzer. In: Die *Freundschaft* Nr. 24, [Juni] 1920 (2. Jg.), S. 3.

<sup>34</sup> Keilson-Lauritz 1997, S. 122.

<sup>35</sup> Ahrens war in Berlin häufig der Verteidiger in Verfahren nach § 175 und gehörte dem Aktionsausschuss für die Beseitigung des § 175 an, in der NS-Zeit wurde er in den Konzentrationslagern Sachsenhausen und Neuengamme interniert. Er kam wahrscheinlich am 5.4.1945 auf einem der durch Bomben versenkten Häftlingsschiffe in der Lübecker Bucht um. Zu seinem Wirken siehe insbesondere: Sternweiler, Andreas: Und alles wegen der Jungs. Pfadfinderführer und KZ-Häftling Heinz Dörmer. Berlin: Verlag rosa Winkel 1994, S. 94-139. Hergemöller, Mann für Mann 1998, S. 84/85.

<sup>36</sup> Zum Hintergrund der Personen: Karl Bonhoeffer (1868-1948), Psychiater, Hirschfeld erwähnt ihn als Gegner: Hirschfeld, Magnus: Von einst bis jetzt. Geschichte einer homosexuellen Bewegung 1897-1922. Hg. und mit einem Nachwort versehen von Manfred Herzer und James Steakley, Berlin: Verlag rosa Winkel 1986, S. 180; ursprünglich handelte es sich um eine Artikelserie in der *Freundschaft*. Arthur Kronfeld (1886-1941), Mitarbeiter des Instituts für Sexualwissenschaft. Richard Mühsam, Berliner Chirurg, führte Hodentransplantationen nach der Methode Eugen Steinachs durch; vgl. Herzer 2002, S. 132/133. Hans von Tresckow (1866-1934) war von 1900 bis 1920 im Berliner Polizeipräsidium für Delikte mit Bezug zu Homosexualität zuständig, arbeitete mit Hirschfeld und dem WhK zusammen, war Autor des Buches *Von Fürsten und anderen Sterblichen* und mehrerer Beiträge in *Freundschafts-*zeitschriften. Heinrich Kopp war Tresckows Nachfolger, Unterzeichner der WhK-Petition; vgl. zu beiden: Dobler, Jens: Nicht nur Verfolgung – auch Erfolge. Zusammenarbeit zwischen Schwulbewegung und Polizei in der Kaiserzeit und der Weimarer Republik. In: Heiss, Stephan / Schmale, Wolfgang (Hg.): Polizei und schwule Subkulturen (= Comparativ, Heft 1, 9. Jg.), Leipzig: Leipziger Universitätsverlag 1999, S. 48-60. Leopold Jeßner (1878-1945).

schaft. Die Verteidigungsstrategie der Zeitschriften und ihrer Rechtsbeistände konzentrierte sich darauf, einerseits die Behauptung, die Geschichten und Inserate seien "unzüchtig", grundlegend zurückzuweisen und andererseits zu beteuern, dass die Inserate nicht der "Anbahnung von Geschlechtsverkehr", sondern lediglich dem Zustandekommen des gedanklichen Austauschs "Homosexueller" und von "platonischen Freundschaften" dienen. Während die Angeklagten und Anwälte nicht zuletzt durch die Beiziehung der zahlreichen Sachverständigen sehr offensiv gegen die grundsätzliche Diskriminierung gleichgeschlechtlich begehrender Menschen und die Unterdrückung ihrer Presse argumentierten, konzentrierten sie sich in Bezug auf die konkreten Vorwürfe vornehmlich auf deren Widerlegung, warfen aber nicht die Frage auf, ob der Kuppelei-Paragraph überhaupt für gleichgeschlechtliche Kontakte unverheirateter Männer und Frauen anwendbar sei. Auch die den Paragraphen zugrunde liegenden Moralvorstellungen stellten sie nicht in Frage. Ob eine solche politische Argumentation gegen die beiden Strafrechtsbestimmungen in den Gerichtssälen von Erfolg gekrönt gewesen sein könnte, kann nicht geklärt werden, erscheint jedoch als unwahrscheinlich. Aber auch außerhalb der Gerichtssäle erhob die "homosexuelle Bewegung" nicht die Forderung nach Abschaffung der entsprechenden Strafbestimmungen oder nach einer entsprechenden Novellierung des Strafgesetzbuches. Rechtsanwalt Schweitzer führte aus, dass weder die Inserate noch die literarischen Beiträge unzüchtig seien, dass eine Verführung zur Homosexualität nicht möglich und ein gedanklicher Austausch "Homosexueller" erforderlich sei. Gleichzeitig betonte er die Notwendigkeit der Entkriminalisierung mann männlicher Sexualhandlungen. Rechtsanwalt Ahrens unterstrich, die Inserate verwiesen auf gedanklichen Austausch und platonische Freundschaft der Invertierten und hätten nicht zu sexuellen Handlungen geführt. Es sei ein Fehler gewesen, dass frühere Anzeigen körperliche Merkmale genannt hätten, dies sei nun nicht mehr der Fall. Einige missbrauchten die Inserate, dies werde nun verhindert, aber das gebe es auch in der großen Tagespresse. Ahrens unterstrich darüber hinaus, dass "unzüchtig" ein relativer und damit unbestimmter Begriff sei.

Die Staatsanwaltschaft forderte für beide Angeklagte sechs Wochen Gefängnis und 500 Mark Geldstrafe, die Einziehung der inkriminierten Nummern und Unbrauchbarmachung der Druckplatten. Im Gegensatz zum Freispruch Schultz' im März 1920 wurden die beiden Angeklagten nun verurteilt. Karl Schultz erhielt eine Gefängnisstrafe von sechs, Lange von zwei Wochen. Die Verteidigung kündigte an, vor dem Reichsgericht in Berufung zu gehen. Ob es dazu kam, ist bisher unbekannt, zumindest wurde dies in der *Freundschaft* nicht wieder erwähnt. Ebenfalls ist unklar, ob es sich um Bewährungsstrafen handelte, ob sie in Geldstrafen umgewandelt wurden oder ob die beiden ihre Strafen antreten mussten.<sup>37</sup>

Die Verurteilung des Herausgebers führte allerdings nicht zum Ende der Zeitschrift. Selbstbewusst hob Max H. Danielsen in seinem Prozessbericht hervor, dass die *Freundschaft* sich durch die Verurteilung der beiden nicht beirren lasse: "Neue Männer treten an ihre Stelle und kämpfen mit den Waffen der Wissenschaft weiter."<sup>38</sup> Karl Schultz verkaufte nach seiner Verurteilung den Verlag bzw. die *Freundschaft* im Juli 1921 an eine "Gruppe bemittelter Mitkämpfer".<sup>39</sup> Um ähnlichen drohenden Verurteilungen vorzubeugen, wies der Verlag in der *Freundschaft* nun ausdrücklich darauf hin, dass die Anzeigen nur dazu dienen, die "Eingehung rein ideeller Freundschaften" zu ermöglichen, sie dürften keinerlei körperliche Merkmale enthalten. Zuschriften mit unzüchtigen Absichten würden zurück-

<sup>37</sup> Max H. Danielsen: Der 2tägige Prozeß gegen die "Freundschaft" – ein Werk des Staatssekretärs Lewald. – Die homosexuelle Frage vor dem Berliner Landgericht. In: Die *Freundschaft* Nr. 26, 2.7.1921 (3. Jg.), S. 1-4.

<sup>38</sup> Max H. Danielsen: Der 2tägige Prozeß gegen die "Freundschaft" – ein Werk des Staatssekretärs Lewald. – Die homosexuelle Frage vor dem Berliner Landgericht. In: Die *Freundschaft* Nr. 26, 2.7.1921 (3. Jg.), S. 1-4.

<sup>39</sup> Die "Freundschaft" an ihre Leser. Wie ich wurde und was ich will. II. In: Die *Freundschaft* Nr. 35, 2.9.1922 (4. Jg.), S. 9.

gewiesen, der Redakteur Max H. Danielsen prüfe die Eingänge auf die Inserate deswegen stichprobenartig.<sup>40</sup> Ob Danielsen diesen schwer wiegenden Eingriff in die Privatsphäre anderer tatsächlich vornahm, ob es nur eine Drohung war, um entsprechende Zuschriften fernzuhalten, oder ob diese Formulierung nur der Absicherung gegenüber den Behörden dienen sollte, kann nicht gesagt werden. Die Mitteilung des Verlages zeigt aber, wie sehr man sich mit der Frage der Inserate auseinandersetzte.

Bemerkenswert ist, dass die Staatsanwaltschaft mit dem Kuppelei-Paragraphen eine Strafvorschrift zur Kriminalisierung der Zeitschriften gleichgeschlechtlich begehrender Menschen heranzog, die sich gegen die "Anbahnung außerehelicher geschlechtlicher Beziehungen" richtete, also dem Schutz der Ehe und der heterosexuellen "Sittlichkeit" diene und nicht zur Verhinderung gleichgeschlechtlichen Verkehrs geschaffen worden war, aber gegen ähnliche Kontaktanzeigen heterosexueller Menschen in der Tagespresse nicht vorgeht. So heißt es in einem Bericht der *Freundschaft* über einen Prozess gegen Adolf Brand, der im Januar 1922 ebenfalls wegen Kuppelei und Verbreitung unzüchtiger Schriften vor Gericht stand, dass man es sich nie hätte "träumen lassen", ausgerechnet wegen der Inserate angeklagt zu werden.<sup>41</sup> Damit wurde auch unterstrichen, was die "homosexuelle Bewegung" während der ganzen Weimarer Republik beklagte: Nur im Negativen würden "Homosexuelle" gleichberechtigt behandelt.

Adolf Brand wurde am 3. Januar 1922 von einem Berliner Landgericht wegen Verbreitung unzüchtiger Schriften verurteilt, aber vom Vorwurf der Kuppelei freigesprochen. Als Verteidiger trat, wie im Prozess gegen die *Freundschaft*, Ernst Emil Schweitzer auf, als Sachverständige fungierten der Publizist Graf Werner von der Schulenburg, der Schriftsteller und Dramaturg Peter Hamecher – einer der häufigsten Autoren des *Eigenen*,<sup>42</sup> wobei unklar ist, ob dem Gericht dies bekannt war – und Arthur Weil, der als Arzt am Institut für Sexualwissenschaft tätig war. Während des Prozesses wurden insbesondere Brands ideelle Absichten bei der Herausgabe der Zeitschrift hervorgehoben, so dass schließlich die Staatsanwaltschaft die Anklage wegen gewerbsmäßiger Kuppelei fallen ließ und Brand nur "einfache Kuppelei" zum Vorwurf machte. Das Gericht sprach Brand vom Vorwurf der Kuppelei frei und verhängte statt der geforderten Strafe von sechs Monaten Gefängnis nur eine Geldstrafe von 5.000 Reichsmark wegen Verbreitung unzüchtiger Schriften; der mitangeklagte Drucker Mauerer wurde freigesprochen. Brand nahm das Urteil sofort an, da er es gegenüber der Verurteilung von Schultz und Lange, die auch wegen Kuppelei verurteilt worden waren, als erheblichen Fortschritt ansah.<sup>43</sup>

Die Herausgeber der *Freundschaft* vermuteten, dass hinter dem Kampf gegen die *Freundschaft* bzw. die "homosexuelle Presse" Reichstagsabgeordnete des Zentrums,<sup>44</sup> also einer der Fraktionen, die die Reichsregierung stützten, stecke. In Bezug auf die Anzeige gegen die *Freundschaft* vom Sommer 1920 war darüber hinaus bekannt geworden, dass der parteilose Staatssekretär im Innenministerium, Theodor Lewald (1860-1947), die Anzeige beim preußischen Justizminister erstattet hatte.<sup>45</sup> Offensichtlich gab es im bürgerlichen Lager eine politische Lobby, die offen oder im Hintergrund gegen die Emanzipation gleichgeschlechtlich begehrender Menschen agierte.<sup>46</sup>

<sup>40</sup> Der Verlag: Zur Beachtung. In: Die *Freundschaft* Nr. 26, 2.7.1921 (3. Jg.), S. 5.

<sup>41</sup> Adolf Brand verurteilt! In: Die *Freundschaft* Nr. 2, 14.1.1922 (4. Jg.), S. 1/2.

<sup>42</sup> Keilson-Lauritz 1997, S. 66.

<sup>43</sup> Adolf Brand verurteilt! In: Die *Freundschaft* Nr. 2, 14.1.1922 (4. Jg.), S. 1/2.

<sup>44</sup> Hans Leu: Ein Jahr siegreichen Kampfes! In: Die *Freundschaft* Nr. 32, [August] 1920 (2. Jg.), S. 1/2.

<sup>45</sup> Max H. Danielsen: Der 2tägige Prozeß gegen die "Freundschaft" – ein Werk des Staatssekretärs Lewald. – Die homosexuelle Frage vor dem Berliner Landgericht. In: Die *Freundschaft* Nr. 26, 2.7.1921 (3. Jg.), S. 1-3, 5. Theodor Lewald war im Kaiserreich ein hoher Beamter im Innenministerium gewesen, von 1919 bis 1921 war er Staatssekretär dieses Ministeriums. Als Präsident des Nationalen Olympischen Komitees organisierte er die Olympiade 1936 in Berlin. Zum Hintergrund der Anzeige ist nichts bekannt.

<sup>46</sup> Erst weitere Forschungen etwa durch die Auswertung von Parteipresse oder internen Sitzungsprotokollen

Die inkriminierten Kontaktanzeigen der *Freundschaft* waren völlig entsexualisiert. Die kritisierten "körperlichen Merkmale" in einigen Anzeigen der ersten Ausgaben bezogen sich auf Körpergröße, Statur oder Haar- und Augenfarbe. Max H. Danielsen betonte im Juni 1922, als ein weiterer Prozess gegen die *Freundschaft* bevorstand, dass die Kontaktanzeigen wichtig für die Zeitschrift seien, da sie ihr finanzielles Rückgrat bildeten. Sie seien für Menschen gedacht, die sonst keine Kontaktmöglichkeiten hätten, dienten aber nicht der "Anbahnung von Verkehr".<sup>47</sup> Der Prozess vor dem Berliner Landgericht am 26. September 1922 wurde gegen Danielsen als verantwortlichen Redakteur geführt, der Vorwurf war erneut die Verbreitung unzüchtiger Schriften und Kuppelei durch den Abdruck von Kontaktanzeigen. Der Vorwurf der Kuppelei wurde während des Prozesses fallen gelassen, möglicherweise auch, weil die Verteidiger, erneut Ernst Emil Schweitzer und erstmals Walter Bahn, sich auf ein Urteil des Reichsgerichts beriefen, das den Abdruck von Kontaktanzeigen, die auf freundschaftliche, platonische Beziehungen abzielten, nicht als Kuppelei wertete.<sup>48</sup> Die Staatsanwaltschaft vertrat die Auffassung, "normale" Leser würden durch die Kontaktanzeigen beleidigt, und forderte eine Geldstrafe von 50.000 Mark, selbst in Zeiten starker Inflation eine immense Summe. Hirschfeld und Kopp traten wie schon 1921 als Sachverständige auf, hinzu kamen der Biologe Ferdinand Karsch-Haack (1853-1936) und der Schriftsteller Hugo Marcus. Sie alle äußerten, die Kontaktanzeigen führten nicht zu gleichgeschlechtlichem Verkehr. Insbesondere Hirschfeld gab an, das Interesse der *Freundschaft* sei, gleichgeschlechtliche Beziehungen auf eine höhere Stufe zu heben. Das Gericht folgte der Einschätzung, dass die Inserate unzüchtig seien, und verurteilte Danielsen zu einer Strafe von 4.000 Mark.<sup>49</sup>

Danielsen gab nach der Verurteilung seinen Posten als Redakteur der *Freundschaft* auf und sprach in seinen Abschiedsworten an die Leser davon, dass seine Gesundheit infolge der Kämpfe stark angegriffen sei.<sup>50</sup> Danielsen war damit der dritte Redakteur nach Schultz und Lange, der wegen Verbreitung unzüchtiger Schriften verurteilt wurde. Wie schon in den vorangegangenen Fällen gab es aber wieder jemanden, der das Projekt fortsetzte: Hans Janus, der Vorsitzende des *Deutschen Freundschaftsverbandes* und Vorsitzender eines der Berliner Verbände, wurde nun neuer Redakteur der *Freundschaft*.

Als die Ausgaben Nr. 4 und Nr. 5 von 1923 erneut wegen der Kontaktanzeigen beschlagnahmt wurden, erschien mit der Nr. 6 vom 10. Februar 1923 die vorerst letzte *Freundschaft*. Sie enthielt keine Kontaktanzeigen mehr. Die Redaktion teilte in einem "letzten Wort" an die LeserInnen mit, man stelle die Zeitschrift wegen der Kriminalisierung der Anzeigen ein, da die Zeitschrift ohne diese nicht finanzierbar sei. Unter günstigeren Umständen werde die *Freundschaft* später wieder erscheinen.<sup>51</sup> Hans Janus bestritt diese Darstellung im Mai 1923: Die *Freundschaft* hätte eine Perspektive haben können, wenn der wirtschaftliche Leiter des Verlages, Georg Plock, zugleich eine führende Person des *WhK*, dies gewollt hätte, Plock habe nur die ihm unliebsamen MitarbeiterInnen loswerden wollen.<sup>52</sup> Ob hierin ein Versuch des *WhK* zu sehen ist, die *Freundschaft* stärker zu bestimmen, konnte nicht geklärt werden. Unabhängig davon, wer Recht hatte, bleibt festzuhalten, dass die Ära der *Freundschaft* als zentrales und wichtigstes Organ der Bewegung gleichgeschlechtlich begehrender Menschen Anfang Februar 1923 nach dreieinhalb Jahren endete.

---

und Briefwechseln, könnten hier fundiertere Erkenntnisse liefern.

<sup>47</sup> Max H. Danielsen: Die "Freundschaft"-Inserate. In: Die *Freundschaft* Nr. 24, 17.6.1922 (4. Jg.), S. 13.

<sup>48</sup> Inserate als Kuppelei. In: Die *Freundschaft* Nr. 14, 8.4.1922 (4. Jg.), S. 12. Prozeß gegen die "Freundschaft". In: Die *Freundschaft* Nr. 40, 7.10.1922 (4. Jg.), S. 2/3. In den *Entscheidungen des Reichsgerichts in Strafsachen* ist ein in der *Freundschaft* genanntes Urteil vom 26.4.1921 allerdings nicht angeführt.

<sup>49</sup> Der neue Prozess gegen "Die Freundschaft". In: Die *Freundschaft* Nr. 39, 30.9.1922 (4. Jg.), S. 6.

<sup>50</sup> Max H. Danielsen: Mitarbeiter! Mitkämpfer! Freunde! In: Die *Freundschaft* Nr. 40, 7.10.1922 (4. Jg.), S. 2.

<sup>51</sup> Redaktion: Letztes Wort an unsere Leser! In: Die *Freundschaft* Nr. 6, 10.2.1923 (5. Jg.), S. 6.

<sup>52</sup> Janus: "Die Freundschaft". In: Der *Hellasbote* Nr. 1, 26.5.1923 (1. Jg.), S. 5-6.

## 2. Die örtlichen Freundschaftsverbände und der *Deutsche Freundschaftsverband* 1919-1922

Die *Freundschaft* verstand sich ausdrücklich als Organ der Bewegung gleichgeschlechtlich begehrender Menschen im Deutschen Reich, dementsprechend begleitete sie die Tätigkeit der örtlichen Freundschaftsverbände und des *Deutschen Freundschaftsverbandes*. Max H. Danielsen beschrieb die Rolle der *Freundschaft* Ende August 1920 auf der General-Versammlung des *WhK*, als er noch nicht Redakteur der *Freundschaft* und Funktionsträger des *DFV* war, so: "Die Gründung der Freundschaftsbünde fällt zum großen Teil in die Zeit des Bestehens der 'Freundschaft'. Diese hat es auch erst ermöglicht, ermuntert und angeregt, daß überall im Reiche Freundschaftsbünde entstanden sind und täglich neue hinzukommen." Gleichzeitig äußerte er sich skeptisch darüber, ob die bestehenden Gruppen, die sich nicht dem *WhK* angeschlossen hätten, einen relevanten Beitrag zur Emanzipation der "Invertierten" leisten könnten.<sup>53</sup> Das *WhK* selbst sei agitatorisch zu zurückhaltend gewesen, so hätten viele "Unberufene" Gruppen gegründet. Es wäre seiner Meinung nach eigentlich die Aufgabe des *WhK* gewesen, die Menschen zu organisieren.<sup>54</sup> Danielsen scheint sich dann entschlossen zu haben, in den Bünden zu wirken, um die Ziele des *WhK* zu unterstützen.

Die Freundschaftsverbände gleichgeschlechtlich begehrender Menschen stellten sich vornehmlich zwei Aufgaben: zum einen den politischen Kampf gegen die rechtliche Verfolgung und gesellschaftliche Diskriminierung gleichgeschlechtlich begehrender Menschen und zum anderen die Organisation der Freizeit "der Freunde und Freundinnen". Die Gruppen boten ihren Mitgliedern persönliche, sexualwissenschaftliche und rechtliche Aufklärung und Beratung in eigenen "Sprechstunden" sowie Hilfestellung bei Erpressungsfällen wegen Homosexualität an. Die Verbände wollten sich und ihre Mitglieder vor übel wollenden Personen schützen. So legten die Gruppen "schwarze Listen" mit Namen von Männern an, die einzelnen Mitgliedern als Erpresser oder Diebe bekannt geworden waren,<sup>55</sup> riefen in den Zeitschriften zur Nennung weiterer Erpresser und Diebe auf, veröffentlichten dort Fahndungsaufrufe in Form von Personenbeschreibungen, teilweise mit Bild, und ermunterten zur Anzeige der Männer.<sup>56</sup> Zumindest die Freundschaftsverbände in Berlin und Hamburg kooperierten hierbei direkt mit den örtlichen Polizeidienststellen.<sup>57</sup>

Neben der politischen Tätigkeit der Verbände stand für viele Mitglieder aber in erster Linie der Freizeitaspekt im Vordergrund: Vortrags- und Unterhaltungsabende wurden regelmäßig abgehalten, insbesondere Lesungen und Musikvorträge. Wanderungen und Museumsbesuche, teilweise mit fachkundigen Führungen, wurden organisiert. In den Verbänden bestanden Freizeitgruppen für unterschiedlichste Interessen: Tanzstunde, Theater- und Gesangsvereinigungen, Skat- und Kegelgruppen, aber auch wissenschaftlich-politische Gruppen. Auch Esoterik war ein Thema innerhalb der Verbände. Zumindest in Berlin und Hamburg bildeten sich in den folgenden Jahren "Religionsgemeinschaften" evangelischer Christen und in Berlin eine Loge, über deren Tätigkeit allerdings nichts bekannt wurde.

<sup>53</sup> Auszug aus der Rede Max H. Danielsens, Kiel, über "Organisationsfragen", gehalten auf der diesjährigen Generalversammlung des W.-h.K. In: *Die Freundschaft* Nr. 38, September 1920 (2. Jg.), S. 3.

<sup>54</sup> Auszug aus der Rede Max H. Danielsens, Kiel, über "Organisationsfragen", gehalten auf der diesjährigen Generalversammlung des W.-h.K. In: *Die Freundschaft* Nr. 36, September 1920 (2. Jg.), S. 2/3.

<sup>55</sup> E.V. [sic, E.N. = Erwin Niebuhr], Vorsitzender des Freundschaftsbundes Hamburg: Was will der Hamburger Freundschaftsbund? In: *Die Freundschaft* Nr. 21, Mai 1920 (2. Jg.), S. 4. Vermischtes. In: *Die Freundschaft* Nr. 26, [Juni] 1920 (2. Jg.), S. 3.

<sup>56</sup> Z.B.: Vermischtes. In: *Die Freundschaft* Nr. 23, [Juni] 1920 (2. Jg.), S. 3. Vermischtes. In: *Die Freundschaft* Nr. 33, [August] 1920 (2. Jg.), S. 3. Vermischtes. In: *Die Freundschaft* Nr. 41, [Oktober] 1920 (2. Jg.), S. 3. Vermischtes. In: *Die Freundschaft* Nr. 51, [Dezember] 1920 (2. Jg.), S. 3. Rundschau. In: *Die Freundschaft* Nr. 49, 10.12.1921 (3. Jg.), S. 7. Warnungstafel. In: *Die Sonne* Nr. 12, 1920 (1. Jg.), S. 7.

<sup>57</sup> Vermischtes. In: *Die Freundschaft* Nr. 23, [Juni] 1920 (2. Jg.), S. 3. Vermischtes. In: *Die Freundschaft* Nr. 26, [Juni] 1920 (2. Jg.), S. 3.

An der Frage des Verhältnisses von politischer Arbeit und Aufklärung auf der einen Seite sowie von Freizeitgestaltung, geselligem Beisammensein, Tanzabenden, Festen, Ausflügen und Kultur auf der anderen entzündeten sich viele Debatten und Konflikte. Eine der beiden Hamburger Gruppen, die im Mai 1920 gegründete *Hamburger Gesellschaft für Sexualwissenschaft (HGfS)*, die anfangs versuchte, beides direkt miteinander zu verbinden, berichtete im Juli 1920 von ihren Erfahrungen mit einem gemeinsamen Informations- und Unterhaltungsabend: "So deutlich sich bei einigen Damen und Herren auch das Interesse für die Ausführungen der Vortragenden [...] zeigte, so bewies doch der Gesamteindruck, daß es für die Zukunft zweckmäßiger ist, nicht Unterhaltung und Wissenschaft in einem Abend und vor dem gleichen Publikum zu vereinigen."<sup>58</sup> Immer wieder gab es Auseinandersetzungen um die unterschiedlichen Vorstellungen über den Zweck der Verbände. Diejenigen, die Ämter in den Verbänden übernommen hatten, klagten oft über das Desinteresse eines Großteils der Mitglieder, so z.B. der Vorstand der Hamburger BfM-Gruppe 1924: "Der Bund ist nicht dafür da, einer mehr oder weniger unbekanntem Menge Vergnügungen zu bereiten, sondern der Hauptzweck ist der Kampf gegen den § 175 und für die gesellschaftliche Gleichberechtigung und erst in zweiter Linie für Unterhaltung der Mitglieder Sorge zu tragen."<sup>59</sup>

Ähnlich wie der Berliner Freundschaftsverband wollten auch die Freundschaftsbünde in anderen Städten offen für weitere Schichten als nur das Bildungsbürgertum sein. Die Gruppen wandten sich, anders als die *Gemeinschaft der Eigenen*, explizit auch an Frauen. Angesichts der monatlichen Mitgliedsbeiträge von 5 Mark des Berliner Freundschaftsverbandes im September 1919 und von ebenfalls 5 Mark der *Hamburger Gesellschaft für Sexualforschung* im Juni 1920 ist zu bezweifeln, dass Arbeiterinnen und Arbeiter und einkommensschwache Angestellte den Bünden beitreten konnten. Auch eine Statistik des *Bundes für Menschenrecht* aus dem Jahre 1926 zeigt, dass einkommensschwache Schichten in den Verbänden unterrepräsentiert waren.<sup>60</sup> Eine Staffelung des Mitgliedsbeitrages nach Einkommen war nicht vorgesehen. Manche Bünde suchten aber gezielt bestimmte Mitglieder, so zum Beispiel "gebildete" Menschen,<sup>61</sup> andere betonten, "alle anständigen Invertierten" seien willkommen, "Berufsunterschiede werden nicht gemacht".<sup>62</sup> Im Gegensatz zu den örtlichen Freundschaftsverbänden plante die *GdE* etwa in Hamburg die Gründung einer eigenen Gruppe als "streng geschlossene Gesellschaft" und forderte die Leser des *Eigenen* zur Bewerbung um die Mitgliedschaft auf.<sup>63</sup>

Die Verbände waren ein Freiraum, der auch die Möglichkeit bot, Freundschaften zu schließen. Einige der in Hamburg während des Nationalsozialismus nach § 175 verurteilten Männer gaben an, ihre Partner bei Verbandstreffen kennen gelernt zu haben. Hingegen ist die Unterstellung, die Verbände seien ausschließlich zum Schließen von Bekanntschaften unter dem "Deckmantel einer politischen Aktion, einer geistigen Bewegung" gegründet worden, sie dienten nur der "Sexualität und Geilheit", die vereinzelt aus den eigenen Reihen geäußert wurde,<sup>64</sup> als grobe Übertreibung und möglicherweise auch als Projektion anzusehen. Der Aufruf des Berliner Vorsitzenden Hans Janus, einander kennen zu lernen statt mit Prostituierten zu verkehren, hob explizit darauf ab, die Sexualität nicht in den Mittelpunkt des gleichgeschlechtlichen Lebens zu stellen.<sup>65</sup> Es gab die Möglichkeit,

<sup>58</sup> H.G.: Vermischtes. In: Die Freundschaft Nr. 27, [Juli] 1920 (2. Jg.), S. 4.

<sup>59</sup> Wichtige Mitteilung an unsere Mitglieder! Von Bernhard Lübecker im Auftrag des Vorstands. Ortsgruppe Hamburg, Nr. 27, 1.10.1924. In: Blätter für Menschenrecht Nr. 34, 3.10.1924 (2. Jg.), S. 3.

<sup>60</sup> Friedrich Radszuweit: Lehrreiche statistische Feststellungen! In: Blätter für Menschenrecht Nr. 11/12, November/Dezember 1926 (4. Jg.), S. 2/3.

<sup>61</sup> Vermischtes. In: Die Freundschaft Nr. 18, [Mai] 1920 (2. Jg.), S. 3.

<sup>62</sup> Vermischtes. In: Die Freundschaft Nr. 22, [Mai] 1920 (2. Jg.), S. 3.

<sup>63</sup> Bevorstehende Gründung einer Hamburger Ortsgruppe der G.d.E. In: Der Eigene Nr. 11, 10.12.1920 (8. Jg.), S. 132.

<sup>64</sup> Erich Walter: Verein oder Männerbund. In: Uranos Nr. 1, 1.3.1921 (1. Jg.), S. 9-11, Nr. 3, 1.4.1921 (1. Jg.), S. 54-59.

<sup>65</sup> Hans Janus, Berlin: Hamburg "um Mitternacht". In: Die Freundschaft Nr. 7, [Februar] 1920 (2. Jg.), S. 2.

Partnerschaften zu schließen, aber in erster Linie ermöglichten die Verbände, überhaupt Kontakte und Bekanntschaften außerhalb der Lokale und anonymen Treffpunkte zu schließen. Einen Partner oder eine Partnerin zu finden, dürfte für viele, die sich den Verbänden anschlossen, einer von mehreren Beweggründen gewesen sein, aber gewiss nicht der einzige, denn dafür hätte es auch andere Möglichkeiten gegeben.

Einig waren sich alle Gruppen darin, nur "anständige, einwandfreie" Personen aufzunehmen, "zweifelhafte Elemente", männliche Prostituierte, Erpresser und Betrüger sollten von den Bündeln fern gehalten werden, zum einen, da sie dem Ruf der Bündel schaden könnten, und zum anderen, da sie nur geschäftliche Interessen verfolgen oder den Mitgliedern schaden wollten.<sup>66</sup>

Dass die Angst, Unerwünschte könnten sich einschleichen, nicht unberechtigt war, zeigt der Versuch eines 25-Jährigen, der mehrere Männer bestohlen hatte, sich 1920 mittels einer alten Mitgliedskarte des Berliner Freundschaftsverbandes in Freundschaftsverbände in anderen Städten aufnehmen zu lassen.<sup>67</sup> In den Hamburger *Freundschaftsbund* konnte man aufgenommen werden, wenn man an den öffentlichen Sitzungen teilnahm,<sup>68</sup> in die *Hamburger Gesellschaft für Sexualforschung*, wenn man durch zwei Mitglieder der Gruppe mit zur Sitzung genommen wurde und man an drei Treffen als Gast teilgenommen hatte.<sup>69</sup> Da in den Zeitschriften in der Regel eine Kontaktadresse angegeben war, bestand auch für Personen, die kein Vereinsmitglied persönlich kannten, die Möglichkeit, Kontakt zum Vorstand aufzunehmen und sich so durch Vorstandsmitglieder einführen zu lassen.

Im Juli 1920 rief der *Freundschaftsbund Berlin* in der *Freundschaft* zur Gründung eines "Einheitsbundes für ganz Deutschland" auf und lud zu einem Gründungstreffen für das letzte Wochenende im August, parallel zur General-Versammlung des *WhK*, in der Hauptstadt ein. Die Gründung einer gemeinsamen Organisation sei erforderlich, um den Angriffen auf die Bündel und die *Freundschaft* gestärkt entgegenzutreten zu können.<sup>70</sup> An der Gründung des *Deutschen Freundschaftsverbands* als Dachverband am 29./30. August 1920 waren zehn örtliche Freundschaftsverbände aus sieben Städten beteiligt, darunter vier Berliner Gruppen.<sup>71</sup> Der Vorsitzende der Hamburger Gruppe, Adolf Lützow, wurde zum Vorsitzenden gewählt, Schriftführer, Geschäftsführer und Kassensführer kamen aus Berliner Gruppen. Frauen waren an diesem Treffen vermutlich nicht beteiligt, zumindest werden in den verschiedenen Berichten keine Frauennamen genannt. Der *DFV* verstand sich als Dachverband unterschiedlicher Gruppen, als politische Vereinigung "zum Kampf gegen die Aechtung durch Gesetz und Sitte". Einzelne Bezirksverbände sollten Kontakt zu den Provinzialbehörden aufnehmen und größere Propaganda-Veranstaltungen abhalten, eine Berliner Zentrale sollte die Arbeit der Verbände koordinieren.<sup>72</sup> Gruppen in anderen Städten wurden aufgefordert, sich anzuschließen.

<sup>66</sup> Z.B. E.V. [sic, E.N. = Erwin Niebuhr], Vorsitzender des Freundschaftsbundes Hamburg: Was will der Hamburger Freundschaftsbund? In: *Die Freundschaft* Nr. 21, [Mai] 1920 (2. Jg.), S. 4.

<sup>67</sup> Vermischtes. In: *Die Freundschaft* Nr. 23, [Juni] 1920 (2. Jg.), S. 3.

<sup>68</sup> Vermischtes. In: *Die Freundschaft* Nr. 21, [Mai] 1920 (2. Jg.), 3. Vermischtes. In: *Die Freundschaft* Nr. 22, [Mai] 1920 (2. Jg.), S. 3.

<sup>69</sup> Vermischtes. In: *Die Freundschaft* Nr. 25, [Juni] 1920 (2. Jg.), S. 3.

<sup>70</sup> Der Freundschaftsbund Berlin: Aufruf an alle Freundschaftsbünde etc. und die, die es angeht. In: *Die Freundschaft* Nr. 29, [Juli] 1920 (2. Jg.), S. 5.

<sup>71</sup> Leu, Hans: Es gibt nur ein Ziel! In: *Die Freundschaft* Nr. 36, [September] 1920 (2. Jg.), S. 2. An Alle! Aufruf des Aktions-Ausschusses. In: *Die Freundschaft* Nr. 39, [September] 1920 (2. Jg.), S. 1. Jahrbuch für sexuelle Zwischenstufen, 1920 (20. Jg.), S. 180/181. Von Kampf und Ziel. In: *Der Eigene* Nr. 1, 1.10.1920 (8. Jg.), S. 11-12. Der *Bund für Menschenrecht*, die Nachfolgeorganisation des *DFV*, spricht hingegen 1929 im Rückblick von nur acht Gründungsgruppen: Aus der Chronik des Bundes für Menschenrecht e.V. In: *Blätter für Menschenrecht* Nr. 10, Oktober 1929 (7. Jg.), S. 4-11, 4.

<sup>72</sup> Leu, Hans: Es gibt nur ein Ziel! In: *Die Freundschaft* Nr. 36, [September] 1920 (2. Jg.), S. 2. *DFV*: An alle Freundschafts-Vereinigungen Deutschlands! In: *Die Freundschaft* Nr. 36, [September] 1920 (2. Jg.), S. 3.

Aktiv geworden ist der Verband zu diesem Zeitpunkt nicht. Erst im November 1920 findet sich wieder eine Mitteilung über den *DFV* in der *Freundschaft*. Der Vorstand teilte mit, dass der *DFV* bisher nicht an die Arbeit gehen konnte, weil er kein Geld habe. Bisher sei es nur möglich gewesen, die Verbindung der Verbände untereinander herzustellen und sich für die Gründung weiterer Vereine einzusetzen. Die Repräsentanten des *DFV* forderten andere Gruppen zum Beitritt und zur sofortigen Überweisung der Mitgliedsbeiträge auf. Die Staffelung der Mitgliedsbeiträge – für Vereine mit weniger als 50 Mitgliedern 1,50 Mark im Vierteljahr, für solche mit mehr als 50 Mitgliedern 2 Mark pro Person – zeigen, dass es zu diesem Zeitpunkt schon zahlenmäßig starke örtliche Gruppen gegeben haben muss.<sup>73</sup> Der Vorsitzende des *DFV* war an diesem Aufruf nicht beteiligt.

Im Dezember 1920 berichtete der Schriftführer Wilhelm Dillmann in der *Freundschaft* von Unstimmigkeiten und Rücktritten, offensichtlich auch des Vorsitzenden, und bat die angeschriebenen Verbände um Beantwortung eines internen Schreibens. Da er sich weder über die Gründe der Rücktritte äußerte noch das Schreiben überliefert ist, kann die Ursache des Streites nicht benannt werden. Wahrscheinlich ist aber, dass es zu einem Konflikt zwischen dem Vorsitzenden aus Hamburg und den anderen Vorstandsmitgliedern wegen inhaltlicher und finanzieller Fragen gab und sich andererseits Konflikte in den Berliner Verbänden auf den Dachverband übertrugen.<sup>74</sup> Am 18. Dezember 1920 fand ein Treffen des *DFV*-Bezirksverbandes Brandenburg unter Beteiligung von Wilhelm Georg, Bezirksverband Hessen, statt, auf dem das Abhalten einer Generalversammlung Ostern 1921 in Kassel beschlossen wurde. Bis dahin sollten die Geschäfte durch einen provisorischen Vorstand geleitet werden, in den Georg als Vorsitzender und Max H. Danielsen, der als Beobachter des *WhK* an der *DFV*-Gründung teilgenommen hatte, als Kassensführer gewählt wurden. Gleichzeitig übernahm Danielsen die Vertretung des *DFV* im Aktionsausschuss.<sup>75</sup> Die finanzielle Misere führte offenbar dazu, dass man ab Februar 1921 Einzelmitglieder aufnahm.<sup>76</sup>

Auf dem ersten Verbandstag in Kassel waren 12 Mitgliedsverbände anwesend, der Verband repräsentierte nun rund 1.000 Mitglieder.<sup>77</sup> Der geschäftsführende Vorstand beklagte, dass er wegen fehlender Geldmittel und der personellen Querelen noch nicht viel unternehmen können. Danielsen nannte als Aufgabe des Verbandes die "Organisation der Massen", was auch der Gastredner Magnus Hirschfeld unterstützte. Hirschfeld hob in seinem Referat hervor, die örtlichen Freundschaftsverbände könnten diejenigen "Homosexuellen" organisieren, die das *WhK* nicht erreichen könne. Es wurde beschlossen, Sitz und Vorstand des Verbandes in Berlin zu belassen und die *Freundschaft* zum obligatorischen Verbandsorgan zu machen. Hans Janus wurde zum ersten Vorsitzenden, Max H. Danielsen zu seinem Stellvertreter gewählt.<sup>78</sup>

Der *DFV* sah sich in Konkurrenz zu Vereinen, die dem Dachverband nicht beitreten wollten. Im Oktober 1920 rügte der *DFV*-Vorsitzende Lützwow die *Freundschaft*, weil sie den Aufruf zur Bildung eines "Privat-Klubs" abgedruckt hatte, und unterstrich, dass solche Vereine in Konkurrenz zum *DFV* stünden und dessen Zielen schadeten, weil man nicht wisse, ob sie im Verborgenen "Orgien" feierten. Während sich die Redaktion der *Freundschaft*, vermutlich in Person Max H. Danielsens, gegen diese Kritik verwahrte – sie wisse, dass der Initiator ein anständiger Mensch sei, der die Sache der Bewegung fördere –, wettete Danielsen im August 1921, nunmehr selbst 2. Vorsitzender des *DFV*, unter dem

<sup>73</sup> Verbandsnachrichten. In: Die Freundschaft Nr. 46, [November] 1920 (2. Jg.), S. 4.

<sup>74</sup> Verbandsnachrichten. In: Die Freundschaft Nr. 48, [Dezember] 1920 (2. Jg.), S. 3.

<sup>75</sup> Verbandsnachrichten. In: Die Freundschaft Nr. 51, [Dezember] 1920 (2. Jg.), S. 3.

<sup>76</sup> Verbandsnachrichten. In: Die Freundschaft Nr. 7, 19.2.1921 (3. Jg.), S. 4.

<sup>77</sup> Aus der Chronik des Bundes für Menschenrecht E.V., 1919-1929. In: Blätter für Menschenrecht Nr. 10, Oktober 1929 (7. Jg.), S. 4-11.

<sup>78</sup> Verbandsnachrichten. In: Die Freundschaft Nr. 13, 2.4.1921 (3. Jg.), S. 4.

Titel "Schädlinge der Bewegung" mit ähnlichen Argumenten wie ein Jahr zuvor Lützwow gegen Privat-Klubs: Findige Geschäftsleute würden die Invertierten ausnutzen. Er nahm konkret Bezug auf ein Fest in der Nähe von Leipzig, das von der Polizei nach einer Denunziation "ausgehoben" worden war.<sup>79</sup>

Bis zum nächsten Verbandstag Ostern 1922 in Hamburg trat der Vorstand öffentlich kaum in Erscheinung. Der *DFV* unterstützte 1921 die einzelnen Gruppen, forcierte die Gründung weiterer in anderen Städten und arbeitete im Aktionsausschuss gegen den § 175 mit, trat aber als *DFV* nicht selbst auf, da ihm vermutlich die notwendigen Geldmittel gefehlt haben dürften, wofür aber keine zwingende Notwendigkeit bestand, denn der Aktionsausschuss leistete die politische Arbeit. Der Aktionsausschuss konzentrierte sich offensichtlich auf die Sammlung von Unterschriften für das erneute Einreichen der Petition von 1897 an Reichstag und Reichsrat. Ob er darüber hinaus aktiv wurde, ist bisher nicht bekannt. Der *DFV* und die *Freundschaft* unterstützten seine Arbeit hauptsächlich dadurch, dass sie zu Spenden aufriefen. In diesem Zusammenhang sprach man von der Abgabe eines "Ulrichspfennigs" entsprechend dem "Peterspfennig der Katholiken".<sup>80</sup>

Offensichtlich gelang es dem Dachverband nicht, zu einer starken politischen Organisation zu werden. Den Anspruch, "Aufklärungsarbeit" über Homosexualität nicht nur von der Reichshauptstadt aus zu leisten, überforderte offensichtlich einen Teil der örtlichen Gruppen. Die Vereinsmitteilungen nannten nur selten konkrete Tätigkeiten des Vorstandes: Im Oktober 1921 verwahrte sich der *DFV* dagegen, dass gerade er in einem Artikel der *Weltbühne* als Beispiel für die deutsche "Vereinsmeierei" genannt worden war, und unterstrich, er sei eine wichtige politische Vereinigung.<sup>81</sup> Im Januar 1922 debattierte der Vorstand über die Einführung eines eigenen Erkennungszeichens der Verbandsmitglieder, einer Nadel, die am Revers getragen werden sollte, wie dies auch in der *GdE* üblich war.<sup>82</sup> Im Februar wurde die Idee der Einrichtung einer Verbandsbibliothek in Berlin vorgestellt, in der Bücher, "die die Homoerotik oder unseren Kampf betreffen oder von Homoerotikern geschrieben sind", zugänglich gemacht werden sollten.<sup>83</sup> Mangels geeigneter Bücherspenden kam dieses Projekt nicht voran.

Auf dem 2. Verbandstag Ostern 1922 in Hamburg beklagte der erste Vorsitzende, dass nur wenige Invertierte den *DFV* kennen würden, und forderte erneut zum Beitritt auf.<sup>84</sup> Max H. Danielsen kritisierte in einem längeren Referat, dass die meisten Homosexuellen wenig Interesse an der Bewegung zur Durchsetzung ihrer eigenen Interessen hätten und selbst viele Gründungsmitglieder nicht mehr dabei seien. Er gab die Zahl der Mitglieder mit mehr als 2.000 an, davon rund 400 in der Berliner Gruppe, und zog daraus die Schlussfolgerung, der Traum der Massenorganisation sei ausgeträumt, der *DFV* müsse aber eine "Organisation der Zehntausend" werden. Die Ortsgruppen führten zu wenig Geld an den Hauptvorstand ab, eine radikale Umorganisation des Verbandes mit einem Musterstatut für alle Gruppen sei erforderlich, Hauptsitz des stärker zentralisierten Verbandes müsse Berlin sein, Führer der gesamten Bewegung sei und bleibe Magnus Hirschfeld. Kleine Aufklärungsbroschüren sollten einerseits zu bestimmten Themen informieren, andererseits den Verband selbst bekannt machen.<sup>85</sup>

<sup>79</sup> Die Redaktion: Für und Wider. In: Die Freundschaft Nr. 44, [Oktober] 1920 (2. Jg.), S. 3/4. M.H.D.: Schädlinge der Bewegung. In: Die Freundschaft Nr. 33, 20.8.1921 (3. Jg.), S. 3.

<sup>80</sup> Mitteilungskasten. In: Die Freundschaft Nr. 10, 12.3.1921 (3. Jg.), S. 6.

<sup>81</sup> Joh. H. Ernst: Offener Brief an die Weltbühne. In: Die Freundschaft Nr. 41, 15.10.1921 (3. Jg.), S. 1/2.

<sup>82</sup> Verbandsnachrichten. In: Die Freundschaft Nr. 3, 21.1.1922 (4. Jg.), S. 16. Die *GdE* hatte eine silberne Nadel als Abzeichen. Der Eigene Nr. 12, 17.12.1920 (8. Jg.), Anzeigenbeilage, 3. Seite.

<sup>83</sup> Verbandsnachrichten. In: Die Freundschaft Nr. 6, 11.2.1922 (4. Jg.), S. 11.

<sup>84</sup> Hans Kahnert-Janus: Vorwärts und aufwärts! (Zum zweiten Verbandstage in Hamburg). In: Die Freundschaft Nr. 15, 15.4.1922 (4. Jg.), S. 1/2.

<sup>85</sup> Der D.F.V. Kritik und weiterer Ausbau. (Auszug aus dem Vortrag, gehalten von M. H. Danielsen auf dem Verbandstage zu Hamburg, Ostern 1922. In: Die Freundschaft Nr. 16, 22.4.1922 (4. Jg.), S. 12.

Der Verbandstag von 1922 war offensichtlich durch viele Formal- und Grundsatzdebatten geprägt. Es wurde beschlossen, den Verband in das Vereinsregister eintragen zu lassen<sup>86</sup> und einen neuen Namen zu suchen, da "Deutscher Freundschaftsverband" in der Öffentlichkeit zu sehr mit Vergnügen, aber zu wenig mit politischer Emanzipation verbunden werde. Die Gruppen und Mitglieder wurden aufgefordert, hierzu Vorschläge zu unterbreiten. In den Vorstand wurden erneut nur Männer aus Berlin gewählt, viele von ihnen wurden wiedergewählt, so der erste Vorsitzende Janus und der erste Schriftführer und angestellte Sekretär Dillmann, Magnus Hirschfeld wurde zum Ehrenvorsitzenden ernannt.<sup>87</sup>

Hans Janus berichtete 1924 im *Hellasboten*, einem von ihm herausgegebenen Nachfolgeblatt der *Freundschaft*, es sei Danielsens Ziel auf diesem Verbandstag gewesen, diejenigen Gruppen und Personen abzuspalten, denen es nur um Vergnügen, insbesondere Tanzen gehe, und einen Verband zu bilden, der sich auf den Emanzipationskampf konzentriere. Sein eigener, Janus', Fehler sei es gewesen, Danielsen nicht in diesem Vorhaben zu unterstützen, weil er die Einheit der Bewegung habe retten wollen. Einige Ortsgruppen seien ob der Angriffe so empört gewesen, dass sie dafür gesorgt hätten, Danielsen vom Einfluss auf die Verbandsarbeit fern zu halten.<sup>88</sup> Danielsen bestritt in einem Beitrag für die *Blätter für Menschenrecht*, dem neuen Verbandsorgan, er habe den Verband spalten wollen, und warf Janus vor, er sei maßgeblich für seine Entmachtung verantwortlich gewesen.<sup>89</sup> Hingegen behauptete die einflussreiche Hamburger Ortsgruppe, Danielsen habe Janus stürzen wollen, sie habe dies in Rücksprache mit diesem verhindert. Gleichzeitig unterstrich sie, Danielsen habe viele Intrigen gesponnen, sei eher der Sachwalter des *WhK* gewesen und habe, wie auch Janus, versagt.<sup>90</sup> Danielsens veröffentlichte Texte zeigen derartige Spaltungs- und Sturzpläne in dieser Deutlichkeit nicht. Er wurde nicht als 2. Vorsitzender wiedergewählt, sondern gehörte dem Vorstand nun als Redakteur der *Freundschaft* an. Die Auseinandersetzung, die hierüber vermutlich stattgefunden hatte, dokumentierte er in der *Freundschaft* nicht.<sup>91</sup> Ob dieser Vorgang einem Herausdrängen gleichkam, wie es später dargestellt wurde, ist unklar, denn Danielsen hatte nach wie vor Stimmrecht im Vorstand und wurde neben Janus auch als Vertreter des *DFV* im Aktionsausschuss bestätigt. Möglicherweise beziehen sich die Artikel aber auch auf die weiteren Folgen des Verbandstages, die erst im Sommer zum Tragen kamen: Bis August 1922 traten vier Vorstandsmitglieder zurück, und auch Danielsen blieb fortan den Sitzungen fern.<sup>92</sup> Der *DFV* war bis dahin hauptsächlich mit verbandsinternen Angelegenheiten beschäftigt, so mit der Suche nach dem neuen Namen.

Der Hamburger Verbandstag 1922 war im Gegensatz zum vorangegangenen und den folgenden auch ein großes gesellschaftliches Ereignis innerhalb der "homosexuellen Bewegung". Neben der inhaltlichen Arbeit wurde großer Wert auf das Rahmenprogramm und

---

M.H.D. [Max H. Danielsen]: Bundestag des DFV. vom 15.-17. April in Hamburg. In: Die Freundschaft Nr. 17, 29.4.1922 (4. Jg.), S. 12.

<sup>86</sup> In den späteren Selbstdarstellungen des *Bundes für Menschenrecht* heißt es hingegen, dass der Berliner und damit der Reichsverband am 28.9.1920 in das Berliner Vereinsregister eingetragen worden sei. Z.B.: Aus der Chronik des Bundes für Menschenrecht E.V., 1919-1929. In: Blätter für Menschenrecht Nr. 10, Oktober 1929 (7. Jg.), S. 4-11, S. 4.

<sup>87</sup> M.H.D. [Max H. Danielsen]: Bundestag des DFV. vom 15.-17. April in Hamburg. In: Die Freundschaft Nr. 17, 29.4.1922 (4. Jg.), S. 12. Wichtige Beschlüsse des Verbandstages in Hamburg. In: Die Freundschaft Nr. 22, 4.6.1922 (4. Jg.), S. 16.

<sup>88</sup> Hans Janus: Die Organisation der Zehntausend. In: Der Hellasbote Nr. 1, 15.1.1924 (2. Jg.), S. 2/3.

<sup>89</sup> Max H. Danielsen: "Die Organisation der Zehntausend". Bewegungspolitisches. In: Blätter für Menschenrecht Nr. 1, 15.2.1924 (2. Jg.), S. 5, Nr. 4, 7.3.1924 (2. Jg.), S. 3.

<sup>90</sup> Ortsgruppe Hamburg Nr. 20. Der Vorstand: An Herrn Kuhnert-Janus! [sic] In: Blätter für Menschenrecht Nr. 3, 1.3.1924 (2. Jg.), S. 7.

<sup>91</sup> M.H.D. [Max H. Danielsen]: Bundestag des DFV. vom 15.-17. April in Hamburg. In: Die Freundschaft Nr. 17, 29.4.1922 (4. Jg.), S. 12.

<sup>92</sup> Verbandsnachrichten. In: Die Freundschaft Nr. 34, 26.8.1922 (4. Jg.), S. 12.

das gegenseitige Kennenlernen der Delegierten gelegt. So war vor dem Verbandstag in der *Freundschaft* über mehrere Ausgaben ein ausführlicher Artikel zur Geschichte und Gegenwart Hamburgs abgedruckt worden, um den Gästen eine Orientierung zu geben. Als Begleitprogramm gab es in Hamburg nicht nur eine Theater-Aufführung und ein "Frühlingsfest", sondern auch Ausflüge und Besichtigungen, die die Hamburger Ortsgruppe organisierte.<sup>93</sup> 1921 hatte es nur einen "fröhlichen Kommers" zu Beginn der Tagung gegeben.<sup>94</sup>

Wie viele Frauen dem *DFV* angehörten, ist unbekannt, da keine Zahlen in der *Freundschaft* genannt wurden. Lediglich in einem Referat vor dem *WhK* vom August 1920 erwähnte Danielsen, dass die Frauen den Bündeln fern stünden und bei ihnen auch in Zukunft nur mit einem geringen Organisationsgrad zu rechnen sei.<sup>95</sup> Im Gegensatz zu einzelnen örtlichen Gruppen wie in Berlin und Hamburg hatten Frauen im *DFV* keine Funktionen inne, erst 1924 wurde mit Aenne Weber eine Frau in den Vorstand des *BfM* gewählt. Sowohl an der Verbandsgründung 1920 als auch an den ersten drei jährlichen Bundestreffen scheinen keine Frauen teilgenommen zu haben.<sup>96</sup> In Berlin und Hamburg begannen Frauen aber bereits während der Anfangsjahre der Republik, eigene Treffpunkte zu schaffen und eigene Frauengruppen innerhalb der Ortsgruppen zu bilden.<sup>97</sup> Sie wollten damit vermutlich angesichts der Männerdominanz bei allgemeinen Treffen eine Ergänzung oder Alternative schaffen. Angesichts der vereinzelt öffentlichen Äußerungen mancher Männer, die das "Eindringen" von Frauen in die Gruppen missbilligten,<sup>98</sup> war dies sicherlich alles andere als verwunderlich. Explizit äußerten sich die Frauen in den ersten Jahren zur Bildung eigener Gruppen aber nicht, sondern forderten zum Anschluss an die gemeinsamen Verbände auf. Nach Posten im Dachverband scheinen sie nur selten gestrebt zu haben. Reichsweit forciert wurde die Bildung eigener Frauengruppen im Rahmen der Freundschaftsverbände erst Mitte der 20er Jahre, als eigene Zeitschriften für Frauen erschienen.

---

<sup>93</sup> [Hinrich] Ulbert: Zum Verbandstag in Hamburg Ostern 1922. [Eine Stadtbeschreibung.] In: Die Freundschaft Nr. 10-14, März-April 1922. Programm für den zweiten Verbandstag des D.F.V. vom 15. bis 17. April (Ostern) in Hamburg. In: Die Freundschaft Nr. 15, 15.4.1922 (4. Jg.), S. 12.

<sup>94</sup> Verbandsnachrichten. In: Die Freundschaft Nr. 13, 2.4.1921 (3. Jg.), S. 4.

<sup>95</sup> Auszug aus der Rede Max H. Danielsens, Kiel, über "Organisationsfragen", gehalten auf der diesjährigen Generalversammlung des W.-h.K. In: Die Freundschaft Nr. 38, September 1920 (2. Jg.), S. 3.

<sup>96</sup> 1923 berichtete die Leipziger Presse zum Bundestag des *BfM*, dass keine Frauen als Delegierte dabei gewesen seien: F.R. [Friedrich Radszuweit]: Der Bundestag in Leipzig. In: Blätter für Menschenrecht Nr. 6, 1.5.1923 (1. Jg.), S. 3.

<sup>97</sup> So warb etwa 1920 der Berliner "Damenklub Tatjana" in der *Freundschaft*. Anzeige In: Die Freundschaft Nr. 50, Dezember 1920 (2. Jg.), S. 7. In Berlin traf sich eine Damengruppe ab Mai 1921: Verbandsnachrichten. In: Die Freundschaft Nr. 20, 21.5.1921 (3. Jg.), S. 16. Die Hamburger Damengruppe gab ihre Treffen spätestens ab Januar 1922 in der *Freundschaft* bekannt: Die Freundschaft Nr. 4, 29.1.1922 (4. Jg.), S. 4.

<sup>98</sup> Diese Auffassung wurde nicht oft schriftlich geäußert, daher kann hier nur eine Stellungnahme von 1928 angeführt werden: Der Homoerot in der menschlichen Gesellschaft, Beitrag Nr. 37, E.v.H. In: Die Freundschaft Nr. 2, Februar 1928 (10. Jg.), S. 53/54.

### 3. Andere Freundschafts-Zeitschriften 1919-1922

Neben der *Freundschaft* erschienen in den Anfangsjahren der Republik vier weitere Periodika, die sich an gleichgeschlechtlich begehrende Menschen wandten. Von August bis Dezember 1920 erschien in Hamburg *Die Sonne*, die der Vorsitzende der *Hamburger Gesellschaft für Sexualforschung (HGfS)*, Adolf Lützow, herausgab, der Ende August 1920 zum Vorsitzenden des *DFV* gewählt wurde. Auch die *Sonne* nannte sich nach der Gründung des *DFV* wie die *Freundschaft* "Offizielles Organ des Deutschen Freundschaftsverbandes". Die *Sonne* verstand sich als Hamburger "Bruderorgan" (treffender wäre "Schwesterorgan") der Berliner *Freundschaft*, trat aber schnell in Konkurrenz zu ihr. Da die *Freundschaft* die Existenz der *Sonne* bis nach deren Eingehen im Dezember 1920 verschwieg und nur ein einziges Exemplar der vermutlich 20 Ausgaben überliefert ist,<sup>99</sup> lassen sich die Geschichte der *Sonne* und ihr Selbstverständnis nur schwer rekonstruieren. Wahrscheinlich wollte sie ein zweites Blatt neben der *Freundschaft* sein, mit einem anderen regionalen Schwerpunkt als die Berlin-lastige *Freundschaft*, möglicherweise eine Zeitschrift für die anderen Städte des Reiches. In der einzigen überlieferten Ausgabe finden sich Beiträge von Autoren, die nicht aus Berlin kamen und auch für die *Freundschaft* schrieben, Berichte der Freundschaftsverbände in Hamburg, Düsseldorf und Frankfurt am Main, Anzeigen von Lokalen aus Hamburg, Berlin und Köln sowie Hinweise auf Vertriebsstellen in Hamburg, Berlin, Leipzig, Dresden, Frankfurt am Main, Düsseldorf, Hannover und Kiel. Auch Frauen wurden in der *Sonne* gezielt angesprochen und zur Mitarbeit aufgefordert. Die *Sonne* zeigt eine große inhaltliche und gestalterische Nähe zur *Freundschaft*.

Adolf Lützow-Koor, wie er sich nun nannte,<sup>100</sup> gab in seinen Abschiedsworten in der Weihnachtsausgabe von 1920 offensichtlich der *Freundschaft* die Schuld am Eingehen der *Sonne*. In zwei Reaktionen verwahrte sich deren Redaktion gegen den Vorwurf: Schuld am Eingehen der Zeitschrift seien allein "Gleichgültigkeit und Interesselosigkeit der Homosexuellen", die kaum die *Freundschaft* unterstützten; man habe die *Sonne* nicht bewerben können, da man selbst genug ökonomische Probleme habe, man habe sie aber weder offen noch heimlich bekämpft. Man hoffe, dass Lützow-Koor seine ganze Kraft nun wieder der *HGfS* widmen könne.<sup>101</sup> Auch ein Beitrag von Max H. Danielsen vom Januar 1921 nimmt direkt Bezug auf den Vorwurf. Er betonte erneut, die *Freundschaft* habe die *Sonne* nicht vernichtet, und stellte fest, die von Lützow-Koor nunmehr geäußerte Kritik an den Inhalten der *Freundschaft* sei neu, noch im Sommer habe er ein lobendes Gedicht zu ihrem Geburtstag verfasst.<sup>102</sup>

In der *HGfS* gab es im Januar 1921 Überlegungen, die *Sonne* als Monatsschrift weiter erscheinen zu lassen, die aber wohl bereits im Februar im Sande verliefen. Lützow-Koor, der gerade erst als Vorsitzender wiedergewählt worden war, trat aus dem Verband aus, trat kurzfristig wieder bei und verließ ihn im April 1921 endgültig. Über die näheren Hintergründe informiert die *HGfS* in der *Freundschaft* nicht, der Konflikt führte aber zu einer kompletten Vorstandsneuwahl.<sup>103</sup>

<sup>99</sup> Die *Sonne* Nr. 12, Oktober 1920, befindet sich in der Bibliothek des Staatsarchivs Hamburg. Das Eingehen erwähnt – mit Bedauern – auch das *WhK*. Jahrbuch für sexuelle Zwischenstufen, 1920 (20. Jg.), S. 175, Fußnote.

<sup>100</sup> Wieso Lützow diesen Doppelnamen führte, ist unklar. Unter der Adresse der *Sonne* war ein Pelzwarenhändler Albert Koor gemeldet, ein Adolf Lützow jedoch nicht. Möglicherweise führte Lützow den Doppelnamen als Zeichen der Verbundenheit zu einem Freund, oder es handelte sich um eine Adoption. Wahrscheinlicher ist allerdings, dass es sich bei Adolf Lützow um ein Pseudonym von Albert Koor handelt, das er im Laufe der Zeit aufgab.

<sup>101</sup> Vermischtes. In: Die *Freundschaft* Nr. 52, [Dezember] 1920 (2. Jg.), S. 4.

<sup>102</sup> Danielsen, Redakteur [Max H. Danielsen]: Gegen Herrn Lützow-Korr, Hamburg. In: Die *Freundschaft* Nr. 1, 8.1.1921 (3. Jg.), S. 3.

<sup>103</sup> Verbandsnachrichten. In: Die *Freundschaft* Nr. 2, 15.1.1921 (3. Jg.), S. 4. Verbandsnachrichten. In: Die *Freundschaft* Nr. 7, 19.2.1921 (3. Jg.), S. 4. Verbandsnachrichten. In: Die *Freundschaft* Nr. 18, 7.5.1921

Ab 1. März 1921 gab der Karl-Schultz-Verlag selbst eine zweite Zeitschrift heraus: *Uranos. Blätter für ungeschmälertes Menschentum. Unabhängige uranische Monatsschrift für Wissenschaft, Polemik, Belletristik, Kunst*. Verantwortliche Redakteure waren Ferdinand Karsch-Haack, der schon während des Kaiserreiches in den Zeitschriften der "homosexuellen Bewegung" publiziert hatte, und René Stelter.<sup>104</sup> Der Titel knüpfte an die erste Zeitschrift für Invertierte, den *Uranus* von Karl-Heinrich Ulrichs, an, der nur mit einer Ausgabe 1870 erschien. Während die *Freundschaft* breite Schichten ansprechen sollte, wandte sich der *Uranos* explizit an ein wissenschaftlich, literarisch und künstlerisch interessiertes bildungsbürgerliches Publikum, obwohl auf eine "allgemeinverständliche Form" geachtet werden sollte.<sup>105</sup> Seine Auflage wurde von *Sperlings Zeitschriften-Adressbuch* mit 2.000 Exemplaren angegeben.<sup>106</sup> Der *Uranos* verstand sich ausdrücklich nicht als Konkurrenzblatt, sondern als Ergänzung und Erweiterung der *Freundschaft*.<sup>107</sup> So leitete die *Freundschaft*, die sich nicht in der Lage sah, alle eingesandte Prosa und Lyrik ("Hunderte") abzdrukken, diese zum Teil an den *Uranos* weiter.<sup>108</sup>

Stelter und Karsch lieferten verschiedene Beiträge zur Geschichte der Urninge, zu Identitäts- und Organisationsfragen. Sie riefen zur Bildung von Logen auf, in denen die sexuelle Orientierung keine Rolle spielen sollte, aber in die wohl nur Männer aufgenommen werden sollten. Den männerbündischen Logen wurde von den beiden Initiatoren eine wichtige Rolle für die gesamtgesellschaftliche Emanzipation in Bezug auf Geschlecht und Sexualität zugeschrieben. Der *Uranos* publizierte Beiträge über die Ursachen der Homosexualität, insbesondere zur Theorie der sexuellen Inversion nach Sigmund Freud und Hans Blüher, und ließ die Vertreter männerbündischer Konzepte gleichgeschlechtlichen Begehrens, wie etwa St. Ch. Waldecke (Ewald Tscheck) zu Wort kommen, obwohl Karsch-Haack und Stelter diese Positionen selbst nicht vertraten.

Der *Uranos* hatte von Anfang an große ökonomische Probleme, bereits in der fünften Ausgabe wurde berichtet, dass die Zeitschrift wegen der geringen Zahl der Abonnenten nicht mehr erscheinen solle, aber Anstrengungen unternommen würden, sie als Monatschrift herauszugeben.<sup>109</sup> Insgesamt erschienen im ersten Jahrgang nur rund 300 Seiten, mehrere Ausgaben erschienen als Doppelnummern, so dass 1921/22 nur neun Ausgaben veröffentlicht wurden. Der Umfang des zweiten Jahrgangs ist nicht bekannt, er umfasste aber wohl sechs Nummern bzw. vier Hefte.<sup>110</sup> Die Zeitschrift wechselte kurzzeitig den Verlag, Nr. 6/7 bis Nr. 9 erschienen im Verlag *Fuß und Hand* von W. Runge. Mangels hinreichender Informationen kann über die Hintergründe dieses Verlagswechsels keine Auskunft gegeben werden. Zum Januar 1922 kaufte der Karl-Schultz-Verlag den *Uranos* zurück, bot alte Ausgaben zum Kauf an und bis Mai 1922 nur eine einzige Ausgabe heraus;<sup>111</sup> die Nummer 10/12 des ersten Jahrgangs erschien nach einer Pause von rund acht

---

(3. Jg.), S. 4.

<sup>104</sup> Zum *Uranos* vgl. die Ausführungen bei: Sigusch, Volkmar: Karl Heinrich Ulrichs. Der erste Schwule der Weltgeschichte, Berlin: Verlag rosa Winkel 2000, S. 102-105. Vgl. auch die Ausführungen von: Schmidtke, Sabine: *Uranos. Unabhängige uranische Monatsschrift für Wissenschaft, Belletristik, Kunst*. Herausgegeben von Ferdinand Karsch-Haack und René Stelter. Jahrgang 1 (1921/22). Nachdruck mit einem Nachwort und Register von Sabine Schmidtke, Hamburg: MännerschwarmSkript 2002, S. 267-294.

<sup>105</sup> Schultz-Verlag: Was ist der "Uranos"? In: Die *Freundschaft* Nr. 4, 29.1.1921 (3. Jg.), S. 3.

<sup>106</sup> *Sperlings Zeitschriften-Adressbuch*. Handbuch der deutschen Presse. Die wichtigsten Zeitschriften und politischen Zeitungen Deutschlands, Österreichs und des Auslandes. Hg. vom Börsenverein der Deutschen Buchhändler, Leipzig: Verlag des Börsenvereins der Deutschen Buchhändler, Stuttgart: Sperling, Nr. 50 = 1923.

<sup>107</sup> Sternweilers Vermutung, der *Uranos* sei ein Konkurrenzblatt gewesen, ist unzutreffend. Sternweiler, *Freundschaftsbünde* 1997, S. 95.

<sup>108</sup> Die Redaktion: Geschätzte Mitarbeiter! In: Die *Freundschaft* Nr. 4, 29.1.1921 (3. Jg.), S. 3.

<sup>109</sup> Die Redaktion: Mitteilungen. In: *Uranos* Nr. 5, 1.5.1921 (1. Jg.), S. 120.

<sup>110</sup> Der Jahrgang ist vermutlich verschollen. Schmidtke 2002, S. 292-294.

<sup>111</sup> Zur Kenntnis! In: Die *Freundschaft* Nr. 1, 7.1.1922 (4. Jg.), S. 5.

Monaten. René Stelter war von Mai bis September 1923 Redakteur der *Freundschaft*, über seine weitere publizistische Tätigkeit ist nichts bekannt, während Ferdinand Karsch-Haack in zahlreichen Zeitschriften gleichgeschlechtlich begehrender Menschen publizierte.

Daneben erschienen in den Anfangsjahren der Republik auch die *Jahrbücher für sexuelle Zwischenstufen*, die *Mitteilungen des WhK* und verschiedene Zeitschriften, die von Adolf Brand herausgegeben wurden. Das *Jahrbuch* erschien 1919 bis 1922 zweimal jährlich als Doppelvierteljahreshefte, 1923 mit einem eigenen Band<sup>112</sup> und wurde dann vermutlich aus Kostengründen eingestellt.<sup>113</sup> In diesen Jahren standen die politischen Aktivitäten der "homosexuellen Bewegung" neben literarischen und literaturwissenschaftlichen Beiträgen im Mittelpunkt, während sexualwissenschaftliche und kulturhistorische Artikel nur einen geringen Anteil hatten.<sup>114</sup> Von November 1919 bis Ende 1920 gab Adolf Brand wieder den *Eigenen* heraus, der, nachdem er der Zensur zum Opfer gefallen war, ab Februar 1921 durch eine neue Zeitschrift unter dem Titel *Freundschaft u. Freiheit. Ein Blatt für Männerrechte, gegen Spießbürgermoral, Pfaffenherrschaft und Weiberwirtschaft* ersetzt wurde.<sup>115</sup> Die Zeitschrift erschien wöchentlich, hatte zunächst acht, ab Nr. 10 zehn Seiten und musste schon im April 1921 ihr Erscheinen wieder einstellen. Insgesamt erschienen nur elf Ausgaben, bereits die beiden ersten Nummern wurden von der Staatsanwaltschaft als "unzüchtige Schriften" beschlagnahmt. Autoren waren vornehmlich Adolf Brand und St. Ch. Waldecke (Ewald Tscheck). Mit polemischen Artikeln griff Brand insbesondere die reaktionären Kräfte der Republik und die Kirchen an. Leitartikel mit Titeln wie "Hätte Friedrich Wilhelm I. kastriert werden sollen?" (Nr. 9, 31.3.1921) machen den provokanten und kämpferischen Charakter des Blattes deutlich. *Freundschaft u. Freiheit* sah sich wie der *Eigene* in Konkurrenz zur *Freundschaft* und zum *Uranos*, so bezeichnete sich der *Eigene* 1919 als die "führende Zeitschrift",<sup>116</sup> was er sicherlich nicht mehr war. Da der *Eigene* aber männliche Bildungsbürger, also eine andere Zielgruppe ansprach als die *Freundschaft*, bestand eine Konkurrenz allenfalls zum *Uranos*. In *Sperlings Zeitschriften-Adressbuch* wurde die Auflage des *Eigenen* für die Jahre der Weimarer Republik mit 2.000 oder 3.000 Exemplaren angegeben.<sup>117</sup> Zum Jahresanfang 1922 kaufte der Schultz-Verlag die offenbar an finanziellen Problemen leidende *Freundschaft u. Freiheit* auf und vereinigte sie mit der *Freundschaft*,<sup>118</sup> die Abonnenten der Brand-Zeitschrift erhielten nun die *Freundschaft*, die sich inhaltlich durch die nicht Übernahme veränderte. Die Übernahme schlug sich nur im neuen Untertitel "Freundschaft und Freiheit" nieder.<sup>119</sup> Während der gesamten Weimarer Republik gab Brand seine Zeitschriften *Der Eigene*, *Eros* und *Freundschaft u. Freiheit* nur zeitweise regelmäßig heraus. Sowohl die Zensur als

<sup>112</sup> Keilson-Lauritz 1997, S. 365.

<sup>113</sup> Im letzten *Jahrbuch* aus dem Jahr 1923 werden auf der letzten Seite (S. 246) erhebliche finanzielle Probleme des *WhK* aufgrund geringer Spendenbereitschaft genannt, die Inflation dürfte ein übriges beigetragen haben. Für den Hinweis danke ich Ralf Dose, Berlin. Vertiefend ist dieser Frage allerdings bisher nicht nachgegangen worden.

<sup>114</sup> Keilson-Lauritz 1997, S. 56-61.

<sup>115</sup> Keilson-Lauritz 1997, S. 122/123. Ich verstehe den Begriff "Weiberwirtschaft" in diesem Kontext nicht als primär gegen Frauen gerichtet, sondern als Diffamierung von Männern, die in Augen Brands inkompetent waren. Die Verbindung von Weiblichkeit mit Unfähigkeit ist selbstverständlich ein grundlegend frauenfeindliches Stereotyp.

<sup>116</sup> Keilson-Lauritz 1997, S. 120-122.

<sup>117</sup> Sperlings Zeitschriften-Adressbuch. Handbuch der deutschen Presse. Die wichtigsten Zeitschriften und politischen Zeitungen Deutschlands, Österreichs und des Auslandes. Hg. vom Börsenverein der Deutschen Buchhändler, Leipzig: Verlag des Börsenvereins der Deutschen Buchhändler, Stuttgart: Sperling, Nr. 50 = 1923, Nr. 51 = 1925, Nr. 52 = 1926, Nr. 53 = 1927, Nr. 54 = 1928, Nr. 56 = 1930, Nr. 57 = 1931, Nr. 58 = 1933.

<sup>118</sup> Marita Keilson-Lauritz gibt als Grund für das schnelle Einstellen und den Besitzerwechsel von *Freundschaft u. Freiheit* Brands finanzielle Probleme an. Keilson-Lauritz 1997, S. 123.

<sup>119</sup> Zur Kenntnis! In: Die *Freundschaft* Nr. 1, 7.1.1922 (4. Jg.), S. 5.

auch ökonomische Probleme haben Brand offenbar an einer regelmäßigen Publikation gehindert. Allen seinen Zeitschriften war ihr Zielpublikum und die inhaltliche Mischung aus engagiertem politischen Kampf und niveaувollen literarischen Beiträgen gemein. Sie vertraten eine männerbündische Variante gleichgeschlechtlicher Identität; Frauen, die der männerbündischen Ideologie entsprechend abschätzig betrachtet wurden, waren in allen Zeitschriften Brands nur sehr selten Autorinnen, so forderte die *GdE* ja nur "Männerrechte". Trotzdem erschienen auch Beiträge gegen das Verbot von Verhütungsmitteln<sup>120</sup> oder Korrespondenzen von Brand mit Frauen, wie etwa Helene Stöcker.<sup>121</sup> Da mit Marita Keilson-Lauritz' *Die Geschichte der eigenen Geschichte* eine fundierte Untersuchung der Brand'schen Zeitschriften vorliegt, sollen sie hier nicht weiter besprochen werden, einzelne Aspekte fließen in die folgenden Einzelanalysen ein.

*Die Freundschaft* blieb also aufgrund des ökonomischen Scheiterns ihres "Bruderorgans" *Die Sonne*, ihres Ergänzungsblattes *Uranos* und der Diskontinuität ihrer Konkurrenzblätter *Der Eigene* und *Freundschaft u. Freiheit* die einzige Zeitschrift gleichgeschlechtlich begehrender Menschen, die von 1919 bis 1923 trotz Zensur regelmäßig wöchentlich erschien.

---

<sup>120</sup> *Freundschaft u. Freiheit* Nr. 11, 14.4.1921 (1. Jg.), S. 1/2.

<sup>121</sup> Brief von Adolf Brand an Helene Stöcker, 10.10.1916. In: *Der Eigene* Nr. 4, 13.12.1919 (7. Jg.), S. 3.

#### 4. Der Aufstieg Friedrich Radszuweits 1922/23

Von den Konflikten innerhalb des *DFV*, seiner Stagnation und insbesondere von der Einstellung der *Freundschaft* im Februar 1923 profitierte der Berliner Damenkonfektionshändler Friedrich Radszuweit, der von 1923 bis zu seinem Tod 1932 die viel angefochtene, aber nie gestürzte Führungsfigur der Freundschaftsverbände war. Er war derjenige, der Max H. Danielsens Vorschläge von 1922 zur Reform des *DFV* umsetzte und den *Bund für Menschenrecht*, wie der *DFV* ab 1923 hieß, zu einer straffen, zentralisierten Organisation ausbaute.

Radszuweit, der Sohn eines ostpreußischen Landwirtes, hatte eine kaufmännische Ausbildung und war 1901 nach Berlin gekommen. Im Januar 1922 war er, nachdem er einen Vortrag Magnus Hirschfelds gehört hatte, in den Berliner *Verein der Freunde und Freundinnen* eingetreten, der ihn im April 1922 als Delegierten zum Verbandstag nach Hamburg schickte und im Mai 1922 zu seinem ersten Vorsitzenden wählte.<sup>122</sup> Der Rechtsanwalt Walter Bahn bemerkte hierzu 1932 in einer Gedenkrede für Radszuweit, er müsse "sich also schon in der damaligen Zeit trotz seiner kurzen Mitgliedschaft bedeutend hervorgetan haben, daß ihm das Amt eines I. Vorsitzenden übertragen wurde".<sup>123</sup> In der Debatte auf dem reichsweiten Verbandstag 1922 war Radszuweit erstmals außerhalb Berlins in Erscheinung getreten.

Als Wilhelm Dillmann am 18. Juni 1922 seine Tätigkeit als Sekretär und damit als Inhaber der Geschäftsstelle des *DFV* kündigte, übernahm Friedrich Radszuweit die Geschäftsstelle. Warum Dillmann die Ämter aufgab, ist nicht überliefert. In den vorangegangenen Wochen hatte er sich in der *Freundschaft* mehrfach verbeten, persönliche Besuche von LeserInnen zu erhalten, und betont, es handele sich bei der Geschäftsstelle lediglich um eine Postadresse. Es erscheint aber auch nicht unwahrscheinlich, dass seine Kündigung in Zusammenhang mit Konflikten innerhalb des Vorstandes stand, über die gleichfalls nichts Näheres bekannt ist außer ihrem Ergebnis: Drei Vorstandsmitglieder traten zurück, auch Danielsens nahm nicht mehr an den Sitzungen teil. Ob der Konflikt persönliche Gründe oder politische Ursachen hatte, ist unklar, in der Radszuweit'schen Presse war später immer nur von der "Unfähigkeit der alten Führer" die Rede. Radszuweit wurde neben zwei weiteren Männern in den *DFV*-Vorstand kooptiert.<sup>124</sup> Hans Janus blieb jedoch Vorsitzender; dass er noch einen maßgeblichen Einfluss auf die Geschicke des Verbandes hatte, ist unwahrscheinlich.

Mit einem "Offene[n] Brief an alle deutschen Männer und Frauen" in der *Freundschaft*, der nur die bisherigen Forderungen des Verbandes wiederholte, aber groß aufgemacht war, wandte Friedrich Radszuweit sich Anfang Oktober 1922 erstmals an die Öffentlichkeit.<sup>125</sup>

---

<sup>122</sup> Die einzelnen von Paul Weber im Laufe der Jahre verfassten biographischen Würdigungen enthalten in Bezug auf den Eintritt in den Verband widersprüchliche Angaben. Paul Weber: Zum 50. Geburtstag Friedrich Radszuweits. In: Das Freundschaftsblatt Nr. 16, 16.4.1926, S. 1/2. Paul Weber: Vorwort. In: Blätter für Menschenrecht Nr. 10, Oktober 1929 (7. Jg.), S. 1-3. Aus der Chronik des Bundes für Menschenrecht E.V., 1919-1929. In: Blätter für Menschenrecht Nr. 10, Oktober 1929 (7. Jg.), S. 4-11, S. 4. Friedrich Radszuweit, sein Leben und Wirken für die Befreiung der homosexuellen Menschen. Ansprache des 1. Schriftführers des Bundes für Menschenrecht e.V., Paul Weber. In: Blätter für Menschenrecht Nr. 4/5, April/Mai 1932 (10. Jg.), S. 3-9.

<sup>123</sup> Friedrich Radszuweit, sein Leben und Wirken für die Befreiung der homosexuellen Menschen. Ansprache des Herrn Rechtsanwalt Walter Bahn. In: Blätter für Menschenrecht Nr. 4/5, April/Mai 1932 (10. Jg.), S. 10-16.

<sup>124</sup> Verbandsnachrichten. In: Die Freundschaft Nr. 33, 19.8.1922 (4. Jg.), S. 12. Verbandsnachrichten. In: Die Freundschaft Nr. 34, 26.8.1922 (4. Jg.), S. 12. Verbandsnachrichten. In: Die Freundschaft Nr. 36, 9.9.1922 (4. Jg.), S. 12.

<sup>125</sup> Friedrich Radszuweit: Offener Brief an alle deutschen Männer und Frauen. In: Die Freundschaft Nr. 40, 7.10.1922 (4. Jg.), S. 7. Der erste Text, der von ihm in der *Freundschaft* veröffentlicht wurde, war ein

Während des Jahres 1922 und Anfang 1923 verfolgte Radszuweit neben der Werbung neuer Mitglieder und der Gründung neuer Gruppen insbesondere zwei Ziele: die Umbenennung des Verbandes in "Bund für Menschenrecht" und das Abhalten großer "Volksversammlungen" in verschiedenen Städten, auf denen politische Forderungen verabschiedet werden sollten. Zwar hatte schon Adolf Brand 1907 davon gesprochen, öffentliche Volksversammlungen zur "Bülow-Affäre" abzuhalten, diese Pläne aber nicht realisiert.<sup>126</sup> Ob Radszuweit implizit an die Strategien Brands anknüpfen wollte oder unabhängig von diesem ähnliche Strategien vertrat, ist nicht zu klären.

Bereits im Mai 1922 hatte sich der Berliner *Verein der Freunde und Freundinnen* auf Vorschlag Radszuweits in *Bund für Menschenrecht* umbenannt. Diese Gruppe vereinigte sich im Dezember 1922 mit dem anderen Berliner Freundschaftsbund, dem Hans Janus vorstand, zu einer gemeinsamen Gruppe mit dem Namen *Bund für Menschenrecht*, wobei Radszuweit Janus den Vorsitz überließ.<sup>127</sup> Auf dem Bundestag in Hamburg hatte der Vorstand des DFV eine Namensänderung des Verbandes beantragt, da man die Bezeichnung "Freundschaftsverband" als ungeeignet für eine Organisation ansah, die politische Ziele vertrat. Da sich die Delegierten auf keinen neuen Namen einigen konnten, also auch die Bezeichnung *Bund für Menschenrecht* umstritten war, wurden von den Ortsgruppen Vorschläge erbeten, die aber kaum eingingen<sup>128</sup> oder vielleicht auch nicht veröffentlicht wurden.<sup>129</sup> Außer dem Radszuweit'schen Vorschlag wurden kaum andere Namen in der *Freundschaft* genannt, nur einmal wurde die Bezeichnung "Plato-Bund" in die Debatte getragen, aber nicht weiter aufgegriffen. Ende 1922 veranstaltete die *Freundschaft* ein Preisausschreiben zur Namensfindung. Im Januar 1923 wurde als Ergebnis bekannt gegeben, dass viele Ortsgruppen den Namen *Bund für Menschenrecht* passend fänden und ihn schon für sich übernommen hätten, daher werde hierfür dreimal der erste Preis vergeben. Die Gewinner hätten das Geld für den Propagandafonds gespendet. Ob das Preisausschreiben wirklich durchgeführt wurde, erscheint bei einem derartigen Vorgehen fraglich. Die *Freundschaft* teilte auch mit, dass es nur wenige Teilnahmen gegeben habe. Dies kann ein Hinweis darauf sein, dass viele mit dem bisherigen Namen durchaus zufrieden waren, der neue Name sich bereits durchgesetzt hatte, es tatsächlich kaum Vorschläge gab oder dass diese Frage für viele LeserInnen der *Freundschaft* uninteressant war. Als weitere Namensvorschläge wurden angeführt: "Bund für freies Menschentum", "Internationaler Kulturbund", "Fichtebund", "Reichsbund für Menschenrecht".<sup>130</sup> Auffällig ist sowohl am neuen als auch am alten Namen sowie an den alternativen Namensvorschlägen, dass keiner von ihnen einen Hinweis auf gleichgeschlechtliches Begehren, gleichgeschlechtliche Sexualität oder Liebe enthält. Vorschläge, die die Zielrichtung des Verbandes deutlicher benannt hätten, wurden entweder nicht gemacht oder nicht veröffentlicht. Dies war offensichtlich auch der Wunsch vieler Verbandsvertreter. So war explizit vom Vorstand unterstrichen worden, der Name solle "weitherzig" und

---

Leserbrief im Sommer 1922. Meinungsaustausch: Der tiefere Sinn der urnischen Chronik. In: Die Freundschaft Nr. 24, 17.6.1922 (4. Jg.), S. 2/3.

<sup>126</sup> In einer Flugschrift von 1907 drohte Brand damit, die vermeintliche Homosexualität des Reichskanzlers von Bülow auf "öffentliche Volksversammlungen" zur Sprache zu bringen. Keilson-Lauritz, Marita: Wilhelmshagen gegen das Deutsche Reich. Adolf Brands Flugschrift gegen den Reichskanzler von Bülow. In: Capri. Zeitschrift für schwule Geschichte, Nr. 17, September 1994 (7. Jg.), S. 2-20.

<sup>127</sup> Rubrik DFV: Eine einheitliche Berliner Organisation. In: Die Freundschaft Nr. 50, 17.12.1922 (4. Jg.), S. 8.

<sup>128</sup> Verbandsnachrichten: Wichtige Beschlüsse des 2. Verbandstages in Hamburg. Namensänderung. In: Die Freundschaft Nr. 22, 4.6.1922 (4. Jg.), S. 16.

<sup>129</sup> Verbandsnachrichten: Wichtige Beschlüsse des 2. Verbandstages in Hamburg. Namensänderung. In: Die Freundschaft Nr. 22, 4.6.1922 (4. Jg.), S. 16.

<sup>130</sup> Verbandsnachrichten: Wichtige Beschlüsse des 2. Verbandstages in Hamburg. Namensänderung. In: Die Freundschaft Nr. 23, 11.6.1922 (4. Jg.), S. 16. Rubrik DFV: Die Einheitlichkeit der Organisation. In: Die Freundschaft Nr. 3, 1923 (5. Jg.), S.8.

"neutral" sein, damit er denjenigen, "die meinen, auf Ihr gesellschaftliches und berufliches Leben Rücksicht nehmen zu müssen", keine Schwierigkeiten bereite.<sup>131</sup> Mit einer derartigen Argumentation wurden letztlich auch die eigenen politischen Ziele konterkariert. Der neue Verbandsname war unbestimmter und missverständlicher als der bisherige, wurde aber als Ausdruck der politischen Bestrebungen des Vereins angesehen. Ab der 6. Ausgabe des Jahres 1923 nannte sich der Dachverband in den Vereinsmitteilungen in der *Freundschaft* nicht mehr *Deutscher Freundschaftsverband*, sondern *Bund für Menschenrecht*; der Vorstand hatte die Namensänderung nach Radszuweits Vorschlag beschlossen.

Am 23. Januar 1923 veranstalteten verschiedene Ortsgruppen in Berlin, Hamburg, Frankfurt am Main, Bielefeld, Magdeburg, Weimar und Leipzig auf Anregung Radszuweits "Volksversammlungen", öffentliche Vorträge, auf denen Juristen, wie etwa Walter Bahn und Ernst Emil Schweitzer, oder Mediziner über Homosexualität referierten; einen Vortrag bestritt Radszuweit selbst. Bisher waren außerhalb Berlins fast ausschließlich Magnus Hirschfeld oder andere Wissenschaftler für die "homosexuelle Bewegung" öffentlich aufgetreten. Im Anschluss an die Vorträge wurde ein in allen Städten einheitlicher Resolutionstext zur Abschaffung des § 175 und anderer, nicht genannter "Ausnahmegesetze" verabschiedet, der dann der Öffentlichkeit, Presse, Exekutive und Legislative, als "Forderungen der Homosexuellen in Deutschland" vorgelegt wurde. Über diese Veranstaltungen wurde von zahlreichen Zeitungen im Deutschen Reich berichtet.<sup>132</sup>

Möglicherweise weil gerade die Redaktion der *Freundschaft*, also das eigene Organ, den Abdruck ausführlicher Berichte über die "Volksversammlungen" aus "Platzgründen" abgelehnt hatte, war der *DFV* im Februar 1923 nicht bereit, die nach den Verurteilungen des Herausgebers Karl Schultz und der Redakteure A. Lange und Max H. Danielsen wegen Kuppelei und Veröffentlichung unzüchtiger Anzeigen in den Jahren 1921 und 1922 gefährdete *Freundschaft* zu retten. Hans Janus hatte als Redakteur der *Freundschaft* an den Vorstand des *DFV* den Wunsch herangetragen, dass der Verband eine Festabnahme von Exemplaren garantieren sollte, damit die *Freundschaft* so die fehlenden Einnahmen aus den kriminalisierten Kontaktanzeigen, die nun endgültig nicht mehr erscheinen sollten, kompensieren könnte und eine verlässliche ökonomische Grundlage hätte. Obwohl Janus selbst noch Vorsitzender des *DFV* war, lehnte der Vorstand sein Ansinnen ab bzw. äußerte sich nicht.<sup>133</sup> Die *Freundschaft* musste ihr Erscheinen von Mitte Februar bis Anfang Mai 1923 vorübergehend einstellen. Fünf Tage nach der *DFV*-/*BfM*-Vorstandssitzung erschienen hingegen die von Friedrich Radszuweit herausgegebenen *Blätter für Menschenrecht*, die den Anspruch erhoben, die Lücke, die durch das Ausbleiben der *Freundschaft* entstehe, zu schließen.<sup>134</sup> Möglicherweise hatte Radszuweit nur auf eine passende Gelegenheit gewartet, eine eigene Zeitschrift herauszugeben, und schon im Vorfeld entsprechende Schritte unternommen, oder er war in der Lage, innerhalb weniger Tage eine neue Zeitung herauszubringen, was auf ein hervorragendes Organisationstalent schließen lässt. Die Zeitung erschien 14-tägig und lehnte sich inhaltlich an die *Freundschaft* an. Radszuweit war ihr Hauptautor und blieb es bis zu seinem Tod.

Der Bundestag des *DFV*/*BfM* beschloss Ostern 1923, die *Blätter für Menschenrecht* zur offiziellen Mitgliederzeitschrift zu machen. Der Gegenvorschlag, weiterhin der *Freundschaft* diese Rolle einzuräumen und damit ihr Wiedererscheinen zu ermöglichen, wurde

<sup>131</sup> Verbandsnachrichten: Wichtige Beschlüsse des 2. Verbandstages in Hamburg. Namensänderung. In: Die *Freundschaft* Nr. 23, 11.6.1922 (4. Jg.), S. 16.

<sup>132</sup> Rubrik *DFV*. In: Die *Freundschaft* Nr. 5, 3.2.1923 (5. Jg.), S. 8. Rubrik *BfM*. Die *Freundschaft* Nr. 6, 10.2.1923 (5. Jg.), S. 8.

<sup>133</sup> René Stelter: Unser Weg. Zur Einstellung der "Freundschaft". In: Die *Freundschaft* Nr. 7, 5.5.1923, S. 2-4. Berichte. Tagung des Bundes für Menschenrecht. Leipzig, Ostern 1923. In: Die *Freundschaft* Nr. 7, 5.5.1923 (5. Jg.), S. 6-7.

<sup>134</sup> Friedrich Radszuweit: Unsere Stunde ist gekommen! In: *Blätter für Menschenrecht* Nr. 1, 15.2.1923 (1. Jg.), S. 1.

abgelehnt, unter anderem wurden der *Freundschaft* "privatkapitalistische Interessen" unterstellt. Die Versuche von Georg Plock, zu diesem Zeitpunkt Leiter des Schultz-Verlages und Sekretär des *WhK*, und René Stelter, die Delegierten mit Briefen umzustimmen, scheiterten. Friedrich Radszuweit wurde am Ende der – nach Darstellung der ab Mai 1923 wieder erscheinenden *Freundschaft* – turbulenten Tagung mit "unerquickliche[n] Diskussionen und peinliche[n] Zwischenfälle[n]" in seinem Kurs bestätigt und zum neuen Vorsitzenden des *Bundes für Menschenrecht* gewählt. Ob Hans Janus überhaupt noch für dieses Amt kandidiert hatte, ist nicht bekannt. Dass Radszuweit ihm für seine Arbeit dankte, ist den unterschiedlichen Berichten nicht zu entnehmen. Die Versammlung bestätigte auch die bereits vom Vorstand vollzogene Umbenennung des Verbandes.<sup>135</sup> Damit wurde die Spaltung der Freundschaftsverbände, die sich schon auf dem letzten Verbandstag angekündigt hatte, vollzogen. Diejenigen, die den *DFV* gegründet und aufgebaut hatten, zogen sich vom *BfM* zurück.

Die *Freundschaft* verstand sich ab ihrem Wiedererscheinen im Mai 1923 als "Organ der ganzen Bewegung".<sup>136</sup> Hans Janus bemühte sich nach dem Einstellen der *Freundschaft* ebenfalls um die Herausgabe einer neuen Zeitschrift, der *Hellasbote* erschien jedoch erst im Mai, als die *Freundschaft* in anderer Regie bereits wieder herausgegeben wurde. Janus kritisierte sowohl Georg Plock, dem er vorwarf, er habe ihn und andere Mitarbeiter der *Freundschaft* "loswerden" wollen, als auch Friedrich Radszuweit, der ein intoleranter "Diktator" sei.<sup>137</sup> Allem Anschein nach handelte es sich vornehmlich um persönliche Konflikte und Machtkämpfe, weniger um politische Differenzen, allenfalls gab es in der Frage des strategischen Vorgehens Differenzen, wobei dieser Aspekt aber von Radszuweit aus Profilierungsgründen eher überbetont wurde, als dass die Differenzen tatsächlich so groß gewesen wären. Inwieweit die Spaltung auch die örtlichen Gruppen betraf, ist unklar. Laut Angaben von 1929 hatte der *BfM* zu diesem Zeitpunkt 19 Ortsgruppen und 2.780 Mitglieder.<sup>138</sup>

---

<sup>135</sup> Berichte. Tagung des Bundes für Menschenrecht. Leipzig, Ostern 1923. In: Die *Freundschaft* Nr. 7, 5.5.1923 (5. Jg.), S. 6-7. "Die *Freundschaft*". Zur Aufklärung für unsere Mitglieder und Freunde. In: *Blätter für Menschenrecht* Nr. 7, 15.5.1923 (1. Jg.), S. 2/3. Am 7.2.1923 beschloss der Hauptvorstand des *DFV* die Umbenennung in *BfM*. Nachrichten des Hauptvorstandes. In: *Blätter für Menschenrecht* Nr. 1, 15.2.1923 (1. Jg.), S. 2.

<sup>136</sup> Adressen der Organisationen unserer Bewegung. In: Die *Freundschaft* Nr. 7, 5.5.1923, S. 8.

<sup>137</sup> Janus: "Die *Freundschaft*". In: *Der Hellasbote* Nr. 1, 26.5.1923 (1. Jg.), S. 5-6. Janus: *Menschenrecht???* In: *Der Hellasbote* Nr. 3, 23.6.1923 (1. Jg.), S. 23.

<sup>138</sup> Aus der Chronik des Bundes für Menschenrecht e.V. In: *Blätter für Menschenrecht* Nr. 10, Oktober 1929 (7. Jg.), S. 4-11, S. 5.

## 5. Die Zeitschriften des Verlages von Friedrich Radszuweit

Mit der Herausgabe der *Blätter für Menschenrecht* ab Februar 1923 als neuer Vereinszeitschrift des *Deutschen Freundschaftsverbandes* bzw. des *Bundes für Menschenrecht* legte Radszuweit den Grundstein für seinen Verlag, in dem zahlreiche Zeitschriften, Broschüren und Bücher erschienen. Neben den *BlfM* gab der Verlag von 1923 bis 1933 mehrere Zeitschriften für gleichgeschlechtlich begehrende Menschen heraus. Friedrich Radszuweit vermischte die Interessen des *BfM* mit denen seines Verlages. Dies zeigen unter anderem die Geschäftsberichte des *BfM*, in denen regelmäßig über seine Zeitschriften und auch über den Verkaufserfolg einzelner Bücher berichtet wurde.

Während die *Blätter für Menschenrecht* nach Radszuweits Angaben primär dem politischen Kampf und der wissenschaftlichen Aufklärung dienen sollten, sah er die anderen Zeitschriften als Unterhaltungsblätter an.<sup>139</sup> Viele Beiträge, die in den *BlfM* erschienen, wurden aber auch in anderen Zeitschriften des Verlages abgedruckt, gelegentlich in gekürzten Fassungen. Friedrich Radszuweit baute die *BlfM* trotz der Konkurrenz durch andere Zeitschriften schnell aus. Der Umfang wuchs im ersten Jahr des Erscheinens von vier auf acht Seiten. Als einzige Freundschaftszeitschrift erschienen die *BlfM* auch während der Hyper-Inflation regelmäßig.<sup>140</sup> Ab Februar 1924 gab Radszuweit die bis dahin 14-tägig erscheinende Zeitschrift wöchentlich heraus. Spätestens zu diesem Zeitpunkt waren die *BlfM* zu einem gleichwertigen Ersatz für die *Freundschaft* geworden und konnten unterschiedliche Lesebedürfnisse abdecken. Nachdem sich Radszuweit im Herbst 1924 zur Herausgabe weiterer Zeitschriften entschlossen hatte, erschienen die *BlfM* mit Ausnahme des ersten Halbjahres 1928, wo sie wieder 14-tägig herauskamen, als Monatszeitschrift mit einem Umfang von 16 bis 32 Seiten. In den Jahren 1930 bis 1933 gab es gelegentlich Doppelnummern, möglicherweise sowohl ein Ausdruck finanzieller Probleme als auch politischer Untätigkeit des Verbandes.

Die *BlfM* verstanden sich als Vereinsorgan des *BfM*, aber auch als allgemeine Aufklärungsschrift, die nicht nur gleichgeschlechtlich begehrende Menschen ansprechen sollte. So finden sich neben Geschäftsberichten des Hauptvorstandes und den Berichten einzelner Ortsgruppen insbesondere Artikel von Wissenschaftlern und Juristen, die sich mit der strafrechtlichen Verfolgung oder der gesellschaftlichen Repression und gelegentlich auch mit den "Ursachen" der Homosexualität beschäftigten. So erschienen in ihnen Beiträge von Magnus Hirschfeld, Kurt Hiller, Albert Moll, Paul Martell, Max Hodann, Siegfried Placzek, Ferdinand Karsch-Haack, Karl Friedrich Jordan, Emil Schweitzer, Walter Bahn, Hans von Tresckow und Bernhard Strewe.<sup>141</sup> Oft wurden alte Veröffentlichungen dieser Experten erneut abgedruckt. Ob dies mit ihrer Zustimmung geschah, ist nicht überliefert. Zumindest verklagte Albert Moll den Verlag, weil dieser einen seiner Aufsätze aus dem Jahre 1902 ungefragt nachgedruckt hatte.<sup>142</sup> Der Idee folgend, mit den *BlfM* auch die "Heterosexuellen" aufklären zu wollen, forderten die Herausgeber andere Zeitschriften und Zeitungen auf dem Titelblatt zum Nachdruck von Artikeln – unter Angabe der Quelle – auf. Dementsprechend wurde die Zeitschrift, wie schon erwähnt, auch kostenlos an Multiplikatoren verschickt. Hauptautoren der *Blätter für Menschenrecht* waren Friedrich Rads-

<sup>139</sup> Friedrich Radszuweit: Zum zehnjährigen Bestehen des "Bund für Menschenrecht, E.V.", 1919-1929. In: *Blätter für Menschenrecht* Nr. 10, Oktober 1929 (7. Jg.), S. 12-30.

<sup>140</sup> Am 15. November 1923 zum Preis von 25 Millionen Mark, ab 1. Dezember dann für 15 Pfennig. Der Preis steigerte sich in den folgenden Jahren auf maximal 30 Pfennig, meistens betrug er 20 Pfennig.

<sup>141</sup> Bernhard Strewe (Jg. 1881) war ab circa 1924/25 Nachfolger von Heinrich Kopp als Leiter des Berliner Homosexuellendezernats. Dobler, Jens: Dr. Heinrich Kopp (1871-1941). In: *Archiv für Polizeigeschichte* Nr. 30, 2000 (11. Jg.), S. 6/7.

<sup>142</sup> Tätigkeitsbericht des "Bundes für Menschenrecht" E.V. Sitz Berlin für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 1925. In: *Blätter für Menschenrecht* Nr. 4, April 1926 (4. Jg.), S. 3-11.

zuweit und Paul Weber. Neben Presseschauen und Kurzmeldungen gab es gelegentlich eine Leserbriefrubrik und eine Kurzgeschichte.

Die Mehrzahl der ab 1924 erscheinenden weiteren Blätter des Radszuweit-Verlages ging auf Beilagentheile in den *BlfM* zurück, der Verlag begann deren Jahrgangszählungen unzutreffend mit dem Jahr 1923. *Das Freundschaftsblatt*, eine Zeitschrift für Männer begehrende Männer, und *Die Freundin*, eine Zeitschrift für Frauen begehrende Frauen, wurden schnell zu den wichtigsten Blättern des Verlages. Sie übernahmen gemeinsam die Rolle der *Freundschaft* der Jahre 1919 bis 1922 bzw. der *Blätter für Menschenrecht* als Zeitung für "alle", während sich die *BlfM* auf den politischen Kampf und die wissenschaftliche Aufklärung konzentrierten.

*Die Freundin* erschien ab September 1924 wöchentlich als erste neue eigenständige Zeitschrift des Radszuweit-Verlages, ab November desselben Jahres folgte, ebenfalls wöchentlich, *Die Insel*, die im Mai 1925 in *Das Freundschaftsblatt* umbenannt wurde. Beide Zeitschriften erschienen bis zum März 1933. *Die Freundin* entstand aus einer gleichnamigen Beilage der *Blätter für Menschenrecht*, die erstmals im August 1924 erschienen war. Ihre erste Redakteurin war Aenne Weber, die seit April 1924 dem Vorstand des *BfM* angehörte, ihr folgte 1927 Elsbeth Killmer.<sup>143</sup> Ab 1928 traten mit Bruno Balz und ab 1930 mit Martin Radszuweit zwei Männer als Redakteure an ihre Stelle. *Die Freundin* hatte in der Regel acht bis zwölf Seiten, zeitweise zwanzig, sie bestand zur Hälfte aus Romanen und Kurzgeschichten, außerdem einem Leitartikel, einem Diskussionsartikel, Presseschauen und Briefen von Leserinnen. 1928/29 erschien mit *Ledige Frauen* eine Ersatzzeitschrift für die auf die Liste der "Schund- und Schmutzschriften" gesetzte *Freundin*. Vermutlich wurden die Redakteursstellen insgesamt gekürzt, sodass die Redakteure der Zeitschriften für Männer begehrende Männer und der gemeinsamen Zeitschriften auch für die Frauenzeitschrift zuständig waren. Mit den Männern als Redakteuren erschienen immer weniger Frauenbeiträge und Zuschriften von Leserinnen.<sup>144</sup> Insbesondere die Leitartikel wurden fortan von Männern verfasst, oft waren sie mit den Leitartikeln anderer Zeitschriften des Verlages identisch.

Bereits seit Dezember 1923 enthielten die *Blätter für Menschenrecht* eine literarische Beilage mit dem Titel "Die Insel der Einsamen" bzw. "Die Insel". Die gleichnamige eigenständige Zeitschrift hatte mit ihrer Vorgängerin nicht viel gemeinsam und war als *Wochenschrift für Aufklärung und Unterhaltung* wohl eher die Nachfolgerin der Unterhaltungsbeilage "An sonnigen Ufern", die seit Mai 1924 erschienen war. *Die Insel* bzw. *Das Freundschaftsblatt* erschien ab November 1924 wöchentlich statt der *Blätter für Menschenrecht*, die nunmehr nur noch monatlich herausgegeben wurden. *Das Freundschaftsblatt* orientierte sich inhaltlich stark an der *Freundschaft*, ohne dies allerdings explizit zu machen, so gab es nicht nur eine gleiche inhaltliche Gewichtung zwischen Politik, Literatur und Anzeigen, sondern auch ähnliche Rubriken. Das Niveau der *Freundschaft* erreichte es aber nicht. Wie die *Freundin* enthielt das *Freundschaftsblatt* neben meist politischen Leitartikeln Romane, Kurzgeschichten und Gedichte, aber auch Presseschauen, Kurzmeldungen, Anzeigen von Lokalen und zahlreiche private, meistens Kontaktanzeigen. Ebenso waren auch sein Umfang mit in der Regel acht bis zwölf, zeitweise zwanzig Seiten und sein Preis von 20 Pfennig ähnlich wie bei der *Freundin*. Die Zeitschriften des

<sup>143</sup> Siehe zu Elsbeth Killmer: Schoppmann, Claudia: Elsbeth Killmer: ein Leben mit Kompromissen. In: Centrum Schwule Geschichte (Hg.): "Das sind Volksfeinde!" Die Verfolgung von Homosexuellen an Rhein und Ruhr 1933-1945, Köln: Emons Verlag 1998, S. 205-214.

<sup>144</sup> Zur *Freundin* siehe: Bohlin, Eva: Die Freundin. Eine lesbische Zeitschrift in der Weimarer Republik, Spezialarbete, Universität Stockholm 1989. Claus, Doris: Selbstverständlich lesbisch in der Zeit der Weimarer Republik. Eine Analyse der Zeitschrift die Freundin. Magisterarbeit Fachbereich Sprach- und Literaturwissenschaft. Osnabrück 1987. Beide angeführt nach Schader 1997. Siehe auch: Schader 1997, S. 14-17.

Radszuweit-Verlages bewarben sich nicht nur fortwährend gegenseitig, sie enthielten zu einem erheblichen Teil identische Artikel. Artikel aus den *Blättern für Menschenrecht* wurden in den anderen beiden Zeitschriften nicht nur angekündigt, sondern oft vollständig oder gekürzt erneut abgedruckt. Darüber hinaus erschienen manche Artikel im Laufe der Jahre mehrfach. Insbesondere die Leitartikel, meist von Friedrich Radszuweit, Paul Weber oder Bruno Balz verfasst, wurden sowohl in der *Freundin* als auch im *Freundschaftsblatt* gleichzeitig oder mit kurzer Zeitversetzung abgedruckt.<sup>145</sup> Männer hatten also einen erheblichen Einfluss auf die Gestaltung der Frauenzeitschrift des Radszuweit-Verlages, insbesondere Artikel über die Tätigkeit des Verbandes oder über aktuelle politische Entwicklungen wurden fast ausnahmslos von ihnen verfasst. Wie diese Tatsache von den Frauen – Redakteurinnen, Autorinnen oder Leserinnen – gesehen wurde, ist nicht überliefert, da dies in den Zeitschriften nicht thematisiert wurde, obwohl es hierzu sicherlich Stellungnahmen gegeben haben wird.

Weitere Zeitschriften des Verlages waren ab 1925 die monatlich erscheinende Unterhaltungsschrift *Die Insel* und die Wochenschrift *Das dritte Geschlecht*, die nur mit zehn Ausgaben von jeweils vier Seiten von November 1928 bis Februar 1929 erschien. Sie entwickelte sich schnell zu einem Sensationsblatt über heterosexuelle Sexualverbrecher und wurde umgehend von der Prüfstelle mit einem Aushangsverbot belegt. Vermutlich stellte Radszuweit sie deswegen umgehend wieder ein. Die Zeitschrift *Das dritte Geschlecht – Die Transvestiten* erschien in den Jahren 1930 und 1932 insgesamt fünfmal, sie wandte sich primär an Transvestiten und hatte insofern mit dem oben erwähnten Sensationsblatt *Das dritte Geschlecht* nicht viel gemein. Da für diese Untersuchung weder *Die Insel*, die nach Hans-Georg Stümke und Rudi Finkler zeitweise eine Auflage von 150.000 Exemplaren hatte,<sup>146</sup> noch *Das dritte Geschlecht – Die Transvestiten* vorlagen, können keine weiteren Angaben zu ihnen gemacht werden.

Die Auflagen der einzelnen Zeitschriften gab Radszuweit nicht bekannt, auch *Sperlings Zeitschriften-Adressbuch*, das ansonsten ausführliche Angaben zu allen Zeitschriften des Radszuweit-Verlages liefert, nennt keine Auflagenhöhen. Wenn Radszuweit Angaben machte, waren sie meist recht unübersichtlich und verworren. So gab er im Geschäftsbericht für das Jahr 1926 die Zahl 5.140.000 als Gesamtauflage der zwölf Ausgaben der *Blätter für Menschenrecht*, der 52 Ausgaben des *Freundschaftsblattes* und der zwölf Hefte der *Insel* an.<sup>147</sup> Bei einer nur theoretisch denkbaren gleichen Stückzahl aller Ausgaben aller Zeitschriften ergäbe sich damit eine Auflagenhöhe von 68.000 Stück pro Ausgabe. Im Mai 1923 hatte Radszuweit behauptet, die *BfM* müssten bald eine Auflage von 100.000 Stück haben, im Juli desselben Jahres gab er sich mit der Bemerkung, die Zeitschrift hätte mit einer Auflage von über 60.000 Exemplaren ihre "Feuerprobe" bestanden, etwas bescheidener.<sup>148</sup> Max H. Danielsen schätzte hingegen 1928 in einem polemischen Artikel die Auflage des *Freundschaftsblattes* für das Jahr 1926 auf 2.900 Exemplare, für 1928 auf 3.600 Exemplare.<sup>149</sup>

<sup>145</sup> Heike Schader und ich haben die Zeitschriften des Radszuweit-Verlages und auch die des Bergmann-Verlages (*Neue Freundschaft* und *Frauenliebe*) gemeinsam auf Grundlage unserer jeweiligen Untersuchungen verglichen. Für die konstruktive Zusammenarbeit möchte ich Heike Schader an dieser Stelle herzlich danken.

<sup>146</sup> Stümke/Finkler 1981, S. 28. Stümke 1989, S. 53/54. Vermutlich stützen sie sich auf Angaben von Friedrich Radszuweit.

<sup>147</sup> Auszug aus dem Geschäftsbericht des "Bundes für Menschenrecht" E.V. Sitz Berlin für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 1926. In: *Blätter für Menschenrecht* Nr. 5, Mai 1927 (5. Jg.), S. 9-19.

<sup>148</sup> "Die Freundschaft". Zur Aufklärung für unsere Mitglieder und Freunde. In: *Blätter für Menschenrecht* Nr. 7, 15.5.1923 (1. Jg.), S. 2/3. Der Verlag: An alle! In: *Blätter für Menschenrecht* Nr. 14, 1923 (1. Jg.), S. 3.

<sup>149</sup> Max H. Danielsen: Die Wahrheit über den Bund für Menschenrecht. In: *Neue Freundschaft* Nr. 13, [April] 1928 (1. Jg.), S. 1/2.

Wie Radszuweit seine Publikationstätigkeit finanzierte, lässt sich anhand der Zeitschriften nicht ergründen. Auffällig ist, dass der Radszuweit-Verlag im Gegensatz zu anderen keine finanziellen Probleme hatte bzw. dass sie sich in einem überschaubaren Rahmen gehalten haben müssen, denn die Zeitschriften erschienen meist kontinuierlich. Es lässt sich vermuten, dass zum einen das breite Sortiment aus Zeitschriften, belletristischen Titeln und wissenschaftlichen Veröffentlichungen insgesamt eine solide Grundlage bildete, indem unterschiedliche Veröffentlichungsarten sich gegenseitig finanzierten, und dass der Verlag zum zweiten die Ausgaben gering halten konnte, da außer wenigen RedakteurInnen niemand für seine Tätigkeit bezahlt wurde, Radszuweit einen erheblichen Teil der Artikel selbst verfasste, zahlreiche Beiträge mehrfach in unterschiedlichen Zeitschriften erschienen und die Zeitschriften vielfach mit Eigenwerbungen gefüllt wurden. Ferner dürften auch die Anzeigen von Lokalen und Privatpersonen in den Zeitschriften einen wesentlichen Beitrag zur Finanzierung geleistet haben. Der gelegentlich von Konkurrenten erhobene Vorwurf, Radszuweit habe sich 1923 durch Spendengelder der BfM-Mitglieder bereichert, ist vermutlich unzutreffend, da die Hyperinflation dieses Kapital schnell vernichtete.

### Zensurmaßnahmen ab Mitte der 20er Jahre

Während die *Freundschaft* in den ersten Jahren der Republik insbesondere mit dem Vorwurf der Kuppelei und der Verbreitung unzüchtiger Schriften als Mittel der Zensur zu kämpfen hatte, trat ab 1926 mit dem "Gesetz zur Bewahrung der Jugend vor Schund- und Schmutzschriften"<sup>150</sup> eine weitere Zensurbestimmung hinzu, von der neben zahlreichen anderen Druckerzeugnissen fast alle Zeitschriften gleichgeschlechtlich begehrender Menschen, nicht nur die des Radszuweit-Verlages, betroffen waren.<sup>151</sup>

Die Staatsanwaltschaft hielt sich, nachdem die *Freundschaft* 1923 ihr Erscheinen zunächst eingestellt hatte, aus unbekanntem Grund allem Anschein nach 1923 und 1924 mit Beschlagnahmungen der Folgezeitschriften zurück. Während Hans Janus' *Hellasbote*, der ab Mai 1923 erschien, von Anfang an Kontaktanzeigen enthielt, veröffentlichten die *Blätter für Menschenrecht* in den ersten Monaten ihres Erscheinens keine Kontaktanzeigen; erst ab August 1923 kam es zum Abdruck privater "Anschlußgesuche",<sup>152</sup> da Radszuweit offensichtlich auf die Einnahmen durch Kontaktanzeigen angewiesen war. 1924 übernahmen die *Freundin* und das *Freundschaftsblatt* die Kleinanzeigenrubrik der *BfM*, die *BfM* enthielten fortan keine privaten Anzeigen mehr. Ab Mitte der 20er Jahre rühmte sich der Radszuweit-Verlag, Kontaktanzeigen öffentlich abzudrucken. Das "Verstecken" in Extra-Blättern für Abonnenten, wie es die *Freundschaft* nach den zahlreichen Verurteilungen wegen Kuppelei getan hatte, sei falsch, weil gerade hiermit dem Vorwurf der Kuppelei Vorschub geleistet werde.<sup>153</sup>

Dieser Argumentation folgte die Staatsanwaltschaft nicht: Ab Februar 1926 geriet das *Freundschaftsblatt* in ihr Visier, nachdem im Jahr 1925 der *Hellasbote* und die *Fanfare*, eine weitere Nachfolgezeitschrift der *Freundschaft*, ihr Erscheinen vermutlich in Zusammenhang mit den Zensurmaßnahmen eingestellt hatten. Die Redakteure des Radszuweit-Verlages, insbesondere Paul Weber, wurden ab 1926 mehrfach wegen der Verbreitung un-

<sup>150</sup> Gesetz zur Bewahrung der Jugend vor Schund- und Schmutzschriften vom 18. Dezember 1926 nebst Ausführungsverordnung vom 23. Dezember 1926. Für die Praxis erläutert von Elsa Matz und Ernst Seeger, Berlin 1927.

<sup>151</sup> Einen ersten Überblick über die Zensur der Freundschaftszeitschriften gibt: Dobler, Jens: Zensur von Büchern und Zeitschriften mit homosexueller Thematik in der Weimarer Republik. In: *Invertito. Jahrbuch für die Geschichte der Homosexualitäten*, 2000 (2. Jg.), S. 85-104.

<sup>152</sup> Sie erschienen erstmals in der Ausgabe Nr. 13 vom 11.8.1923.

<sup>153</sup> Friedrich Radszuweit: Sexuelle Revolution. In: *Das Freundschaftsblatt* Nr. 29, 16.7.1926 (4. Jg.), S. 1/2. Friedrich Radszuweit: Warum bringen wir unsere kleinen Inserate öffentlich? In: *Das Freundschaftsblatt* Nr. 26, 28.6.1929 (7. Jg.), S. 1/2.

züchtiger Schriften und Kuppelei angeklagt.<sup>154</sup> Über den Ausgang der Prozesse in der letzten Instanz berichteten die Blätter nicht, der Umstand, dass die Anzeigen bis 1933 erschienen, lässt aber vermuten, dass die Prozesse gewonnen wurden. Vielleicht stellte aber auch die Staatsanwaltschaft ihre Bemühungen nach der Indizierung der Zeitschriften durch das "Gesetz zur Bewahrung der Jugend vor Schund- und Schmutzschriften" ein.

Dass der Vorwurf, Kontaktanzeigen von gleichgeschlechtlich begehrenden Menschen seien Kuppelei, nicht nur von der Staatsanwaltschaft erhoben wurde, zeigt der Bericht eines Lesers der *Blätter für Menschenrecht* von 1924. Er habe in der *Chemnitzer Allgemeinen Zeitung* ein Kontaktinserat aufgegeben, das die sozialdemokratische *Chemnitzer Volksstimme* dafür genutzt hätte, dem Konkurrenzblatt *Geschäftemacherei, Unsittlichkeit und Kuppelei* vorzuwerfen. Dieses habe ihm daraufhin die Antworten auf sein Inserat nicht aushändigen wollen.<sup>155</sup> Gleichzeitig zeigt dieser Bericht, wie sozialdemokratische Zeitungen Homophobie schon Mitte der 20er Jahre für ihre Politik instrumentalisierten.

Ab Ende der 20er Jahre wurde der Kampf derjenigen gesellschaftlichen Gruppen, die (unter anderem) eine eigenständige, Homosexualität positiv darstellende Presse gleichgeschlechtlich begehrender Menschen ablehnten, in erster Linie mit dem "Gesetz zur Bewahrung der Jugend vor Schund- und Schmutzschriften" geführt. Das insbesondere von den Kirchen geforderte Gesetz wurde von den rechten und liberalen Parteien am 3. Dezember 1926 im Reichstag beschlossen und rief den Protest zahlreicher Intellektueller hervor, die darin einen massiven Eingriff in die Freiheit der Literatur und Kunst sahen, aber auch ein Instrument zur Zensur der linken Presse.<sup>156</sup> Da das Gesetz nicht konkret regelte, was als "Schund und Schmutz" anzusehen sei, entschieden hierüber Prüfstellen in Berlin und München sowie eine Oberprüfstelle in Leipzig. Kamen diese zu dem Ergebnis, es handle sich bei einer Druckschrift um "Schund" oder "Schmutz", verfügten sie ein Verbot des öffentlichen Aushangs, der Werbung und des Verkaufs an Jugendliche. Die Zeitschriften wurden auf eine entsprechende Liste gesetzt. Antragsberechtigt waren auch untergeordnete Behörden im ganzen Deutschen Reich.

Als erste Freundschaftszeitung war *Die Freundin* von dem neuen Gesetz betroffen, offensichtlich wurde die Selbstartikulation von lesbischen Frauen als besonders verwerflich angesehen. Die *Freundin* wurde im Juni 1928 erstmals von der Oberprüfstelle für ein Jahr auf die Liste gesetzt, nachdem die Prüfstelle in Berlin die Anträge der Landesjugendämter Berlin, Hamburg und Wiesbaden abgelehnt hatte. Kurz danach wurde auch das *Freundschaftsblatt* als "Schund und Schmutz" eingestuft. Weitere Zeitschriften folgten. Das *Freundschaftsblatt* wurde im April 1930 und die *Freundin* im März 1931 erneut auf die Liste gesetzt. Auf einer von Jens Dobler herangezogenen Liste der Berliner Polizei sind weitere Indizierungen verzeichnet, die sich aber nicht mit den Angaben in den Zeitschriften decken.<sup>157</sup> Während 1928 an Stelle der *Freundin* als Ersatzzeitschrift *Ledige Frauen* erschien und die anderen Zeitschriften umorganisiert wurden, gab es in den folgenden Jahren keine

<sup>154</sup> Paul Weber: Unser "Unzuchtsprozeß" und sein Ergebnis! In: Das Freundschaftsblatt Nr. 50, 10.12.1926 (4. Jg.), S. 1/2. Friedrich Radszuweit: Geschlechtlicher Verkehr auf sadistisch-masochistischer Grundlage. Im Namen des Volkes! [Urteil gegen Paul Weber nach § 184 StGB]. In: Menschenrecht [= Blätter für Menschenrecht] Nr. 14, September 1928 (6. Jg.), S. 1-5. Friedrich Radszuweit: Zum zehnjährigen Bestehen des "Bund für Menschenrecht, E.V.", 1919-1929. In: Blätter für Menschenrecht Nr. 10, Oktober 1929 (7. Jg.), S. 12-30.

<sup>155</sup> Lilastiftel: Da streiten sich die Leut' herum. In: Blätter für Menschenrecht Nr. 24, 15.1.1924 (1. Jg.), S. 5/6.

<sup>156</sup> Petersen, Klaus: Zensur in der Weimarer Republik, Stuttgart / Weimar: Verlag J.B. Metzler 1995.

<sup>157</sup> Ich folge hier und im Folgenden den Darstellungen in den Zeitschriften und nicht der von Jens Dobler aus der Liste entnommenen Informationen. Die zum Teil erheblichen Abweichungen zeigen die Notwendigkeit, beide Quellengruppen im Zusammenhang auszuwerten. Dies kann ich im Rahmen dieser Untersuchung nicht leisten. Dobler, Zensur 2000, S. 102.

Versuche, das Aushangsverbot durch Umbenennungen oder Umstrukturierungen zu umgehen.

Friedrich Radszuweit thematisierte das Vorgehen der Jugendämter mehrfach in Leitartikeln in den unterschiedlichen Zeitschriften. Grundsätzlich ging er davon aus, dass "die Jugend" instrumentalisiert werde, um die "homosexuellen Zeitschriften" zu unterdrücken. Er beklagte: "Es ist immer wieder das alte Lied, daß die Jugendämter angeblich gegen Schund und Schmutz kämpfen, in Wirklichkeit aber kämpfen sie gegen die Homosexuellen als solche. Das Mäntelchen Schund und Schmutz wird immer nur dann gebraucht, wenn man den homosexuellen Menschen eins auswischen will."<sup>158</sup> Auch der *BfM* sei für Jugendschutz, die Begründungen der antragstellenden Jugendämter aber seien fadenscheinig: Sie könnten nicht sagen, welche Artikel sie konkret für jugendgefährdend hielten, die Zeitschriften würden pauschal als "wertlos" und "Kitsch" bezeichnet; das Gesetz sei aber nicht dazu geschaffen, "um gegen sentimentale und nach Ansicht der Jugendämter kitschige Erzählungen und Gedichte angewandt zu werden". Es sei unerhört, dass Jugendämter und Prüfstellen die Ansicht verträten, die Behandlung der Homosexualität sei an sich "Schund und Schmutz".<sup>159</sup>

Radszuweit beklagte sich über persönliche Beleidigungen durch Jugendamtsvertreter<sup>160</sup> und sprach ferner den Jugendämtern das Recht ab, Werturteile über seine Zeitschriften zu fällen, denn auch manche gleichgeschlechtlich begehrende Menschen fänden den Gedanken an heterosexuellen Geschlechtsverkehr "abstoßend", würden aber deswegen nicht das Einstellen der heterosexuellen Presse verlangen: "Wir fragen die Prüfstelle, kann man denn den homosexuell veranlagten Menschen zumuten, die lüsternen und ekelregenden Aufsätze, die die normalgeschlechtliche Liebe in den Tageszeitungen behandeln, zu lesen?"<sup>161</sup>

Gleichzeitig wies Radszuweit seine LeserInnen auf die Wichtigkeit der Presse gleichgeschlechtlich begehrender Menschen hin: "[...] denn sobald kein öffentliches Organ da ist, das die Rechte einer Minderheit verfechten kann und für diese Minderheit kämpft, werden die Behörden selbstverständlich viel energischer gegen diese Minderheit auftreten, da, wenn sie kein Publikationsorgan besitzt, sie sich ja nicht in der Öffentlichkeit verteidigen kann".<sup>162</sup> Dementsprechend fanden sich auf den Titelblättern der Zeitschriften oft Hinweise, welche Zeitschriften des Verlages (gerade) nicht vom Aushangsverbot betroffen seien und öffentlich ausgehängt werden sollten, oder Appelle an die LeserInnen, ihre ZeitschriftenhändlerInnen nach Ablauf der Aushangsverbotsfrist darauf aufmerksam zu machen, dass die Zeitschrift nun wieder öffentlich sichtbar ausgehängt werden dürfe.<sup>163</sup> Gleichzeitig betonte er auch, die "Hoffnung" der Jugendämter, dass die Zeitschriften mit dem Setzen auf die Liste nicht mehr lebensfähig sein würden, habe sich nicht bewahrheitet. Im Gegenteil hätten sich die Auflagen seiner Zeitschriften im Zeitraum 1929/30 "fast verdoppelt". Ob diese Angaben zutreffend sind, ist nicht verifizierbar.

Die *Blätter für Menschenrecht* waren neben den *Mitteilungen des WhK* die einzige Freundschaftszeitschrift, die nicht mit der Zensur zu kämpfen hatte. Es erscheint als unwahrscheinlich, dass die *BfM* der Staatsanwaltschaft, den Jugendämtern oder den Prüf-

<sup>158</sup> Friedrich Radszuweit: Gefühlsumnebelung. In: Das Freundschaftsblatt Nr. 14, 9.4.1931 (9. Jg.), S. 1/2.

<sup>159</sup> Friedrich Radszuweit: Jugendämter bekämpfen unsere Zeitschriften! Hütet unsere Jugend. In: Das Freundschaftsblatt Nr. 19, 11.5.1928 (6. Jg.), S. 1/2. Friedrich Radszuweit: An der Lüge erstickt. In: Das Freundschaftsblatt Nr. 26, 29.6.1928 (6. Jg.), S. 1/2. Friedrich Radszuweit: Stresemann. In: Das Freundschaftsblatt Nr. 36, 7.9.1928 (6. Jg.), S. 1/2. Friedrich Radszuweit: Jugendamt gegen Homosexuelle. In: Das Freundschaftsblatt Nr. 13, 27.3.1930 (8. Jg.), S. 1/2.

<sup>160</sup> Friedrich Radszuweit: Unbelehrbare Jugendämter! In: Das Freundschaftsblatt Nr. 16, 17.4.1930 (8. Jg.), S. 1/2.

<sup>161</sup> Friedrich Radszuweit: Gefühlsumnebelung. In: Das Freundschaftsblatt Nr. 14, 9.4.1931 (9. Jg.), S. 1/2.

<sup>162</sup> Friedrich Radszuweit: Jugendämter bekämpfen unsere Zeitschriften! Hütet unsere Jugend. In: Das Freundschaftsblatt Nr. 19, 11.5.1928 (6. Jg.), S. 1/2.

<sup>163</sup> Z.B.: Das Freundschaftsblatt Nr. 45, Oktober 1928 (6. Jg.), S. 1. Das Freundschaftsblatt Nr. 19, 14.5.1931 (9. Jg.), S. 1. Das Freundschaftsblatt Nr. 41, 15.10.1931 (9. Jg.), S. 1. Das Freundschaftsblatt Nr. 48, 1.12.1932 (10. Jg.), S. 1.

---

stellen nicht bekannt waren, was sie aber vor der Zensur bewahrte, ist unklar. Möglicherweise erschienen die *BlfM* durch die Inszenierung als wissenschaftliches Verbandsorgan neben den anderen Zeitschriften – auch denen aus dem Radszuweit-Verlag – als das seriöseste Organ, an das man sich wegen seines wissenschaftlichen Nimbus' nicht herantraute.

## 6. Friedrich Radszuweit und der *Bund für Menschenrecht* 1923-1933

Friedrich Radszuweit gab dem *DFV/BfM*, der sich als reichsweiter Verband in den ersten Jahren hauptsächlich mit sich selbst beschäftigt hatte, eine neue Rolle in der "homosexuellen Bewegung", der *BfM* war in die Öffentlichkeit getreten. Wie alle Gruppen der "homosexuellen Bewegung" konzentrierte sich die Arbeit des *BfM* auf die Bekämpfung der "gesetzlichen und moralischen Ächtung". Der Verband leistete darüber hinaus wie schon der *DFV* zahlreiche Dienstleistungen für seine Mitglieder, aber auch für Personen, die dem Verband nicht angehörten. So gab es Rechtsberatung bei drohenden Verurteilungen oder Hilfe bei Erpressungen. Die Hauptarbeit leistete der *BfM* in den Jahren 1924 bis 1929. Während viele der aktiven Ortsgruppen ihre Arbeit fortsetzten, trat neben sie nun ein tatkräftiger Hauptvorstand, der auf Reichsebene politisch tätig wurde und zahlreiche Aktionen und Veranstaltungen koordinierte. Die politische Arbeit wurde zwar zentral von Berlin aus geleistet, wäre aber ohne die tatkräftige Unterstützung der Ortsgruppen nicht möglich gewesen. Der *BfM* finanzierte sich über Mitgliedsbeiträge und über Tanzveranstaltungen wie Maskeraden, Frühlings- und Sommerfeste sowie Bälle, die unter einem bestimmten Motto standen. Inwieweit der *BfM* mit dem Radszuweit-Verlag finanziell verflochten war, kann aufgrund der vorliegenden Quellen nicht geklärt werden. Unbestreitbar war Radszuweit allerdings der erste, der die Forderungen nach politischer Emanzipation der "Homosexuellen" mit Geschäftsinteressen verband.

Insbesondere die positive Darstellung von Homosexualität in der Öffentlichkeit sah Radszuweit als sein Hauptziel an. So überflutete er nicht nur Abgeordnete und Behörden mit eigenen Aufklärungsschriften und den *Blättern für Menschenrecht*, sondern auch zahlreiche Tageszeitungen im Deutschen Reich. Seine Maxime und sein Ziel war: "Den Homosexuellen gebührt der Platz an der Sonne genau so wie den anderen."<sup>164</sup> Radszuweit vertrat vor allem einen anderen Politikstil als die "alten Funktionäre" des *DFV*, worin auch eines seiner Verdienste für die "homosexuelle Bewegung" zu sehen ist. Er wollte "nicht betteln, nicht bitten, nicht winseln",<sup>165</sup> sondern als gleichberechtigter Partner selbstbewusst und lautstark fordern. So schrieb er etwa 1923: "Diese Ungerechtigkeit [des § 175] muß immer wieder laut und deutlich den 'Normalen' ins Gesicht geschrieen werden."<sup>166</sup> Die von Radszuweit herausgegebenen Zeitschriften hatten dementsprechend oft provokante Schlagzeilen. Um dem Stereotyp des homosexuellen Verbrechers entgegenzuwirken, wurden in Radszuweits Zeitschriften die Rollen vertauscht: Die Blätter unterstrichen, insbesondere "normale Männer" seien gefährliche Sexualstraftäter, vor denen die Gesellschaft geschützt werden müsste und berichteten über "heterosexuelle" Straftäter, oft in den Leitartikeln, die mit reißerischen Überschriften versehen wurden. Die Zeitschrift *Das dritte Geschlecht* hatte eine eigene Rubrik "Sittlichkeit", in der ausführlich über Sexualverbrechen von Männern an Frauen und Mädchen berichtet wurde.

Während das *WhK* und der *DFV* eher in der Sache radikal, aber im Auftreten moderat vorgingen, knüpfte Radszuweit damit implizit an ein provokantes Auftreten an, das Adolf Brand schon während des Kaiserreiches propagiert und praktiziert hatte. Brand, seine Zeitschriften und die *GdE* sahen gerade die Polemik und persönliche Angriffe auf Gegner als wesentlichen Teil des Kampfes an. Im Gegensatz zu Brand konnte sich Radszuweit aber auf eine auflagenstarke eigene Presse und eine reichsweite Massenorganisation stützen. Durch die Pressearbeit des Verbandes gelang es ihm, deutlich zu machen, dass hinter den

<sup>164</sup> Vortrag von Friedrich Radszuweit. In: *Blätter für Menschenrecht* Nr. 11, November 1929 (7. Jg.), S. 22-30.

<sup>165</sup> Friedrich Radszuweit: Warum bringen wir unsere kleinen Inserate öffentlich? In: *Das Freundschaftsblatt* Nr. 26, 28.6.1929 (7. Jg.), S. 1/2.

<sup>166</sup> F.R. [Friedrich Radszuweit]: "Man will die Wahrheit nicht!" In: *Blätter für Menschenrecht* Nr. 10, 1.7.1923 (1. Jg.), S. 4.

Forderungen nach der Entkriminalisierung mann männlicher Sexualität und dem Ende der Diskriminierung gleichgeschlechtlich begehrender Menschen eine große schichtenübergreifende Organisation stand, was der Frauenbewegung im Gegensatz zur "homosexuellen Bewegung" bereits während des Kaiserreiches gelungen war. Radszuweit war ein überzeugter Propagandist. Er neigte bei seinen Aktivitäten zu Übertreibungen und möglicherweise auch zu falschen Angaben. Eine von ihm umgesetzte neue Form der Emanzipationspolitik für die "homosexuelle Bewegung" war etwa, auf Versammlungen Resolutionen abzustimmen und sie als Forderungen zu veröffentlichen, wie dies bisher von der Arbeiter- und der Frauenbewegung praktiziert worden war. Demonstrationen als Form des Protestes und der Öffentlichkeitsarbeit wurden vom *BfM* hingegen nicht durchgeführt.

Eine von Radszuweits Grundüberzeugungen war, dass die "Wissenschaft" die Unterstützung der "breiten Masse" brauche.<sup>167</sup> Ein Schlüsselerlebnis sei für ihn ein Gespräch im Reichsjustizministerium gewesen, bei dem man von einer "großen Organisation der Homosexuellen" nichts gewusst und Magnus Hirschfeld für einen Einzelkämpfer gehalten habe.<sup>168</sup> Im politischen Kampf sah Radszuweit den *BfM* nicht als "Lakaien" des *WhK*, wie er es den früheren Repräsentanten des *DFV* unterstellte, sondern als gleichberechtigte Organisation.<sup>169</sup> Völlig unberechtigt war dieser Vorwurf nicht, denn dem *WhK* waren die Freundschaftsverbände durchaus suspekt gewesen und man hatte in der Person Max H. Danielsens wohl tatsächlich versucht, Einfluss auf die Tätigkeit des *DFV* zu gewinnen. Gleichermäßen ist auch die Bildung des Aktionsausschusses zu bewerten, der dem *WhK* Einfluss auf die politische Arbeit der Bewegung und gleichzeitig die eigene Führungsrolle dabei sicherte. Der Aktionsausschuss stellte nach mehreren Unterbrechungen seine Arbeit 1924 wegen interner Konflikte endgültig ein, wobei die Verantwortung dafür von der Führung dem *BfM* und der *GdE* zugeschrieben wird. Ob die Querelen politischer oder persönlicher Natur waren, lässt sich aufgrund der vorliegenden Quellen nicht abschließend bewerten.<sup>170</sup>

Radszuweits Vorstellungen gingen aber über das Ziel, gleichberechtigt aufzutreten und gleichberechtigt wahrgenommen zu werden, hinaus: Er reklamierte für den *BfM* und seine Zeitschriften einen Alleinvertretungsanspruch, versuchte, seine Konkurrenz auszuschalten und beanspruchte die Führungsrolle in der Bewegung für sich. Hatte Radszuweit zunächst um die Unterstützung von und Anerkennung durch Magnus Hirschfeld gebuhlt, ging er ab November 1925 auf Distanz zu ihm und kritisierte ihn ab Dezember 1927 vehement.<sup>171</sup> Hirschfeld hatte 1923 und 1925 als Gast bzw. Gastredner an den Bundestagen des *BfM* teilgenommen, in den Zeitschriften des Radszuweit-Verlages erschienen gelegentlich Artikel von ihm, darunter nicht nur Abdrucke aus Büchern, die der Radszuweit-Verlag vertrieb und so bewarb,<sup>172</sup> sondern auch mindestens zwei Artikel, die Hirschfeld vermutlich

<sup>167</sup> Bericht über die fünfte Bundestagung des Bundes für Menschenrecht E.V., Ostern 1925 in Berlin. In: Blätter für Menschenrecht Nr. 5, Mai 1925 (3. Jg.), S. 16-20.

<sup>168</sup> Friedrich Radszuweit: Führer. In: Blätter für Menschenrecht Nr. 7, Juli 1931 (8. Jg.), S. 2-4.

<sup>169</sup> Friedrich Radszuweit: Führer. In: Blätter für Menschenrecht Nr. 7, Juli 1931 (8. Jg.), S. 2-4.

<sup>170</sup> Herzer 1997. Keilson-Lauritz 1997, S. 127. Über Umstände und Ursachen des Endes des AA geben die Zeitschriften keine genaue Auskunft.

<sup>171</sup> Ab November 1925 finden sich entsprechende Äußerungen zur Strategie und zum wissenschaftlichen Wirken Hirschfelds in mehreren Artikeln am Rande. Eine deutliche Kritik findet sich erstmals in: Friedrich Radszuweit: Geschlechtskunde. In: Blätter für Menschenrecht Nr. 12, Dezember 1927 (5. Jg.), S. 15/16. Radszuweit erläutert hier, er habe schon beim Abdruck von Hirschfeld-Artikeln dessen Positionen kritisch gesehen. Nun stellt er das Buch, das er zunächst selbst bewarb, als "uninteressant" dar, da zu wenig über Homosexuelle darin stehe. Darüber hinaus griff er Hirschfeld dahingehend an, dass er sich mit seinen "dicken Büchern nur wichtig machen" wolle.

<sup>172</sup> Sexualbegriffe. Von S.-R. Dr. Magnus Hirschfeld, Berlin. In: Blätter für Menschenrecht Nr. 1, Januar 1926 (4. Jg.), S. 7-17. In den folgenden Ausgaben erschienen zwei weitere Auszüge aus der *Geschlechtskunde* von 1926. Magnus Hirschfeld: Der Abschiedsbrief eines Selbstmörders. In: Blätter für Menschenrecht Nr. 1/2, Januar/Februar 1927 (5. Jg.), S. 19-29. Mit dem Abdruck machte der Verlag Werbung für

eigens für die *BfM* schrieb.<sup>173</sup> Radszuweit forderte Hirschfeld mehrfach öffentlich zur stärkeren Unterstützung des *BfM* und seiner Zeitschriften auf und zielte damit offensichtlich vornehmlich darauf ab, dass die *Mitteilungen des WhK* in den *BfM* publiziert werden sollten. Was der konkrete Anlass für den Bruch mit Hirschfeld war, ließ sich nicht ergründen, Konkurrenz- und Unterlegenheitsgefühle hatte es bei Radszuweit aber vermutlich schon gegeben, als er die Leitung des *BfM* übernahm. Ursache der Distanzierung war offensichtlich, dass Radszuweit sich von Hirschfeld nicht ausreichend beachtet und gewürdigt fühlte. So kritisierte Radszuweit auch, dass das *WhK* 1926 eigenmächtig den Namen des Aktionsausschusses, der zu diesem Zeitpunkt nicht mehr existierte, zur Unterstützung eigener politischer Ziele instrumentalisiert habe.<sup>174</sup>

Radszuweit behauptete, dass Hirschfeld als "Führer der homosexuellen Bewegung" versagt habe, weil er "Homosexuelle" nicht als "anständige Staatsbürger", sondern als kranke, abnorme Geschöpfe in der Öffentlichkeit dargestellt habe. Damit habe er die Bewegung nicht nur blockiert, sondern er habe ihr auch massiv geschadet.<sup>175</sup> Radszuweit übernahm damit eine inhaltliche Position, die während des Kaiserreiches Benedict Friedlaender und Adolf Brand öffentlich vertreten hatten und die auch innerhalb des *WhK* artikuliert worden war.<sup>176</sup> Radszuweit betonte, die ehemaligen Leiter des *DFV* seien gute Vorsitzende des Verbandes, aber schlechte Führer der Bewegung gewesen, konsequente Führer seien aber für den politischen Erfolg der Bewegung unabdingbar.<sup>177</sup> Da er der Bewegung den richtigen Weg gewiesen habe, sei er ihr geeignetster Führer. Viele hätten lange geschwiegen, "weil man den alten Führer und Vorkämpfer nicht kränken wollte", diese Rücksichtnahme sei aber falsch gewesen. Um sich von Hirschfeld abzugrenzen, suchte Radszuweit in späteren Jahren die Nähe zu anderen Medizinern, die zur Frage der Homosexualität arbeiteten, wie etwa Albert Moll und Siegfried Placzek, wobei er deren ambivalente Haltungen offensichtlich nicht sehen wollte. Hirschfelds Bücher wurden jedoch nach wie vor vom Radszuweit-Verlag vertrieben, die Geschäftsinteressen waren offensichtlich stärker als persönliche Verletztheiten und politische Vorbehalte.

Immer wieder ließ sich Radszuweit als Führer der "homosexuellen Bewegung" feiern. So gab es im März 1926 unter der Überschrift "Wen halten Sie für die populärste Persönlichkeit der Bewegung?" eine "Abstimmung", deren Ergebnis Radszuweits Führungsanspruch bekräftigen sollte.<sup>178</sup> Mit dem "Führerkult" einher gingen Appelle an Mitglieder, den Führern der Bewegung, dem Hauptvorstand und den Leitern der Ortsgruppen, zu ver-

---

folgende Veröffentlichung: Levy-Lenz, Ludwig: Sexualkatastrophen. Bilder aus dem modernen Geschlechts- und Eheleben, Verlag: Payne, Leipzig 1926. Danach wurden keine Hirschfeld-Texte mehr publiziert.

<sup>173</sup> Eine sittliche Forderung. Von Sanitätsrat Dr. M. Hirschfeld. In: Blätter für Menschenrecht Nr. 7, Juli 1925 (3. Jg.), S. 15-18. Unsere Gegner. Von Sanitätsrat Dr. M. Hirschfeld. In: Blätter für Menschenrecht Nr. 10, Oktober 1925 (3. Jg.), S. 3-11.

<sup>174</sup> Friedrich Radszuweit: Unser Kampf. In: Blätter für Menschenrecht Nr. 7, Juli 1926 (4. Jg.), S. 3-6.

<sup>175</sup> Friedrich Radszuweit, 1. Vorsitzender des BfM: Offener Brief an Sanitätsrat Dr. Magnus Hirschfeld. In: Das Freundschaftsblatt Nr. 44, 1.1.1929 (7. Jg.), S. 1/2.

<sup>176</sup> Siehe u.a.: Adolf Brand: Unser Bekenntnis zur Republik. In: Der Eigene Nr. 4, 1927 (11. Jg.), S. 97-109. Emanzipation hinter der Weltstadt. Adolf Brand und die Gemeinschaft der Eigenen. Katalog zur Ausstellung vom 7. Oktober bis 17. November 2000 in Berlin-Friedrichshagen. Hg. v. Marita Keilson-Lauritz, Rolf F. Lang. Berlin: Müggel-Verlag Rolf F. Lang 2000. 100 Jahre Schwulenbewegung an der Isar I: Die Sitzungsberichte des Wissenschaftlich-humanitären Comitees München 1902-1908. Herausgegeben, neu kommentiert und eingeleitet von Marita Keilson-Lauritz und Friedemann Pfäfflin (= Splitter 10, Materialien zur Geschichte der Homosexuellen in München und Bayern), München 2002.

<sup>177</sup> Friedrich Radszuweit: Führer. In: Blätter für Menschenrecht Nr. 7, Juli 1931 (8. Jg.), S. 2-4.

<sup>178</sup> Es wurde die Teilnahme von 3.069 Personen angegeben, Radszuweit lag nur knapp vor Hirschfeld. Abgesehen davon, dass ein solches Vorgehen als unseriös anzusehen ist, erscheint auch fraglich, dass das Ergebnis korrekt wiedergegeben wurde. Unsere Rundfrage. Wen halten Sie für die populärste Persönlichkeit der Bewegung? In: Das Freundschaftsblatt Nr. 10, 5.3.1926 (4. Jg.), S. 5. Das Ergebnis unserer Rundfrage: Die populärste Persönlichkeit ist Friedrich Radszuweit! Insgesamt wurden 3069 Stimmen abgegeben! In: Das Freundschaftsblatt Nr. 13, 26.3.1926 (4. Jg.), S. 2.

trauen und sie nicht grundlos zu kritisieren. Diese Aufforderungen rückten die "einfachen Mitglieder" teilweise in die Nähe unmündiger, unzufriedener und nörgelnder Kinder.<sup>179</sup>

Das *WhK* seinerseits schwieg die Existenz und die Kritik von Seiten des *BfM* seinerseits in seinen Publikationen tot. Insgesamt gewinnt man den Eindruck, dass zahlreiche prominente Führungspersonlichkeiten der "homosexuellen Bewegung" sich (spätestens) im Laufe der 20er Jahre, meist aus persönlichen Gründen, miteinander überwarfen und dass es einen Kampf "jeder gegen jeden" gab, wobei zerrüttete Arbeitsbeziehungen selten wieder aufgenommen wurden. Zahlreiche Personen ließen sich durch die Querelen nicht davon abbringen, für unterschiedliche Organisationen der "homosexuellen Bewegung" tätig zu werden oder in den unterschiedlichen Zeitschriften zu publizieren. Radszuweit seinerseits wollte offensichtlich nicht darauf verzichten, Artikel von "Prominenten" der Bewegung, wie neben Magnus Hirschfeld etwa Kurt Hiller, Karl Friedrich Jordan oder Ferdinand Karsch-Haack, in seinen Zeitschriften abzdrukken. Zum einen stärkte dies die Popularität und Reputation seiner Zeitschriften und damit auch den Profit des Verlages, zum anderen versuchte Radszuweit damit offensichtlich auch, Mitstreiter Hirschfelds an sich zu binden.

Friedrich Radszuweit stärkte den *DFV/BfM* zwar, führte ihn aber auch in die Isolation. Er löste innerhalb der "homosexuellen Bewegung" wie keine zweite Person Kontroversen aus. Über viele Jahre erhoben ehemalige *DFV*-Funktionäre und Vertreter anderer Organisationen massive Vorwürfe gegen ihn. Sein Führungsstil wurde als diktatorisch angegriffen. Es hieß, er lebe von der "homosexuellen Bewegung", veruntreue Verbandsgelder und lebe im Luxus, habe Wahlen gefälscht, seine Zeitungen seien unsittlich. Er halte die Häufigkeit des Tanzens in einzelnen Städten für den Gradmesser der Emanzipation der "Homosexuellen".<sup>180</sup> Diese Konflikte in der "homosexuellen Bewegung", wohl oft persönlicher Natur, füllten zahlreiche Seiten in den Freundschaftszeitungen, sollen hier aber nicht weiter vertieft werden. Fest steht allerdings, dass der Vorwurf der skrupellosen Konkurrenz zutraf, so versuchte Radszuweit zu erreichen, dass die Zeitschriften anderer Verlage nicht in den Freundschaftslokalen ausgelegt werden durften,<sup>181</sup> und sorgte dafür, dass Hans Janus aus dem Verband ausgeschlossen wurde.<sup>182</sup> Dem Vorwurf, sein Verlag diene reinen Geschäftsinteressen, begegnete Radszuweit damit, dass er einräumte, der Verlag sei ein Geschäftsunternehmen, aber seine Gewinne kämen der ganzen Bewegung zugute, ohne seine Geschäftstüchtigkeit wäre die gesamte Bewegung "längst pleite".<sup>183</sup>

Insbesondere die zahlreichen Angriffe auf Magnus Hirschfeld ab 1926 verübelten ihm viele, die hierin nicht nur sachliche Kritik an der Strategie Hirschfelds und seinen politischen Positionen sahen.<sup>184</sup> So hatte Radszuweit 1928 eine geschmacklose Satire veröffentlicht, in der man sich über angebliche Alpträume Hirschfelds amüsieren sollte, in denen

<sup>179</sup> Vorsätze für nörgelnde Mitglieder. In: Blätter für Menschenrecht Nr. 9, September 1931 (8. Jg.), S. 13. Vergiß nicht ... In: Blätter für Menschenrecht Nr. 1, Januar 1932 (9. Jg.), S. 12. Willi Kepplinger, Frankfurt a.M.: Du sollst ... In: Menschenrecht [= Blätter für Menschenrecht] Nr. 8, August 1929 (7. Jg.), S. 13. Unser Führer hat gesprochen. Eine kleine Mahnung an alle. Von Selli Engler. In: Blätter für Menschenrecht Nr. 12, Dezember 1930 (8. Jg.), S. 14/15.

<sup>180</sup> Adolf Brand: Zur Sache Radszuweit. In: Die Gemeinschaft der Eigenen Nr. 4/5, 1.8.1924 (7. Jg.), S. 78. Janus [Hans Kahnert-Janus]: Die Organisation der Zehntausend. In: Der Hellasbote Nr. 1, 15.1.1924 (2. Jg.), S. 2/3. Die Entscheidung auf dem Bundestag in Frankfurt a.M. Von Franz Ernst Fischer, Theater des Eros. In: Die Fanfare Nr. 16, [April] 1924 (1. Jg.) S. 1/2. Max H. Danielsen: Der Krebschaden in der homosexuellen Bewegung. In: Die Fanfare Nr. 51, [Dezember] 1924 (1. Jg.), S. 3. Briefkasten. In: Neue Freundschaft Nr. 8, [März] 1928 (1. Jg.), S. 5. Max H. Danielsen: J'accuse! In: Neue Freundschaft Nr. 15, [April] 1928 (1. Jg.), S. 1/2.

<sup>181</sup> Janus: Menschenrecht??? In: Der Hellasbote Nr. 3, 23.6.1923 (1. Jg.), S. 23. E.W.C. Neuburger: Wichtige Enthüllungen! In: Die Fanfare Nr. 44, [Oktober] 1924 (1. Jg.), S. 1/2.

<sup>182</sup> Janus [Hans Kahnert-Janus]: Offener Brief. Herrn Friedrich Radszuweit. In: Der Hellasbote Nr. 2, 1.2.1924 (2. Jg.), S. 12-14.

<sup>183</sup> Friedrich Radszuweit: 10 Jahre. In: Blätter für Menschenrecht Nr. 2, Februar 1932 (10. Jg.), S. 7-10.

<sup>184</sup> An den Pranger! In: Neue Freundschaft Nr. 8, [März] 1928 (1. Jg.), S. 5.

dieser sich in München – wo er von rechten Schlägern überfallen worden war – sähe.<sup>185</sup> Mehrere Versuche, Radszuweit abzusetzen, scheiterten an der Mehrheit der Ortsgruppen, nicht zuletzt auch an den mitgliederstarken Gruppen, nur einzelne Ortsgruppen verließen den Verband. Es ist auch zu vermuten, dass viele Männer bildungsbürgerlicher Herkunft es nur schwer akzeptieren konnten, dass der *BfM* als größte Organisation gleichgeschlechtlich begehrender Menschen von einem Händler, der aus einer Landwirtsfamilie stammte, geführt wurde. So hieß es mehrfach von seinen Gegnern, seine Reden und Artikel seien auf einem "so tiefen Niveau", dass es "peinlich" sei, oder er könne nicht einmal "richtig Deutsch".<sup>186</sup>

Die Konflikte der Führungspersönlichkeiten der Bewegung mögen zwar zu einer Schwächung der Bewegung geführt haben, gelähmt wurde diese dadurch jedoch nicht, da die Organisationen einzeln tätig blieben und die Konflikte offensichtlich kaum Einfluss auf die örtlichen Gruppen und deren Arbeit hatten.

### Die Mitglieder des *BfM* und die Verbandsstrukturen

Nach eigenen Angaben verzeichnete der *Bund für Menschenrecht* unter der Führung Friedrich Radszuweits einen erheblichen Mitgliederzuwachs. So habe der *BfM* 1924 12.000 Mitglieder gehabt, 1925 23.000, 1927 31.000 und 1929 schließlich 48.000.<sup>187</sup> Zum Vergleich: Der heutige *Lesben- und Schwulenverband in Deutschland* hatte 2001 rund 2.000 Mitglieder. Demgegenüber behauptete Max H. Danielsen, Radszuweit habe immer "Phantasiezahlen" angegeben, in Wirklichkeit habe der *BfM* 1925 nur 380 Mitglieder gehabt. Gleichermäßen bestritt Danielsen auch die von Radszuweit angegebenen Auflagenhöhen seiner Zeitschriften.<sup>188</sup> Überprüfbar sind beide Angaben nicht. Zwar ist es Radszuweit durchaus zuzutrauen, bei der Angabe der Mitgliederzahlen übertrieben zu haben, vieles spricht aber dafür, dass der *BfM* einen erheblichen Mitgliederzuwachs verzeichnen konnte. So räumten auch seine Gegner, wie anfangs auch Danielsen, ein, Radszuweit habe den Verband gut organisiert und erheblich vergrößert. Auch eine größere Bekanntheit des Verbandes dürfte zu neuen Mitgliedern geführt haben. Darüber hinaus lag der Mitgliedsbeitrag des *BfM* mit 1 Mark pro Monat – auch in Relation zum Geldwert gesehen – weit unter den Mitgliedsbeiträgen des alten *DFV*. Es dürfte also leichter gewesen sein, auf Unterhaltungsabenden oder den zahlreichen Tanzveranstaltungen Menschen davon zu überzeugen, dem Bund beizutreten oder gar den Beitritt zum Verein als Voraussetzung zum Besuch einer Veranstaltung zu machen. Offensichtlich war man weniger wählerisch als in den Anfangsjahren, von einer Einführung durch einzelne Mitglieder war nicht mehr die Rede. Verwirrend ist allerdings, dass Radszuweit die Begriffe "Mitglieder" und "Anhänger" mehrfach durcheinander warf und zu unterschiedlichen Zeiten unterschiedliche Angaben über die Zahl der Mitglieder bzw. Anhänger machte, wobei nie ganz klar wird, wen er mit "Anhänger" meint und wie diese gezählt wurden.<sup>189</sup> Da seine Motivation war,

<sup>185</sup> Astrologischer Ratgeber für das Jahr 1928. In: Das Freundschaftsblatt Nr. 7, 17.2.1928 (6. Jg.), S.4.

<sup>186</sup> A. Raimund: Homosexuelle, seid auf der Wacht! In: Die Fanfare Nr. 15, [April] 1924 (1. Jg.), S. 1/2. E.W.C. Neuburger: Zur Sache! In: Die Fanfare Nr. 51, [Dezember] 1924 (1. Jg.), S. 3/4.

<sup>187</sup> Aus der Chronik des Bundes für Menschenrecht e.V. In: Blätter für Menschenrecht Nr. 10, Oktober 1929 (7. Jg.), S. 4-11. Friedrich Radszuweit: Zum zehnjährigen Bestehen des "Bund für Menschenrecht, E.V.", 1919-1929. In: Blätter für Menschenrecht Nr. 10, Oktober 1929 (7. Jg.), S. 12-30. Vgl. Baumgardt 1984, S. 40. Stümke 1989, S. 53.

<sup>188</sup> Max H. Danielsen: Die Wahrheit über den Bund für Menschenrecht. In: Neue Freundschaft Nr. 13, [April] 1928 (1. Jg.), S. 1/2.

<sup>189</sup> Friedrich Radszuweit: Unsere Bewegung. Rückblick und Ausblick. In: Menschenrecht [= Blätter für Menschenrecht] Nr. 1, Januar 1929 (7. Jg.), S. 1-4. Lediglich in einem Beitrag machte Radszuweit deutlich, dass er unter Anhängern die Mitglieder und die LeserInnen der Zeitschriften verstand. Die von Radszuweit genannten Angaben sind jedoch problematisch, da er die Zahlen so präsentiert, als ob Mitglieder des Verbandes keine seiner Zeitschriften läsen, Personen also doppelt zählt. Organisation. In: Blätter für Menschenrecht Nr. 10, Oktober 1929 (7. Jg.), S. 19-21.

den Verband sowohl innerhalb der "homosexuellen Bewegung" als auch nach außen als groß, stark und geschlossen darzustellen, sind Zweifel an der Richtigkeit seiner Zahlenangaben durchaus angebracht.

Welche Bedeutung die mit dem Bekanntwerden des Falles des Hannoveraner Serienmörders Fritz Haarmann (1879-1935)<sup>190</sup> im Sommer 1924 verbundene homophobe Propaganda vieler deutscher Zeitungen für den *BfM* hatte, ist nicht eindeutig zu klären. Einerseits sprach Radszuweit von einem erheblichen Schaden in der Öffentlichkeit, Behördenschikanen gegen einzelne Gruppen und einem Abbröckeln der Mitglieder in anderen Gruppen, andererseits gab er einen erheblichen Mitgliederzuwachs für die Jahre 1924 und 1925 an.<sup>191</sup> Möglicherweise sahen zahlreiche gleichgeschlechtlich begehrende Menschen angesichts der homophoben Propaganda eine dringende Notwendigkeit, sich dem Verband anzuschließen. Diese unterschiedlichen Angaben sind ein weiteres Indiz dafür, dass Radszuweits Zahlenangaben nicht zu trauen ist. Fest steht allerdings, dass in Hannover infolge des Falles Haarmann fast alle der wenigen Freundschaftslokale schlossen und viele Männer begehrende Männer die Stadt verließen;<sup>192</sup> die örtliche *BfM*-Gruppe war aber schon zuvor eingeschlafen, wie die Verbandsnachrichten in den *BfM* zeigen.

Über die Mitgliederentwicklung in den 1930er Jahren finden sich nicht viele Angaben. Für das Jahr 1930 spricht Radszuweit davon, dass man die Mitgliederzahl halten können, dass aber viele infolge der Wirtschaftskrise nicht oder nur sehr spät zahlten.<sup>193</sup> Danach ist von Mitgliederzahlen in den Zeitschriften nicht mehr die Rede, anhand der Berichte einzelner Ortsgruppen lässt sich aber nachvollziehen, dass sie einen erheblichen Mitgliederschwund zu beklagen hatten. Wie das *WhK* und die *GdE* konnte auch der *BfM* in den letzten Jahren der Republik keine großen Aktivitäten mehr entfalten. Bundestreffen fanden ab 1930 aus ökonomischen Gründen nicht mehr statt, bereits 1926 war das Treffen mit der gleichen Begründung abgesagt worden.

Als Radszuweit im April 1932 nach einem mehrjährigen Krebsleiden starb, übernahm der langjährige enge Vertraute und 1. Schriftführer Paul Weber den Verbandsvorsitz. Der Verlag war schon zu Radszuweits Lebzeiten in den Besitz seines Lebensgefährten und Adoptivsohns Martin Butzkow-Radszuweit übergegangen, der ab Herbst 1930 als Herausgeber einiger Zeitschriften genannt wurde.

Aufgrund einer "Anhängerbefragung" des *BfM* im Herbst 1926<sup>194</sup> können verschiedene Angaben über die Mitgliederstruktur des *BfM* bzw. sein Umfeld gemacht werden, sofern man die Umfrage für seriös und nicht für eine Fälschung Radszuweits hält. Zweifel sind aus drei Gründen angebracht: Die Umfrage lieferte genau die Ergebnisse, die Radszuweit für seine politische Argumentation benötigte, sie hatte eine unwahrscheinlich hohe Rücklaufquote, und auch hier ging Radszuweit unpräzise mit Zahlen und Begriffen um; so war nach der Erstpublikation im November 1926 nur davon die Rede, dass die Statistik Auskunft über die "Mitglieder" des *BfM* gebe, später erst war dann von "Anhängern" die Rede. Dem kann man wiederum entgegenhalten, dass das passende Ergebnis ein Zufall

<sup>190</sup> Der Kleiderhändler Fritz Haarmann brachte 24, 26 oder 27 männliche Jugendliche im Alter von 13 bis 21 Jahren beim Geschlechtsverkehr um, zerstückelte ihre Leichen und warf die Körperteile in die Leine. Er wurde im Dezember 1924 wegen 24-fachen Mordes zum Tode verurteilt und im April 1925 hingerichtet. Das Urteil war eines der wenigen Todesurteile, die in der Weimarer Republik vollstreckt wurden.

<sup>191</sup> Unsere Bewegung. Rückblick und Ausblick. In: Menschenrecht [= Blätter für Menschenrecht] Nr. 1, Januar 1929 (7. Jg.), S. 1. Friedrich Radszuweit: Zum zehnjährigen Bestehen des "Bund für Menschenrecht, E.V.", 1919-1929. In: Blätter für Menschenrecht Nr. 10, Oktober 1929 (7. Jg.), S. 12-30.

<sup>192</sup> Hoffschildt 1992, S. 51, S. 76-80.

<sup>193</sup> Geschäftsbericht für das Jahr 1930. In: Blätter für Menschenrecht Nr. 3, März 1931 (9. Jg.), S. 5/6, und Nr. 4, April 1931 (9. Jg.), S. 7-11.

<sup>194</sup> Friedrich Radszuweit: Lehrreiche statistische Feststellungen! In: Blätter für Menschenrecht Nr. 11/12, November/Dezember 1926 (4. Jg.), S. 2/3. Sternweiler geht irrtümlich von einer Mitgliederbefragung im Jahre 1930 aus. Sternweiler, Freundschaftsbünde 1997, S. 103.

sein könnte und auch zu erwarten gewesen wäre, dass die hohe Rücklaufquote ein Ausdruck des Engagements der Mitglieder und Unterstützer ist und dass hinsichtlich der befragten Personengruppe später lediglich sprachliche Vereinfachungen vorgenommen worden sein könnten, um mehr Klarheit zu erhalten. Somit wird hier davon ausgegangen, dass die Ergebnisse im Wesentlichen auf den Zuschriften der "Anhänger" basierten.

Das Ergebnis kann allerdings nicht als repräsentative Aussage über die Mitgliederstruktur des *BfM* angesehen werden, gibt jedoch einige Anhaltspunkte über die "Anhänger" des Verbandes, also seine Mitglieder, den LeserInnen der Zeitschriften und dem Verband nahe stehende Personen. Über die Zahl der Mitglieder im Jahr 1926 gibt es nur die Angabe, dass sie in etwa so hoch wie 1925 gewesen sei, demnach hätten sie, wenn sie alle den Bogen ausgefüllt hätten, rund zwei Drittel der Antwortenden ausgemacht. Insgesamt wurden 50.000 Bögen ausgegeben, sie wurden von den Ortsgruppen verteilt, an AbonnentInnen der *Blätter für Menschenrecht* verschickt und in diesen publiziert. Wer die Bögen ausgefüllt hat, ob sie etwa auch an nicht organisierte Bekannte gegeben wurden, ist daher unklar. Rund 38.600 Bögen gingen nach Radszuweits Angaben ausgefüllt an den Verband zurück.

Das bemerkenswerteste Ergebnis ist, dass nur 780 Frauen, meist mit kaufmännischen Berufen, den Fragebogen beantworteten, das entspricht einem Anteil von 2 %. Selbst wenn die Bereitschaft von Frauen, den Bogen auszufüllen, signifikant geringer gewesen sein sollte als bei Männern, zeigt dies trotzdem einen sehr geringen Organisationsgrad von Frauen begehrenden Frauen im *BfM*. Radszuweit schrieb dies der Straffreiheit von sexuellen Handlungen zwischen Frauen zu, "die Frauen" hielten es "daher nicht für nötig", sich zu organisieren. Auffällig ist, dass dieser geringe Frauenanteil in allen weiteren Veröffentlichungen der Zahlen nicht wieder genannt wurde. Trotz der Aufrufe,<sup>195</sup> sich im Verband zu engagieren, scheinen sich ihm nur wenige Frauen angeschlossen zu haben. Die dem Verband angehörenden Frauen gehörten den Berufsgruppen bzw. Schichten an, die mit dem vielfach verbreiteten, modern-mittelständischen Bild der ökonomisch unabhängigen "Neuen Frau" verbunden und äußerlich mit dem Bild der "Garçonne" assoziiert wurden. Der geringe Organisationsgrad Frauen begehrender Frauen könnte neben der geringeren Identifikation mit gleichgeschlechtlich-sexuellen Identitätskonzepten somit auch soziale und ökonomische Gründe haben: Arbeiterinnen waren vermutlich aus den gleichen ökonomischen Gründen unterrepräsentiert wie Arbeiter, während es den vermutlich zahlreichen sozial und ökonomisch von Familien oder Ehemännern abhängigen bürgerlichen Frauen, die gleichgeschlechtliche Kontakte hatten oder diese wünschten, kaum möglich gewesen sein dürfte, sich einem Verband gleichgeschlechtlich begehrender Menschen anzuschließen. Dies unterstreicht die These Claudia Schoppmanns und Kirsten Plötz', dass die Situation Frauen begehrender Frauen in der Weimarer Republik entscheidend mit der Situation von Frauen allgemein zusammenhing,<sup>196</sup> mindestens so sehr wie mit derjenigen Männer begehrender Männer.

Die männlichen "Anhänger" des *BfM* stammten aus allen Bevölkerungsschichten; die Statistik der Antwortenden nennt: Kaufleute – vermutlich Kaufleute und Angestellte – (33,0 %), Handwerker (20,3 %), Arbeiter (14,9 %), Beamte (8,5 %), Künstler (7,9 %), Studenten (6,9 %), Gastwirtsgewerbe – Personen, die in der Gastronomie arbeiteten oder gastronomische Betriebe besaßen – (6,3 %), Lehrer (2,3 %). Die Zahlen zeigen deutlich, dass der Verband nicht von Akademikern dominiert wurde, sondern ein breites soziales

<sup>195</sup> Helene Stock: Die homosexuelle Frau. In: *Blätter für Menschenrecht* Nr. 16, 1.10.1923 (1. Jg.), S. 2/3. Heike Schader hat die Aufrufe in der *Freundin*, der Zeitschrift des Radszuweit-Verlages für lesbische Frauen, dokumentiert. Schader 1997, S. 36-38. Zum geringen Organisationsgrad von Frauen siehe auch: Peters, Wilma: Das Bild der lesbischen Frau in der Literatur der Weimarer Republik. Doctoraalscriptie Moderne Letterkunde. Universiteit van Amsterdam 1988, S. 20. Angeführt nach Schader 1997, S. 36.

<sup>196</sup> Schoppmann 1997 (1991), S. 9-17. Plötz 1999, S. 104/105.

Spektrum abdeckte, Arbeiter aber im Verhältnis zu ihrem Anteil an der Gesamtbevölkerung stark unterrepräsentiert waren.

Zu den "Anhängern" zählten überwiegend jüngere Männer: Etwa die Hälfte war zwischen 18 und 30 Jahren alt, circa 40 % waren zwischen 30 und 40 Jahren alt, nur rund 10 % waren älter als 40 Jahre. Radszuweit schrieb, die Zahlen zeigten, dass "ältere Männer wohl nicht mehr gewillt seien, für den Befreiungskampf einzutreten". Andererseits hatten die Ämter im Verband offensichtlich die älteren Mitglieder inne, hierüber gibt die Statistik aber keine Auskunft. Zu einem geringen Anteil gehörten auch verheiratete oder geschiedene Männer und Frauen dem Verband an. Die Antworten auf die im Bogen gestellte Frage, ob Homosexualität der Scheidungsgrund gewesen sei, wurden nicht ausgewertet.

208 der Auskunft Gebenden gehörten einer politischen Partei an, das entspricht etwas mehr als einem halben Prozent, davon 63 dem Zentrum und 56 der DNVP, also Parteien, die die Abschaffung des § 175 ablehnten. Darüber, wie sich die 89 Personen auf die anderen Parteien verteilten, wurde keine Auskunft gegeben. Rund 82 % der Teilnehmenden gaben eine Parteipräferenz an, die meisten für die SPD, KPD oder DNVP. Die Anhänger der liberalen und linken Parteien bildeten eine deutliche Mehrheit von circa zwei Dritteln. Die Parteien der Weimarer Koalition, also SPD, DDP und Zentrum, hätten 1926 allerdings auch unter den Mitgliedern des *BfM* keine Mehrheit erzielen können. Vergleicht man die Zahlen mit den vorausgegangenen bzw. kommenden Reichstagswahlen 1924 und 1928 oder mit den beiden Wahlgängen der Reichspräsidentenwahl von 1925, zeigt sich, dass das politische Spektrum im Umfeld des *BfM* im Vergleich zur wählenden Gesamtbevölkerung deutlich nach links verschoben war. Auch eine nicht en detail veröffentlichte Umfrage zur Reichstagswahl 1930 zeigt, dass viele derjenigen LeserInnen der *BfM*, die an der Umfrage teilnahmen, SPD oder KPD gewählt hatten, allerdings auch zahlreiche die NSDAP.<sup>197</sup>

Die BefürworterInnen und UnterstützerInnen der Republik waren in der Mehrheit, was mit der offiziellen Verbandspolitik korrespondierte. Aber auch Rechtsradikale und Reaktionäre waren im *BfM* organisiert; prominentestes rechtes Mitglied war sicherlich der spätere SA-Chef Ernst Röhm, bekannt wurde dies aber erst 1932.<sup>198</sup>

### Der Kampf gegen den § 175

Die klarste und unumstrittenste Forderung innerhalb der gesamten Bewegung war die Notwendigkeit einer Entkriminalisierung einvernehmlicher Sexualhandlungen zwischen erwachsenen Männern und damit die Streichung des § 175. Wie das *WhK* holte der *BfM* Stellungnahmen der großen für den Reichstag kandidierenden Parteien zum § 175 ein und veröffentlichte sie. Damit wurden sowohl die Parteien mit der Forderung der "homosexuellen Bewegung" konfrontiert als auch an gleichgeschlechtlich begehrende Menschen mal explizit, mal implizit appelliert, nur solche Parteien zu wählen, die für eine Abschaffung des Paragraphen eintraten, also die SPD, KPD oder DDP bzw. DStP. 1922 war die aufgrund der Aktivitäten des Aktionsausschusses mit neuen Unterschriften versehene Petition des *WhK* von 1897 erneut an den Reichstag übergeben worden; der im gleichen Jahr von Justizminister Gustav Radbruch (1878-1949, SPD), selbst Unterzeichner der Petition, vorgelegte Strafrechtsentwurf bedrohte nur noch die so genannten "qualifizierten" Tat-

<sup>197</sup> Paul Weber: Interessantes aus unserer Bewegung. In: Blätter für Menschenrecht Nr. 12, Dezember 1930 (7. Jg.), S. 6/7.

<sup>198</sup> Röhm schrieb in einem Brief an Karl-Günther Heimsoth: "Übrigens arbeite ich auch mit Herrn Radszuweit [sic] zusammen und bin natürlich Mitglied seines Bundes." Brief von Ernst Röhm an Karl-Günther Heimsoth vom 3.12.1928. Abgedruckt in: Klotz, Helmut: Der Fall Röhm, Berlin 1932. Es existieren zwei Versionen der Broschüre, die sich durch ihren Einleitungstext unterscheiden. Öffentlich bekannt wurde dies, zumindest in der Presse gleichgeschlechtlich begehrender Menschen, erst 1932. Der Brief wurde in Auszügen abgedruckt in: Kleine Unterschlagungen. In: Blätter für Menschenrecht Nr. 10/11, Oktober/November 1932 (10. Jg.), S. 11-13. Vgl. Baumgardt, auf den sich weitere AutorInnen, wie Jellonnek 1997 und Hancock 1998, berufen: Baumgardt 1984, S. 41.

bestände – "Verführung" Jugendlicher, mannsmännliche Prostitution und Ausnutzung eines Abhängigkeitsverhältnisses – mit Strafe, die "einfache Homosexualität" sollte straffrei bleiben. Im "Amtliche Entwurf zur Änderung des Strafgesetzbuches" von Reichsjustizminister Oskar Hergt (1869-1967, DNVP) und in der Reichstagsvorlage von 1927 war die Entkriminalisierung der "einfachen Homosexualität" jedoch vermutlich wegen des Einflusses der öffentlichen Bewertung des Falles des Hannoveraner Sexualmörders Fritz Haarmann (1879-1935) nicht mehr vorgesehen.<sup>199</sup> Daher musste die zerstrittene "homosexuelle Bewegung" in der zweiten Hälfte der 20er Jahre erneut Aktivitäten zur Reform des Strafrechts entfalten. Das *WhK* suchte das Bündnis mit anderen sexualreformerischen Verbänden, der *BfM* versuchte dies anfangs auch,<sup>200</sup> ging dann aber doch seine eigenen Wege.

Radszuweit gab in seinem "Geschäftsbericht" für 1924 an, 200.000 Exemplare von Aufklärungsschriften und 1.840 Broschüren verteilt und verschickt zu haben, insbesondere der Presse habe der Bund viel Aufklärungsmaterial zukommen lassen. Einige Zeitungen hätten positiv über die Arbeit des Bundes berichtet, andere, wie gewünscht, Artikel aus den *Blättern für Menschenrecht* übernommen. Viele Reichstagsabgeordnete hätten um fortlaufende kostenlose Zusendung der *BfM* gebeten. Der *BfM* habe zahlreiche öffentliche Vorträge abgehalten; wie in den folgenden Jahren sprachen hier Radszuweit, örtliche Verbandsfunktionäre, Polizisten wie der ehemalige Berliner Kriminalkommissar von Tresckow, Juristen wie Walter Bahn und Ernst Emil Schweitzer und Biologen wie Karl Friedrich Jordan (1861-1926),<sup>201</sup> Mediziner wie Siegfried Placzek sowie Schriftsteller wie Eduard Oskar Püttmann und Reinhold Gerling. Der Hauptvorstand und die Ortsgruppen hätten in eigenen Wählerveranstaltungen über die Positionen der Parteien zum § 175 informiert, Wahlveranstaltungen von Parteien besucht und dort das Sexualstrafrecht angesprochen.<sup>202</sup> Ähnlich gestaltete sich die Tätigkeit im Jahr 1925. Radszuweit sprach in seinem Jahresbericht von 40.000 verschickten Druckschriften, zweimal seien in diesem Jahr Aufklärungsschriften und die *BfM* an den Reichstag und die Landtage verteilt worden, dazu sei teilweise die Unterstützung der KPD erforderlich gewesen. Die *BfM* seien auch an Polizeibehörden, Gerichtsbehörden, Rechtsanwälte, Ärzte und wissenschaftliche Vereine geschickt worden. Der Bund sei "kein Blümchen mehr", nicht nur in "einschlägigen Kreisen", sondern überall werde von seiner Tätigkeit Notiz genommen.<sup>203</sup> Welche Schriften der Verband außer den *Blättern für Menschenrecht* in diesen Jahren verbreitete, ist unklar. 1926 wurde an die Parlamente und die Presse das Ergebnis einer Umfrage unter den "Anhängern" des *BfM* verschickt, mit der der Bund unterstreichen wollte, dass es "Homosexuelle" in allen Altersgruppen, in allen Berufsgruppen und in allen politischen

<sup>199</sup> Mende, Bodo: Die antihomosexuelle Gesetzgebung in der Weimarer Republik. In: Freunde eines Schwulen Museums in Berlin e.V. (Hg.): Die Geschichte des § 175. Strafrecht gegen Homosexuelle. Katalog zur Ausstellung in Berlin und in Frankfurt am Main 1990, Berlin: Verlag rosa Winkel 1990, S. 82-104, S. 85-90. Sommer 1998, S. 183.

<sup>200</sup> Im Geschäftsbericht von 1924 sind Schreiben an das *WhK*, den *Bund für Mutterschutz*, die *Gesellschaft für Geschlechtskunde*, die *Gesellschaft für Sexualreform*, die *Gesellschaft für Volksaufklärung* und den *Bund für radikale Ethik* dokumentiert, in denen gemeinsame Aktivitäten vorgeschlagen werden. Auszug aus dem Geschäftsbericht des "Bundes für Menschenrecht" E.V. Sitz Berlin für das Geschäftsjahr 1924. In: *Blätter für Menschenrecht* Nr. 4, April 1925 (3. Jg.), S. 18-31. Hingegen beschloss der Bundestag von 1925, nur im *Kartell für Reform des Sexualstrafrechts* mitzuarbeiten, wenn das *WhK* nicht mehr in Zeitschriften, die der Bewegung schaden – damit waren die anderen Freundschaftszeitungen gemeint –, publizieren würde. Bericht über die fünfte Bundestagung des Bundes für Menschenrecht E.V., Ostern 1925 in Berlin. In: *Blätter für Menschenrecht* Nr. 5, Mai 1925 (3. Jg.), S. 16-20.

<sup>201</sup> Jordan war Gymnasiallehrer und Schriftsteller, er war sowohl im *WhK* als auch in der *GdE* aktiv, 1914 hatte er mit Hirschfeld *Die Transvestiten* veröffentlicht. Vgl. Hergemöller, Mann für Mann 1998, S. 400.

<sup>202</sup> Auszug aus dem Geschäftsbericht des "Bundes für Menschenrecht" E.V. Sitz Berlin für das Geschäftsjahr 1924. In: *Blätter für Menschenrecht* Nr. 4, April 1925 (3. Jg.), S. 18-31.

<sup>203</sup> Tätigkeitsbericht des "Bundes für Menschenrecht" E.V. Sitz Berlin für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 1925. In: *Blätter für Menschenrecht* Nr. 4, April 1926 (4. Jg.), S. 3-11.

Lagern gebe. Radszuweit nennt 34 Volksversammlungen, die Ostern 1926 im ganzen Reich abgehalten wurden und die Resolutionen gegen die Bestrafung mann männlicher Sexualhandlungen verabschiedet hätten, sowie 61 öffentliche Vorträge, die auch von "heterosexuellen Menschen" besucht worden seien.<sup>204</sup> Auch 1927 und 1928 wurden zahlreiche öffentliche Vorträge abgehalten, unter anderem sprach Radszuweit sogar in Paris. Anfang 1927 machte der Bund eine Eingabe an alle Vorsitzenden der Reichstagsfraktionen, die zu Gesprächen mit Abgeordneten der DNVP, der DVP und des Zentrums führte.<sup>205</sup> 1929 gab der BfM die Broschüre *§ 175 muß abgeschafft werden! Denkschrift an den deutschen Reichstag zur Beseitigung einer Kulturschande* heraus, die an alle gesetzgebenden Körperschaften, prominente Persönlichkeiten und 3.000 Tageszeitungen verschickt wurde.<sup>206</sup> Zahlreiche der Letzteren besprachen die Schrift positiv, wie Auszüge ihrer Artikel in den *BfM* zeigen.<sup>207</sup>

1924 machte Friedrich Radszuweit den Vorschlag, eine eigene "Homoerotische Freundschaftspartei" zu gründen und einen Abgeordneten, nämlich ihn, in den Reichstag zu entsenden, was angesichts des Verhältniswahlrechts ohne Sperrklausel zumindest theoretisch durchaus möglich gewesen wäre. Um diesen Vorschlag Radszuweits, den er 1927 und 1928 wiederholte,<sup>208</sup> rankten sich die wildesten Gerüchte, so etwa, dass der SPD-Reichstagsabgeordnete Friedrich Stampfer Radszuweit zu diesem Schritt aufgefordert hätte.<sup>209</sup> Radszuweits Gegner lehnten den Vorschlag einhellig ab, weil sie glaubten, dass der Einfluss der "homosexuellen Bewegung" auf andere Parteien dadurch sinken würde, der Reichstag nicht der Vertretung von "Einzelinteressen" diene und nicht zuletzt, weil sie Radszuweit als Reichstagsabgeordneten für "völlig ungeeignet" hielten.<sup>210</sup> Nur Max H. Danielsen griff 1924 den Vorschlag positiv auf, zeigte sich später aber doch ablehnend.<sup>211</sup> Vermutlich bediente sich Radszuweit eines Vorschlages von Kurt Hiller, der bereits im Frühjahr 1918 die Gründung einer eigenen Partei der "Invertierten" gefordert, im Jahre 1921 jedoch die Aufstellung Hirschfelds als Reichstagskandidat der SPD propagiert hatte.<sup>212</sup> Warum Radszuweit den Schritt, eine eigene Partei zu gründen, mehrfach ankündigte, aber nie unternahm, war nicht zu ergründen. Vermutlich handelte es sich in erster Linie um ein taktisches Manöver, um den bestehenden Parteien zu verdeutlichen, dass sie auch auf ihre "homoerotischen Wähler" angewiesen waren und sich für deren Interessen einsetzen sollten.

<sup>204</sup> Auszug aus dem Geschäftsbericht des "Bundes für Menschenrecht" E.V. Sitz Berlin für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 1926. In: Blätter für Menschenrecht Nr. 5, Mai 1927 (5. Jg.), S. 9-19.

<sup>205</sup> Aus der Chronik des Bundes für Menschenrecht E.V., 1919-1929. In: Blätter für Menschenrecht Nr. 10, Oktober 1929 (7. Jg.), S. 4-11

<sup>206</sup> Friedrich Radszuweit: Zum zehnjährigen Bestehen des "Bund für Menschenrecht, E.V.", 1919-1929. In: Blätter für Menschenrecht Nr. 10, Oktober 1929 (7. Jg.), S. 12-30.

<sup>207</sup> Pressestimmen zu unserer Denkschrift. In: Menschenrecht [= Blätter für Menschenrecht] Nr. 7, Juli 1929 (7. Jg.), S. 5-11.

<sup>208</sup> Friedrich Radszuweit: Homoerotische Freiheitspartei! In: Das Freundschaftsblatt Nr. 2, 14.1.1927 (5. Jg.), S. 1. Friedrich Radszuweit: Die Homosexuellen und die Politik. In: Das Freundschaftsblatt Nr. 4, 27.1.1928 (6. Jg.), S. 1.

<sup>209</sup> A. Raimund: Homosexuelle, seid auf der Wacht! In: Die Fanfare Nr. 15, [April] 1924 (1. Jg.), S. 1/2.

<sup>210</sup> Meinungs-austausch. Leserbrief von A. L. In: Neue Freundschaft Nr. 11, [März] 1928 (1. Jg.), S. 5/6. René Stelter: Politik. In: Die Freundschaft Nr. 8, 19.5.1923 (5. Jg.), S. 5.

<sup>211</sup> Max H. Danielsen: "Die Organisation der Zehntausend". Bewegungspolitisches. In: Blätter für Menschenrecht Nr. 1, 15.2.1924 (2. Jg.), S. 5, Nr. 4, 7.3.1924 (2. Jg.), S. 3. Ankündigung [eines Referates von Max. H. Danielsen gegen die Parteibildung]. In: Neue Freundschaft Nr. 8, [März] 1928 (1. Jg.), S. 5.

<sup>212</sup> Hiller, Kurt: Sexualfreiheit und Proporz. In: Hiller, Kurt: § 175: die Schmach des Jahrhunderts! Hannover: Paul Steegemann Verlag 1922, S. 38-42. Hiller, Kurt: Befreiung durchs Parlament. In: Hiller 1922, S. 43-55. Leider sind in diesem Band die Erstabdrucke der einzelnen Artikel nicht nachgewiesen und m.W. auch sonst nirgends bibliographiert. Zum Vorschlag siehe auch: Adolf Brand: Unser Bekenntnis zur Republik. In: Der Eigene Nr. 4, 1927 (11. Jg.), S. 97-109.

Einen Höhepunkt seiner Arbeit sah der *BfM* in den Feierlichkeiten zum 10-jährigen Jubiläum des Verbandes vom 20. bis 23. September 1929 in Berlin, die mit einem Verbandstag und einer großen öffentlichen Kundgebung, an der mehrere Hundert Menschen teilnahmen, verbunden wurde. Auf einer "Protestkundgebung gegen den § 175", die den Auftakt der Veranstaltung bildete, verabschiedeten Hunderte von Anwesenden im Beisein von Parteienvertretern und Presse eine Resolution zur Abschaffung des § 175, bekräftigten die Forderung nach Straffreiheit einvernehmlicher Sexualhandlungen von Erwachsenen, aber auch nach Bestrafung von Handlungen mit Jugendlichen unter 18 Jahren, unter Ausnutzung von Abhängigkeit und bei Erregung öffentlichen Ärgernisses sowie der Bestrafung von männlicher Prostitution.

Mit dieser Resolution verdeutlichte der *BfM*, dass er eine andere Position in der Strafrechtsfrage vertrat als das *WhK*, das ein "Schutzalter" von 16 Jahren forderte und gegen die Kriminalisierung männlicher Prostitution eintrat.<sup>213</sup> Radszuweit betonte in den folgenden Jahren mehrfach, dass er die Forderungen des *BfM* für realistischer und durchsetzungsfähiger als die des *WhK* hielt.<sup>214</sup> Erst 1931 wurde die Position des *BfM* dahingehend verändert, dass Prostituierte nur dann bestraft werden sollten, wenn sie gleichzeitig andere Verbrechen, insbesondere Diebstahl oder Erpressung, verübt hätten. Der Grund für diesen teilweisen Kurswechsel geht aus den vorliegenden Artikeln nicht hervor.<sup>215</sup>

Die Versammlung am 20. September 1929 war darüber hinaus eine Demonstration der Stärke des *BfM*. Radszuweits *Freundschaftsblatt* berichtete, es seien so viele Menschen gekommen, dass Hunderte keinen Platz fanden und auf der Straße bleiben mussten, ein Polizeiaufgebot habe die Straße räumen müssen, damit der Verkehr fließen konnte.<sup>216</sup> Radszuweit behauptete mehrfach, dass diese Versammlung der maßgebliche Anlass dafür gewesen sei, dass der § 175 bzw. sein geplanter Nachfolgeparagraf mit Mehrheit vom Rechtsausschuss des Reichstages aus dem Entwurf für ein neues Strafgesetz herausgenommen worden sei. Der Vorsitzende des Rechtsausschusses, der DVP-Abgeordnete Wilhelm Kahl (1849-1932), der dem *BfM* 1927 geschrieben habe, er werde nie für die Abschaffung des § 175 eintreten, sei nicht etwa durch Hirschfeld, sondern durch die "unermüdliche Arbeit" des *BfM*-Hauptvorstandes umgestimmt worden. Nicht zuletzt sei er durch seine Anwesenheit auf der Veranstaltung so beeindruckt gewesen, dass er gegen seine Fraktion am 17. Oktober 1929 im Ausschuss für die Abschaffung des Paragraphen gestimmt habe.<sup>217</sup> Damit beanspruchte er das Verdienst, für die Abschaffung des § 175 gesorgt zu haben, für sich alleine und würdigte die Arbeit anderer herab. Es liegt allerdings auf der Hand, dass die Arbeit vieler, insbesondere aber Hirschfelds, zur Entscheidung des Rechtsausschusses beitrug.

Der Kampf der "homosexuellen Bewegung" gegen den § 175 ist als halber Sieg und halbe Niederlage zu beschreiben: Zwar beschloss der Rechtsausschuss des Reichstages mit einer Stimme Mehrheit die Entkriminalisierung einvernehmlicher sexueller Handlungen zwischen erwachsenen Männern, es ist aber unwahrscheinlich, dass dieser Beschluss vor dem Reichstagsplenum Bestand gehabt hätte, wenn die einzelnen Paragraphen abgestimmt worden wären. Gleichzeitig sah der Rechtsausschuss gegen die Stimmen der KPD die Einführung eines neuen § 297 ("Schwere Unzucht unter Männern") vor, der "qualifizierte Fälle" wie Nötigung zum Geschlechtsverkehr, Geschlechtsverkehr mit männlichen Jugend-

<sup>213</sup> Schutz auch den Prostituierten. Von Dr. jur. Kurt Hiller. In: Die Freundschaft Nr. 17, 1921 (3. Jg.), S. 1/2. Linsert, Richard: § 297. Unzucht zwischen Männern, Berlin 1929.

<sup>214</sup> Protestkundgebung der Homosexuellen gegen San.-Rat Dr. Magnus Hirschfeld. In: Das Freundschaftsblatt Nr. 45, 8.11.1929 (7. Jg.), S. 1/2.

<sup>215</sup> Bundestagung. Bericht über die Tagung des Bundes für Menschenrecht, E.V. am 20. September in Berlin. In: Blätter für Menschenrecht Nr. 10/11, Oktober/November 1931 (9. Jg.), S. 1-6.

<sup>216</sup> Der 20. September. In: Das Freundschaftsblatt Nr. 40, 4.10.1929 (7. Jg.), S. 1/2.

<sup>217</sup> Geschäftsbericht des Bund für Menschenrecht E.V. für das Jahr 1930. In: Blätter für Menschenrecht Nr. 10/11, Oktober/November 1931 (9. Jg.), S. 6-13.

lichen zwischen 14 und 21 Jahren und Prostitution von Männern im Gegensatz zu Prostitution von Frauen kriminalisierte. Die gesamte Strafrechtsreform trat u.a. wegen der geplanten Vereinheitlichung des deutschen und des österreichischen Strafrechts, der mehrfachen Reichstagsauflösungen und des Erstarkens der NSDAP nie in Kraft. Der § 297 des Entwurfes von 1929 wurde 1935 in verschärfter Form als neuer § 175a in das Strafgesetzbuch aufgenommen,<sup>218</sup> ein Aspekt, der in der Debatte um die Verschärfung des § 175 und deren Kontinuität oft außer Acht gelassen wird.

Der *BfM* wollte sich nach dem Erfolg der Streichung des § 175 im Entwurf für ein neues Strafgesetz auf das Senken der Schutzaltersgrenze konzentrieren. Infolge der Aussetzung der Verabschiedung eines neuen Strafgesetzbuches stellte Friedrich Radszuweit aber resigniert fest, dass der Kampf um den § 175 wohl noch nicht gewonnen sei und man erneut damit beginnen müsse. In den Jahren 1930 und 1931 schickte der *BfM* zwar gelegentlich Informationsmaterial an Abgeordnete und Zeitungen, die aber kaum noch wohlwollende Artikel veröffentlichten. Viele öffentlichkeitswirksame Aktivitäten scheint es nicht gegeben zu haben, Vorträge und Versammlungen werden in den Geschäftsberichten kaum noch erwähnt. Dem *BfM* fehlten infolge der Wirtschaftskrise die Gelder, um größere Aktivitäten zu entfalten, einige Ortsgruppen wurden inaktiv und lösten sich auf, damit fehlte die Basis für die Aktivitäten des Hauptvorstandes.<sup>219</sup> Darüber hinaus war Friedrich Radszuweit in diesen Jahren schon schwer von seiner Krebserkrankung gezeichnet.

Mit dem Erstarken der NSDAP veränderte sich die Haltung des *BfM* und Radszuweits nicht grundlegend, wie mehrfach von der Forschung behauptet wurde,<sup>220</sup> sondern der Umgang mit der NSDAP entsprach dem bisherigen Umgang mit anderen Parteien: Man versuchte sie von der Richtigkeit der eigenen Ziele zu überzeugen. Dementsprechend kann man Radszuweits "offenen Brief" an Adolf Hitler vom August 1931, in dem er Hitler zum Überdenken der Einstellung der Partei zum § 175 aufforderte,<sup>221</sup> durchaus als "Anbiederung" verstehen, wie Radszuweit viele Zeitgenossen vorwarfen. Eine Übereinstimmung mit den Zielen der NSDAP lässt sich daraus aber nicht ableiten.<sup>222</sup> James Steakley ist zuzustimmen, dass der Artikel "Strafrechtsreform", den Radszuweit im Januar 1931 sowohl im *Freundschaftsblatt* als auch in der *Freundin* veröffentlichte, antisemitische Ausfälle gegen Hirschfeld enthält, aber dieser Text ist ein Einzelfall. Zentral war für Radszuweit, dass Hirschfeld als "Führer der homosexuellen Bewegung" politisch versagt habe, aber mit dessen jüdischer Herkunft verband er dies nicht. Radszuweits Ausführungen im genannten Text können auch als Versuch gelesen werden, die Homophobie der NSDAP ihrem Antisemitismus zuzuschreiben und hier auf eine Änderung mit Hilfe der Ausgrenzung Hirschfelds hinzuwirken, den Antisemitismus also strategisch einzusetzen.<sup>223</sup> Politisch inakzeptabel ist

<sup>218</sup> Herzer, WhK 1997, S. 86/87. Stümke/Finkler 1981, S. 63/64. Stümke 1989, S. 78-82. Jellonnek 1990, S. 45-48.

<sup>219</sup> Geschäftsbericht für das Jahr 1930. In: Blätter für Menschenrecht Nr. 3, März 1931 (9. Jg.), S. 5/6, Nr. 4, April 1931 (9. Jg.), S. 7-11. Geschäftsbericht des Bund für Menschenrecht E.V. für das Jahr 1930. In: Blätter für Menschenrecht Nr. 10/11, Oktober/November 1931 (9. Jg.), S. 6-13. Die beiden Berichte enthalten unterschiedliche Angaben. Friedrich Radszuweit: 10 Jahre. In: Blätter für Menschenrecht Nr. 2, Februar 1932 (10. Jg.), S. 7-10.

<sup>220</sup> Jellonnek 1990, S. 76-79. Steakley 1996, S. 30. Hancock 1998, S. 627. Hergemöller, Mann für Mann 1998, S. 568.

<sup>221</sup> Friedrich Radszuweit: Herrn Adolf Hitler, München. In: Das Freundschaftsblatt Nr. 31, 6.8.1931 (9. Jg.), S. 1/2.

<sup>222</sup> Friedrich Radszuweit: Huch Hitler! In: Das Freundschaftsblatt Nr. 35, 3.9.1931 (9. Jg.), S. 1/2.

<sup>223</sup> "... natürlich will der 'Völkische Beobachter', das liest man ganz deutlich zwischen den Zeilen, die Homosexuellen im allgemeinen nicht verdammen [...], sondern er will im großen und ganzen immer nur das Judentum (besonders Magnus Hirschfeld) treffen, die [sic!] in so unschöner Weise das Geschlechtsleben der Menschen mit den brutalsten Ausdrücken an die Öffentlichkeit zerren." Friedrich Radszuweit:

dieser Opportunismus selbstverständlich, wie sich darin auch Radszuweits Unvermögen ausdrückt, zu erkennen, dass es sich bei der NSDAP nicht um eine Partei wie jede andere handelte. Im auf den 31. Dezember 1930 datierten Geschäftsbericht des *BfM*, der im Oktober 1931 veröffentlicht wurde und möglicherweise erst kurz zuvor verfasst worden war, hieß es, die NSDAP wolle homosexuelle Menschen aufhängen oder ausweisen, dieser Partei könne man nicht die Stimme geben.<sup>224</sup> Eine derart klare Stellungnahme gegen die NSDAP kann als Reaktion auf das Scheitern des "Anbiederungskurses" angesehen werden, denn die NSDAP hatte ihre Position nicht verändert. Bereits 1930 hatte Paul Weber angemerkt, dass nach einer Umfrage des *BfM* zur letzten Reichstagswahl "merkwürdigerweise" viele NSDAP gewählt hätten, wohl in der Hoffnung, aus der Wirtschaftskrise herauszukommen. Zwischen den Zeilen liest man recht deutlich, dass er das Wählen dieser Partei aufgrund ihrer Homophobie für inakzeptabel hielt.<sup>225</sup> In den folgenden Jahren wies der *BfM* immer wieder auf die führende Stellung von "Homosexuellen" in der NSDAP hin, wohl mehr um ihre homophobe Position anzugreifen als ihre Wahl zu empfehlen.<sup>226</sup> Zu einer klaren Distanzierung von der NSDAP wegen ihres Antisemitismus und ihrer Ablehnung der Demokratie konnte sich der *BfM* im Gegensatz zum *WhK* und der *GdE* nicht durchringen.<sup>227</sup>

Der *BfM* betonte immer wieder seine politische Neutralität, nur eine parteilich ungebundene Organisation könne die Interessen der "Homoeroten" angemessen vertreten. Vor diesem Hintergrund ist auch die Haltung des Verbandes zu den im April 1931 beginnenden öffentlichen Angriffen gegen Ernst Röhm wegen dessen Homosexualität und zum Verhalten der SPD zu sehen.<sup>228</sup> Schon 1929 hatte Radszuweit betont, die sexuelle Veranlagung dürfe nicht parteipolitisch ausgeschlachtet werden.<sup>229</sup> So wandte sich der Verband 1931 gegen die sexuelle Denunziation Röhm's, forderte aber die NSDAP gleichzeitig auf, zuzugeben, dass sich in ihren Reihen viele "Anhänger der Freundesliebe" befänden. Der *BfM* warf der SPD vor, in ihrer Parteipresse die sexuelle Veranlagung Röhm's zu instrumentalisieren, die KPD-Blätter täten dies nicht.<sup>230</sup> Falsch sei es, die Homosexuellen "mit Dreck

---

Strafrechtsreform. In: Das Freundschaftsblatt Nr. 5, 5.2.1931 (9. Jg.), S. 1/2. Auch: Die Freundin Nr. 6, 11.2.1931 (9. Jg.), S. 1/2.

<sup>224</sup> Geschäftsbericht des Bund für Menschenrecht E.V. für das Jahr 1930. In: Blätter für Menschenrecht Nr. 10/11, Oktober/November 1931 (9. Jg.), S. 6-13. Die Äußerungen bezogen sich auf einen Artikel des Völkischen Beobachters vom 2.8.1930, den Kurt Hiller Alfred Rosenberg zuschrieb. Die Koalition zum Schutze der Päderastie. In: Völkischer Beobachter (Bayernausgabe), Nr. 183, 43. Jg., 2.8.1930, S. 1. Angeführt nach Zinn 1997. Kurt Hiller: Antwort an \*\*\*. In: Mitteilungen des WhK Nr. 32, Januar/März 1932, S. 346-348. Zitiert nach: Mitteilungen des Wissenschaftlich-Humanitären Komitees 1926-1933. Faksimile-Nachdruck. Mit einer Einleitung herausgegeben von Friedemann Pfäfflin. Redaktion: Walter v. Murat, Hamburg: C. Bell Verlag 1985.

<sup>225</sup> Paul Weber: Interessantes aus unserer Bewegung. In: Blätter für Menschenrecht Nr. 12, Dezember 1930 (8. Jg.), S. 6/7.

<sup>226</sup> Hauptmann a.D. Röhm. In: Das Freundschaftsblatt Nr. 12, 24.3.1932 (10. Jg.), S. 1/2.

<sup>227</sup> W. U. Eisler hat 1980 die Vermutung angestellt, dass der *BfM* ab 1931 "nicht mehr" von der Wahl der NSDAP abgeraten habe, wofür möglicherweise der Umstand beitrug, dass Hitler den SA-Führer Röhm nach öffentlichem Bekanntwerden von dessen Homosexualität nicht entlassen habe. Hierzu ist festzuhalten, dass der *BfM* zu keinem Zeitpunkt direkt von der Wahl der NSDAP abriet. Eisler 1980, S. 36, 115.

<sup>228</sup> Siehe zur Denunziation Röhm's u.a.: Eissler 1980, S. 106-114. Stümke/Finkler 1981, S. 119-145. Koch 1995 (1986), S. 21-25. Jellonnek 1990, S. 57-79. Herzer 1992, S. 181-188. Zinn 1995, S. 38-84, S. 42/43. Zinn 1997, S. 42-50. Hancock 1998, S. 629-635. Vgl. auch Kapitel IV.1.

<sup>229</sup> Friedrich Radszuweit: Zum zehnjährigen Bestehen des "Bund für Menschenrecht, E.V.", 1919-1929. In: Blätter für Menschenrecht Nr. 10, Oktober 1929 (7. Jg.), S. 12-30.

<sup>230</sup> In der Tat war die Kampagne gegen Röhm überwiegend von der SPD-Presse getragen worden. Eine umfassende Auswertung der KPD-Presse steht allerdings noch aus. Eisler verweist darauf, dass die "Art der Agitation mit dem Mittel der Homosexualität in diesem Fall, verglichen mit dem damals üblichen in der SPD-Presse, noch milde" gewesen sei. Eisler 1980, S. 113.

zu bewerben", richtig wäre, die Heuchelei der NSDAP zu thematisieren.<sup>231</sup> Adolf Brand bescheinigte der SPD hingegen im *Eigenen*, mit ihrer Kampagne die Heuchelei der NSDAP durchaus treffend dargestellt zu haben.<sup>232</sup> Im September 1931 beklagte Radszuweit, die SPD ginge in Hamburg mit Homosexuellenfeindlichkeit auf Stimmenfang, forderte die "Hamburger Homosexuellen" auf, nicht SPD zu wählen, und verlangte vom Parteivorstand der SPD, "zur alten Linie" zurückzukehren.<sup>233</sup> Diese Aufforderung zum Boykott der SPD schien für ihn mit dem Neutralitätsgebot des *BfM* vereinbar zu sein, während zahlreiche Mitglieder sich darüber bei ihm beschwerten.<sup>234</sup> Nie zuvor hatte er direkt zum Boykott einer anderen Partei aufgerufen, nur indirekt hatte der *BfM* davon abgeraten, eine Partei zu wählen, die gegen die Abschaffung des § 175 eintrat. Möglicherweise bewertete Radszuweit das Vorgehen der SPD als derart kontraproduktiv, dass er diesen Schritt für richtig hielt. Dass er damit seine eigene parteipolitische Stellung zum Ausdruck bringen wollte, ist unwahrscheinlich, denn er gab keine positive Wahlempfehlung. Im April 1932 kritisierte der Vorstand des *BfM* in einem Brief an den Hauptvorstand der SPD homophobe Artikel in der SPD-Presse und die Instrumentalisierung der sexuellen Veranlagung Einzelner im politischen Kampf. Der SPD-Vorstand wies die Vorwürfe zurück, er trete nach wie vor für die Abschaffung des § 175 ein, habe aber keine Kontrolle über einzelne regionale Parteiblätter.<sup>235</sup> Erst zum Wahlkampf 1933 betonten Paul Weber und Martin Radszuweit, die SPD unternehme keine homophoben Angriffe mehr. Gleichzeitig bedauerten sie, dass die NSDAP keine Stellungnahme abgegeben habe, man könne keine Schlussfolgerungen aus ihrem Verhalten ziehen. Eine Wahlempfehlung, etwa zu Gunsten der demokratischen Parteien, gaben sie nicht ab, wiesen aber darauf hin, dass wegen der Listenverbindung von Staatspartei und SPD die Stimmen für die Staatspartei diesmal nicht verloren gehen würden.<sup>236</sup>

Auffällig ist, dass der *BfM* zum Boykott der SPD aufrief, weil sie einen führenden Funktionär der NSDAP als homosexuell denunzierte, sich aber nie zum Boykott der NSDAP, die immerhin die Todesstrafe für "Homosexuelle" forderte, durchringen konnte. Damit entsprach das Verhalten des *BfM* vieler bürgerlicher Gruppen, einerseits einen "neutralen" oder "liberalen" Standpunkt zu betonen, im Zweifelsfall aber nach rechts zu tendieren. Die gemäßigte und dadurch ambivalente Haltung des *BfM* zur NSDAP war sicherlich auch darin begründet, dass gegen Ende der Republik zahlreiche seiner Mitglieder zu deren Wählern gehörten, die man angesichts schwindender Mitgliederzahlen und damit auch sinkender Finanzkraft und politischer Stärke des Verbandes nicht brüskieren oder verlieren wollte. Andererseits zeigt sich in der Haltung des *BfM* auch, dass Friedrich Radszuweit, Paul Weber und Martin Radszuweit-Butzkow sich nicht einig waren. Ob einige Funktionäre des *BfM* sich nach 1933 den NS-Machthabern anbiederten, wie dies einige führende Frauen der lesbischen Zeitschriften und Gruppen taten,<sup>237</sup> ist bisher nicht untersucht worden.

<sup>231</sup> Friedrich Radszuweit: Hitler und der § 175. In: Das Freundschaftsblatt Nr. 17, 30.4.1931 (9. Jg.), S.1/2. Friedrich Radszuweit: Amor im braunen Haus. In: Das Freundschaftsblatt Nr. 29, 23.7.1931 (9. Jg.), S. 1/2. Friedrich Radszuweit: Dr. Goebbels Lachmuskeln. In: Das Freundschaftsblatt Nr. 30, 30.7.1931 (9. Jg.), S. 1/2.

<sup>232</sup> Adolf Brand: Politische Galgenvögel. Ein Wort zum Falle Röhm. In: Eros Nr. 2, [September/Oktober] 1931 (3. Jg.), S. 1-3.

<sup>233</sup> Friedrich Radszuweit: Sozialdemokratische Gemeinheiten gegen Homosexuelle. In: Das Freundschaftsblatt Nr. 38, 24.9.1931 (9. Jg.), S. 1/2.

<sup>234</sup> Hauptvorstand des *BfM*: Wie wir es sehen. In: Das Freundschaftsblatt Nr. 42, 21.10.1931 (9. Jg.), S. 3.

<sup>235</sup> Paul Weber: Die S.P.D. und Hauptmann Röhm. In: Das Freundschaftsblatt Nr. 16, 21.4.1932 (10. Jg.), S. 1/2. Paul Weber: Erklärung des Parteivorstandes der S.P.D. über Hauptmann Röhm, an den Bund für Menschenrecht, E.V. In: Das Freundschaftsblatt Nr. 22, 2.6.1932 (10. Jg.), S. 1/2.

<sup>236</sup> Paul Weber / Martin Radszuweit: Reichstagswahl. In: Blätter für Menschenrecht Nr. 2/3, Februar/März 1933 (11. Jg.), S. 1-3.

<sup>237</sup> Schoppmann 1997 (1991), S. 171-174.

## Der Kampf gegen die Diskriminierung und Verfolgung

Der Kampf gegen den § 175 war eng mit dem Kampf gegen die gesellschaftliche Diskriminierung und Abwertung der Homosexualität verbunden. Homosexualität als etwas "Natürliches" und gleichgeschlechtlich begehrende Menschen bzw. "Homosexuelle" als "normale Menschen" darzustellen, war dementsprechend ein zentraler Gedanke in den *Blättern für Menschenrecht*, den Broschüren und in den Vorträgen. Der Verband setzte sich gezielt gegen einzelne Organe der "Sensationspresse" zur Wehr, griff sie öffentlich an und erwirkte in einzelnen Fällen gerichtliche Unterlassungsbeschlüsse. Der Auseinandersetzung mit den christlichen Kirchen wurde in der zweiten Hälfte der 20er Jahre eine hohe Priorität eingeräumt, da gerade sie stark Einfluss auf die öffentliche Meinung, insbesondere im rechten Lager nahmen, maßgebliche Erfolge konnten aber nicht erzielt werden.<sup>238</sup> Die Tätigkeit des Hauptvorstandes wurde durch die Arbeit der einzelnen Ortsgruppen gestützt, sie sammelten Adressen, schrieben LeserInnenbriefe, nahmen Kontakt zu Politikern und Journalisten auf.

Gleichzeitig trat der *BfM* gegen konkrete Fälle von Diskriminierung und Verfolgung auf. So beschwerte er sich 1925 beim Reichswehrminister über die Entlassung von "homosexuellen" Reichswehrangehörigen und wandte sich 1926 mit einer Eingabe an den Reichspräsidenten Hindenburg gegen die Entlassung von Beamten wegen des Vorwurfs der Homosexualität; beide Initiativen blieben erfolglos. Im Sommer 1927 stürten rund 70 Mitglieder des *BfM* eine Revue in der Berliner Komischen Oper, in der "Homosexuelle" nach ihrer Ansicht als "Karikaturen" der "Halbwelt" dargestellt wurden, indem sie in Zusammenhang mit Kriminellen gebracht wurden und als feminin erschienen. Die Präsentation des 14. Bildes, eine Szene im "Klub der Freunde", musste angesichts des "ohrenbetäubenden Lärm[s]" der *BfM*-Mitglieder abgebrochen werden. Erst als die Polizei die Störer entfernte, konnte das Programm fortgesetzt werden. Nachdem am nächsten Tag weitere 150 Mitglieder der Gruppe um Karten für die nächste Vorstellung gebeten hatten, setzte die Direktion das kritisierte Bild ab. Die Aktion brachte dem *BfM* auch Popularität, denn nicht nur die Berliner Presse, sondern auch Zeitungen überall im Reich berichteten darüber.<sup>239</sup> Derartige Protestformen waren von anderen Gruppen wie dem *WhK* und der *GdE* bisher nicht angewendet worden, vielmehr hätte man sich auf das Abfassen eines Protestschreibens oder den Abdruck eines kritischen Artikels in der eigenen Presse konzentriert.

Ein Blick in die Freundschaftszeitschriften der Weimarer Republik unterstreicht, dass die Vorstellung von den "goldenen Zwanzigern" und der "Freiheit der Homosexuellen" zu einseitig ist. Die Weimarer Republik war auch in dieser Frage von großen Gegensätzen geprägt. Dies drückt sich sowohl in uneinheitlichen Auffassungen innerhalb einzelner Behörden als auch in dem unterschiedlichen Umgang in verschiedenen Städten und Ländern des Reiches aus. So sahen sich viele gleichgeschlechtlich begehrende Menschen massiven Eingriffen in ihre Persönlichkeitsrechte ausgesetzt, oft beklagte der *BfM* "unerhörte Schikanen der Behörden gegen Homosexuelle".<sup>240</sup>

Der *BfM* musste sich mit Polizeibehörden in unterschiedlichen Städten auseinandersetzen. Radszuweit schrieb, dass die Gründung von Ortsgruppen des Verbandes insbesondere in der Provinz schwierig sei, da die Verantwortlichen dort recht uninformiert seien

<sup>238</sup> Friedrich Radszuweit: W.h.K. und männliche Prostitution. In: *Menschenrecht* [= *Blätter für Menschenrecht*] Nr. 8, August 1929 (7. Jg.), S. 1-3. Dr. R. H.: Die Stellung des Protestantismus zur Aufhebung des § 175. In: *Blätter für Menschenrecht* Nr. 4, April 1930 (8. Jg.), S. 5/6. Friedrich Radszuweit: Für Anstand und Sitte. In: *Blätter für Menschenrecht* Nr. 7, Juli 1930 (8. Jg.), S. 1-4. Friedrich Radszuweit: Die katholische Kirche fordert Beseitigung des § 175. In: *Das Freundschaftsblatt* Nr. 22, 31.5.1929 (7. Jg.), S.1/2.

<sup>239</sup> X.: Demonstration der Homosexuellen! Skandalenszenen in der Komischen Oper! Die Berliner Presse für den B.f.M., E.V. In: *Das Freundschaftsblatt* Nr. 27, 8.7.1927 (5. Jg.), S. 1-3.

<sup>240</sup> Friedrich Radszuweit: Unerhörte Schikanen der Behörden gegen Homosexuelle. In: *Das Freundschaftsblatt* Nr. 12, 22.3.1929 (7. Jg.), S. 1/2.

und viele Vorurteile hätten.<sup>241</sup> Aber auch in Großstädten gab es Probleme. So verbot die Münchener Polizeibehörde die Gründung eines Verbandes, und die Düsseldorfer Polizei versuchte, die Gründung einer Gruppe mit verschiedenen Maßnahmen zu unterbinden.<sup>242</sup> Auch in Berlin und Hamburg, wo man mit der Sittenpolizei im Kampf gegen Erpresser erfolgreich kooperierte, gab es Spannungen: So wurde 1924 von der Hamburger Gewerbe-polizei ein Verkaufsverbot für verschiedene Freundschaftszeitungen verfügt.<sup>243</sup> Zwei Berliner Polizeipräsidenten verweigerten den Freundschaftslokalen eine Verlängerung der Sperrstunde und rückten sie in das "kriminelle Milieu". Der *BfM* suchte das Gespräch mit den Behörden, beschwerte sich beim preußischen Innenminister über die Ungleichbehandlung und versuchte auch, beim Reichsinnenminister vorstellig zu werden.<sup>244</sup> In den Gesprächen konnten oft Teilerfolge erzielt werden, sie trugen zumindest zur Schaffung eines Problembewusstseins bei.

Besonders schwierig war die Lage in Sachsen: In verschiedenen Städten, insbesondere in Chemnitz, hatte die Polizei 1927 nach einem Landesgesetz von 1835 verfügt, dass "homosexuelle Männer" nicht zusammen wohnen dürften, dass sie keine öffentlichen Toiletten aufsuchen und sich nicht gemeinsam auf Straßen und Plätzen aufhalten dürften. Bei Zuwiderhandlung wurde Dutzenden Männern mit Haft gedroht. Mit Unterstützung des *WhK* und des *BfM* klagten einige der betroffenen Männer. Zwar hob das sächsische Verwaltungsgericht die polizeiliche Anordnung im Februar 1928 auch in Hinblick darauf, dass derartige Einschränkungen der persönlichen Freiheit nicht in Einklang mit der Reichsverfassung standen, auf,<sup>245</sup> aber das Ungemach, das die Männer mit dem Vorgehen der Polizei erlitten hatten, wurde dadurch nicht wieder gut gemacht, und das Urteil hielt die Polizei nicht davon ab, weiterhin gleichgeschlechtlich beherrschende Menschen zu schikanieren.

Im Dezember 1932 und im Januar 1933 wurde ein Freundespaar aus Höxter Opfer ähnlicher Maßnahmen. Der Bruder des einen hatte über einen Freund beim Jungdeutschen Orden die Polizei davon in Kenntnis gesetzt, dass die beiden, die 1930 nach § 175 verurteilt worden waren, nach wie vor ein Verhältnis unterhielten und sich in der Wohnung des einen trafen. Der Bürgermeister lud den einen der Männer vor und verlangte von ihm, die Stadt zu verlassen. Als dieser sich weigerte, wurde er von der Polizei mit einer Abmeldebescheinigung versehen, in einen Zug gesetzt und es wurde ihm gedroht, komme er nach Höxter zurück, würde er sofort verhaftet werden. Die beiden Männer informierten den *BfM*, der seinerseits die Berliner Presse in Kenntnis setzte. Die Behörde begründete ihren Verfassungsverstoß dahin gehend, dass es viele Beschwerden aus der Nachbarschaft gegeben habe und dass die Bevölkerung Höxters Homosexualität "aus christlichen Gewis-

---

<sup>241</sup> Auszug aus dem Geschäftsbericht des "Bundes für Menschenrecht" E.V. Sitz Berlin für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 1926. In: Blätter für Menschenrecht Nr. 5, Mai 1927 (5. Jg.), S. 9-19.

<sup>242</sup> Friedrich Radszuweit: Die Verfolgung der Homosexuellen beginnt! In: Das Freundschaftsblatt Nr. 1, 1925 (2. Jg.), S. 1/2. Unverständliche polizeiliche Maßnahmen gegen die Homosexuellen. In: Das Freundschaftsblatt Nr. 2, 1925 (3. Jg.), S. 1/2, 7. Tätigkeitsbericht des "Bundes für Menschenrecht" E.V. Sitz Berlin für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 1925. In: Blätter für Menschenrecht Nr. 4, April 1926 (4. Jg.), S. 3-11.

<sup>243</sup> Friedrich Radszuweit: Die Hamburger Polizei verbietet den Verkauf der Insel! In: Das Freundschaftsblatt Nr. 4, 1925 (3. Jg.), S. 1/2. Briefverkehr. Die Polizei in Hamburg. In: Der Eigene, Nr. 4, 1927 (11. Jg.).

<sup>244</sup> Friedrich Radszuweit: Vizepolizeipräsident Dr. Friedensburg gegen die Homosexuellen! In: Das Freundschaftsblatt Nr. 5, 1925 (3. Jg.), S. 1/2. Friedrich Radszuweit: Merkwürdige Ansichten im Ministerium des Innern über die Homosexuellen! In: Das Freundschaftsblatt Nr. 6, 1925 (3. Jg.), S. 1/2. Reichsinnenminister Dr. Külz und der Bund für Menschenrecht E.V. In: Das Freundschaftsblatt Nr. 46, 12.11.1926 (4. Jg.), S. 1.

<sup>245</sup> Friedrich Radszuweit: Die Polizei verbietet. In: Das Freundschaftsblatt Nr. 40, 7.10.1927 (5. Jg.), S. 1/2. Die Homosexuellen-Verfolgung seitens der Chemnitzer Polizei. In: Die Freundschaft Nr. 3, März 1928 (10. Jg.), S. 65-68. Otto Beruh: Zur Chemnitzer Homosexuellen-Verfolgung. In: Die Freundschaft Nr. 5, Mai 1928 (10. Jg.), S. 130.

sen heraus [...] ablehnend gegenübersteht".<sup>246</sup> Bereits im April 1932 hatte der *BfM* beklagt, dass der Bürgermeister von Wesel einen "Homosexuellen" aus der Stadt ausweisen wolle.<sup>247</sup>

Eine gewalttätige Begegnung zwischen Freundschaftsverbänden und Polizei ist aus Berlin überliefert, über die Paul Weber und Friedrich Radszuweit im *Freundschaftsblatt* berichteten. Am 5. Juli 1930 machte die Berliner Ortsgruppe des *BfM* eine Dampferfahrt zu einem Ausflugslokal, in dem sie einen Saal gemietet hatte. Zum Verhängnis wurde der Gruppe, dass auch die Polizeisportgruppe Berlin-Mitte, die mit dem ihr zugewiesenen kleineren Raum unzufrieden war, den vom *BfM* gemieteten Raum beanspruchte. Als der Dampfer des Freundschaftsvereins am Steg des Ausflugslokals anlegte, seien die Mitglieder des *BfM* von den Spalier stehenden Polizisten in Zivil "mit hämischen und beleidigenden Äußerungen überfallen" worden.<sup>248</sup> Ein Polizist habe sogar seine Hose heruntergelassen und sein blankes Hinterteil gezeigt, ein anderer habe an seinem Hosenschlitz gefingert und gerufen: "Bei mir Größe 8!" Die *BfM*-Mitglieder ließen sich nach eigenen Angaben nicht provozieren und zogen sich in den Saal zurück. Die Polizisten hätten im Laufe der Nacht mehrfach versucht, in den Saal des Bundes einzudringen, ihr Leiter, Major Sander, habe dort den größten Teil der Nacht zugebracht und sich geweigert, den Raum zu verlassen. Immer wieder sei es zu Provokationen durch Polizeibeamte gekommen, und "nur dadurch, daß unsere Freunde mehr Ruhe und Besonnenheit bewiesen als die Herren Beamten, sind schon vorher größere Schlägereien vermieden worden". Aus Angst vor Übergriffen habe der Wirt das "Überfallkommando" gerufen, denn der Toilettenpächter habe Gespräche der Polizisten mit angehört, aus denen hervorging, "daß die Beamten sich dafür rächen würden, daß ausgerechnet die Homosexuellen den schönen Saal erhalten". Major Sander habe veranlassen können, dass das Überfallkommando wieder abrückte, obwohl der *BfM* darum gebeten habe, dass die Polizisten im Dienst zum Schutze des *BfM* blieben, bis die Polizeisportgruppe das Lokal verlassen hätte. Als die Polizeisportgruppe schließlich um drei Uhr morgens ihren Dampfer bestiegen habe, hätten die *BfM*-Mitglieder endlich den Saal verlassen können. Der Polizeidampfer sei nun zurückgekehrt und die Polizeisportgruppe habe die *BfM*-Mitglieder verprügelt, im Schankraum randaliert und unter anderem auch die Wirtin des Lokals tätlich angegriffen. Es habe zahlreiche Verletzte gegeben. Weber schrieb: "Daß sich ein Teil unserer Leute zur Wehr setzte, ist selbstverständlich, denn schließlich haben ja nicht nur die Polizeibeamten das Recht zum Dreschen, sondern auch andere Leute."<sup>249</sup> Als das Überfallkommando das zweite Mal eintraf, seien die Polizisten mit ihrem Dampfer bereits fort gewesen. Das Überfallkommando sei nun mit entschiedener Härte gegen die *BfM*-Mitglieder vorgegangen, wodurch erneut mehrere von ihnen verletzt worden seien. Die prügelnden Polizisten hätten die Angabe ihrer Namen und Dienstnummern verweigert. Der *BfM* stellte Strafanzeige wegen Körperverletzung gegen die Polizeibeamten beider Gruppen und beschwerte sich beim Berliner Polizeipräsidenten.<sup>250</sup> Die tätlichen Angriffe hatten für die Polizisten kein Nachspiel, die Staatsanwaltschaft verfolgte die Straftaten nicht. Der *BfM* beklagte, ihm sei auch ein

<sup>246</sup> Paul Weber: Ein Deutscher wegen Homosexualität ausgewiesen. In: Das Freundschaftsblatt Nr. 3, 19.1.1933 (11. Jg.), S. 1/2. Paul Weber: Aus christlichem Gewissen – ausgewiesen. In: Das Freundschaftsblatt Nr. 4, 26.1.1933 (11. Jg.), S. 1/2.

<sup>247</sup> Dem Mann war die Verlängerung seiner Schankkonzession verweigert worden. Als sein Neffe eine entsprechende beantragte, teilte die Behörde mit, dass er sie nur erhalte, wenn sein Onkel die Stadt verlasse. Paul Weber: Der Bürgermeister von Wesel weist Homosexuellen aus der Stadt. In: Das Freundschaftsblatt Nr. 17, 28.4.1932 (10. Jg.), S. 1/2.

<sup>248</sup> Paul Weber: Haben die Schupobeamten die Homosexuellen planmäßig überfallen? In: Das Freundschaftsblatt Nr. 29, 17.7.1930 (8. Jg.), S. 1/2. Friedrich Radszuweit: Homosexuelle schlagen Polizeibeamte nieder! In: Das Freundschaftsblatt Nr. 30, 24.7.1930 (8. Jg.), S. 1/2.

<sup>249</sup> Paul Weber: Haben die Schupobeamten die Homosexuellen planmäßig überfallen? In: Das Freundschaftsblatt Nr. 29, 17.7.1930 (8. Jg.), S. 1/2.

<sup>250</sup> Eine ausführlichere Darstellung findet sich in: Micheler, Freundschaftsverbände 2001.

erheblicher publizistischer Schaden entstanden, da ein Großteil der Berliner Zeitungen "die Homosexuellen" als Schläger dargestellt und fortan nicht mehr positiv über die Arbeit des *BfM* berichtet habe.<sup>251</sup>

Zumindest in Berlin und Hamburg gab es jedoch auch eine kontinuierliche Zusammenarbeit des *BfM* mit der Kriminalpolizei hinsichtlich der Bekämpfung von Prostitution und Erpressungen, von der beide Seiten profitierten. In Berlin hatte die Kooperation schon während des Kaiserreiches begonnen, in Hamburg<sup>252</sup> wurde sie in den Anfangsjahren der Republik aufgenommen. Erpresser wurden gemeinsam ermittelt und Erpressungsoffer wurden betreut, man informierte sich gegenseitig und gab Fachwissen weiter; in Berlin gab es vereinzelt Schulungen für Polizeibeamte durch die Verbände der "homosexuellen Bewegung".<sup>253</sup> Einige führende Polizisten traten auch für die Abschaffung des § 175 ein. Hans von Tresckow, während des Kaiserreiches Leiter des Homosexuellen-Dezernates der Berliner Polizei, setzte sich allerdings erst, als er in den Ruhestand versetzt worden war, öffentlich für die Entkriminalisierung einvernehmlicher sexueller Handlungen zwischen erwachsenen Männern ein, hielt Vorträge und publizierte mehrfach in den Freundschaftszeitschriften.<sup>254</sup> Auch der Leiter des Sittendezernates der Hamburger Polizei, der Sozialdemokrat Rudolf Förster, setzte sich öffentlich für die Anerkennung der "anständigen Homosexuellen" ein. In einer im November 1932 veröffentlichten Broschüre betonte er, es sei falsch, Homosexualität mit Verbrechen zu verbinden.<sup>255</sup>

### Hilfe für gleichgeschlechtlich begehrende Menschen in Notlagen

In seinen jährlichen Rechenschaftsberichten hob Radszuweit neben der politischen und agitatorischen Arbeit unter der Überschrift "Humanitäres" diejenigen Tätigkeiten des Verbandes für einzelne Mitglieder und Nicht-Mitglieder hervor, die sich Rat suchend an den *BfM* gewendet hatten. Er nannte an konkreten Aktivitäten des Hauptvorstandes und der Ortsgruppen insbesondere die Hilfe bei Erpressungen und drohenden Verurteilungen nach § 175, aber auch Gespräche mit Familien und Arbeitgebern sowie Stellenvermittlung und materielle Unterstützung in Einzelfällen.

Rund 1.000 Erpressungsoffer wandten sich nach Radszuweits Angaben pro Jahr an den *BfM* mit Bitte um Unterstützung. Der Verband habe die ihm bekannt gewordenen Erpressungen, oft ohne Einschalten der Polizei, beendet. Wenn die Erpressungsoffer mit einer Kooperation mit der Polizei einverstanden gewesen seien, habe man auch zur Verurteilung der Erpresser beitragen können. Gleichzeitig verwies Radszuweit darauf, dass die Dunkelziffer der Erpressungen wohl wesentlich höher sei. Weit mehr als die Hälfte der jährlich mehreren Hundert nach § 175 angeklagten Männer bat den *BfM* um rechtliche Beratung und Rechtsbeistand. Dies ist nicht zuletzt ein Zeichen dafür, dass der *BfM* unter Männer

<sup>251</sup> Geschäftsbericht für das Jahr 1930. In: Blätter für Menschenrecht Nr. 3, März 1931 (9. Jg.), S. 5/6, Nr. 4, April 1931 (9. Jg.), S. 7-11.

<sup>252</sup> Freundschaftsbund Hamburg: Z.B. Vermischtes. In: Die Freundschaft, Nr. 23, [Juni] 1920 (2. Jg.), S. 3. Hamburger Gesellschaft für Sexualforschung: Vermischtes. In: Die Freundschaft, Nr. 26, [Juni] 1920 (2. Jg.), S. 3.

<sup>253</sup> Jens Dobler hat hierzu verschiedene Untersuchungen angestellt. Die beste Übersicht bietet: Dobler, Jens: Zum Verhältnis der Sexualwissenschaft und der homosexuellen Emanzipationsbewegung zur Polizei in Berlin. In: Ferdinand, Ursula / Pretzel, Andreas / Seeck, Andreas (Hg.): Verqueere Wissenschaft? Zum Verhältnis von Sexualwissenschaft und Sexualreformbewegung in Geschichte und Gegenwart, Münster: LIT 1998, S. 329-336.

<sup>254</sup> Dobler 1998, S. 329-336.

<sup>255</sup> Über Sexual-Delikte und sexuelle Triebrichtungen. Kurz gefaßte Erläuterung zum Dienstgebrauch für Beamte der Polizei, der Jugend-, Pflege- und Gesundheitsämter sowie für Lehrer und Erzieher. Von Kriminal-Oberinspektor Rudolf Förster, Hamburg (mit Genehmigung der vorgesetzten Behörde). Hamburg: Broschek & Co. 1932, S. 29-32. Für den Hinweis auf die Broschüre und die Rezension von Paul Weber danke ich Jens Dobler, Berlin. Zu Försters Rolle und zur Tätigkeit der Hamburger Kripo siehe ausführlich Kapitel IV.3.

begehrenden Männern sehr bekannt war. Der *BfM* erteilte Auskünfte und vermittelte in verschiedenen Städten versierte Anwälte, die auch zu ermäßigten Honoraren arbeiteten.<sup>256</sup> 1927 richtete der Verband eine eigene "Rechtsschutzabteilung" ein. Mitglieder, die monatlich 50 Pfennig in diese Kasse bezahlten, bekamen im Bedarfsfall einen Anwalt kostenlos gestellt.<sup>257</sup> Ausgenommen von der Hilfestellung waren Fälle wegen Erregung öffentlichen Ärgernisses, hier wurde nur beraten. 1929 sprach Radszuweit von bisher 8.500 Ratsuchenden, von denen 116 einen Verteidiger zu ermäßigtem Honorar und elf Mitglieder kostenlos gestellt bekommen hätten.<sup>258</sup> Mehrfach forderte der *BfM* dazu auf, sich vor Denunziationen, insbesondere durch neugierige ZimmervermieterInnen, in Acht zu nehmen.<sup>259</sup> In den letzten Jahren zeigte sich Radszuweit über die vielen Verurteilungen verärgert. Er betonte, dass die Männer sich die Anklage wegen ihrer eigenen "Dummheit" selbst zuzuschreiben hätten, denn jeder müsse doch wegen der Aufklärung in den Zeitschriften wissen, was strafbar sei und was nicht, und solle sich in seinen Aussagen danach richten. Auch Erpressungsoffer seien oft "selbst schuld", sie sollten die Erpresser nicht bezahlen, sondern anzeigen.<sup>260</sup>

Besonderen Wert scheint Radszuweit auf die Aussöhnung von Männer begehrenden Männern mit ihren Familien gelegt zu haben. Jährlich seien rund 100 Fälle an den Bund herangetragen worden, in den meisten Fällen habe man durch persönliche Gespräche mit den Eltern helfen können, in wenigen anderen Fällen hätten sich die wegen ihrer Homosexualität verschmähten Kinder selbst getötet. Auch in einigen Fällen, wo eine Kündigung durch den Arbeitgeber wegen Homosexualität erfolgt sei, habe man Hilfe leisten können. Bis 1929 habe man 120 Menschen aus "dem Sumpf der Prostitution gezogen". Von den rund 11.000 Bittstellern, die eine Arbeit in Berlin suchten, habe man nur wenigen helfen können.<sup>261</sup> Der Hauptvorstand warnte 1925 vor einem Zuzug nach Berlin, wie auch die Hamburger Ortsgruppe 1924 vor einem Umzug nach Hamburg warnte. In beiden Städten gebe es nicht genug Wohnungen und Arbeitsplätze, der Bund sei mit der Hilfestellung für diese Menschen überfordert.<sup>262</sup> Offensichtlich wollten viele gleichgeschlechtlich begehrende Menschen Mitte der 20er Jahre aus der Provinz in diese Großstädte ziehen. 1929 nannte Radszuweit insgesamt 83 Fälle, in denen der *BfM* mit Geld, Lebensmitteln und Kleidung unmittelbar Notleidenden geholfen habe.<sup>263</sup> Radszuweit erwähnte in seinem Rechenschaftsbericht von 1925 darüber hinaus auch, der Bund habe von Mai 1924 bis

<sup>256</sup> Auszug aus dem Geschäftsbericht des "Bundes für Menschenrecht" E.V. Sitz Berlin für das Geschäftsjahr 1924. In: Blätter für Menschenrecht Nr. 4, April 1925 (3. Jg.), S. 18-31. Tätigkeitsbericht des "Bundes für Menschenrecht" E.V. Sitz Berlin für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 1925. In: Blätter für Menschenrecht Nr. 4, April 1926 (4. Jg.), S. 3-11. Auszug aus dem Geschäftsbericht des "Bundes für Menschenrecht" E.V. Sitz Berlin für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 1926. In: Blätter für Menschenrecht Nr. 5, Mai 1927 (5. Jg.), S. 9-19.

<sup>257</sup> Ergebnisse des Bundestages. In: Das Freundschaftsblatt Nr. 17, 29.4.1927 (5. Jg.), S. 3/4.

<sup>258</sup> Friedrich Radszuweit: Zum zehnjährigen Bestehen des "Bund für Menschenrecht, E.V.", 1919-1929. In: Blätter für Menschenrecht Nr. 10, Oktober 1929 (7. Jg.), S. 12-30.

<sup>259</sup> Das VII. Stiftungsfest des Bundes für Menschenrecht E.V. In: Blätter für Menschenrecht Nr. 10, Oktober 1926 (4. Jg.), S. 8-14. Friedrich Radszuweit: Eine gerechte Strafe für einen Beleidiger. In: Das Freundschaftsblatt Nr. 10, 10.3.1932 (10. Jg.), S. 1/2. Friedrich Radszuweit: Was leisten wir. In: Blätter für Menschenrecht Nr. 3, März 1932 (10. Jg.), S. 3-5.

<sup>260</sup> Geschäftsbericht für das Jahr 1930. In: Blätter für Menschenrecht Nr. 3, März 1931 (9. Jg.), S. 5/6, Nr. 4, April 1931 (9. Jg.), S. 7-11.

<sup>261</sup> Friedrich Radszuweit: Zum zehnjährigen Bestehen des "Bund für Menschenrecht, E.V.", 1919-1929. In: Blätter für Menschenrecht Nr. 10, Oktober 1929 (7. Jg.), S. 12-30.

<sup>262</sup> Tätigkeitsbericht des "Bundes für Menschenrecht" E.V. Sitz Berlin für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 1925. In: Blätter für Menschenrecht Nr. 4, April 1926 (4. Jg.), S. 3-11. Geschäftsstelle Hamburg des B.f.M.: Warnung vor Zuzug nach Hamburg. In: Blätter für Menschenrecht Nr. 5, 14.3.1924 (2. Jg.), S. 6.

<sup>263</sup> Friedrich Radszuweit: Zum zehnjährigen Bestehen des "Bund für Menschenrecht, E.V.", 1919-1929. In: Blätter für Menschenrecht Nr. 10, Oktober 1929 (7. Jg.), S. 12-30.

März 1925 rund 9.500 Klagebriefe von einsamen "Artgenossen" erhalten, die ihr Herz ausschütten wollten, um damit die Notwendigkeit der Bildung weiterer Gruppen zu unterstreichen.<sup>264</sup>

Obwohl Radszuweit es in seinen Geschäftsberichten selten erwähnte, dürften die Ortsgruppen einen erheblichen Anteil an dieser Arbeit gehabt haben. Insbesondere diejenigen, die sich in den ersten Jahren der Republik gebildet hatten, führten ihre Beratungsangebote auch unter dem Dach des *BfM* durch. Darüber hinaus erscheint es völlig unwahrscheinlich, dass die Aufgaben vor Ort immer über die "Zentrale" in Berlin organisiert worden sind. Ein erheblicher Teil der Hilfestellung dürfte dezentral an den jeweiligen Orten erfolgt sein, denn hier traten die Probleme auf.

---

<sup>264</sup> Auszug aus dem Geschäftsbericht des "Bundes für Menschenrecht" E.V. Sitz Berlin für das Geschäftsjahr 1924. In: Blätter für Menschenrecht Nr. 4, April 1925 (3. Jg.), S. 18-31.

## 7. Die Entwicklung der *Freundschaft* und ihrer Nachfolgeblätter 1923-1933, Neugründung des DFV

Die *Freundschaft* verlor 1923 ihre Stellung als einzige bzw. führende Freundschaftszeitschrift an die *Blätter für Menschenrecht*. Als sie im Mai 1923 nach drei Monaten Pause wieder erschien, war sie kein offizielles Verbandsorgan mehr. Sie verstand sich nun zwangsweise als "unabhängiges Organ der ganzen Bewegung" und rächte sich am *BfM* für ihre Zurücksetzung dadurch, dass sie ihn in ihren Vereinsmitteilungen als reinen Geselligkeits- und Tanz-Klub darstellte.<sup>265</sup> Allerdings gab man Friedrich Radszuweit nach dessen Protesten die Gelegenheit zur Selbstdarstellung; offensichtlich war dies erforderlich, um den Anspruch, Organ für die ganze Bewegung zu sein, aufrechterhalten zu können.<sup>266</sup> Bis Juli 1923 erschien die *Freundschaft* in bekannter Form, allerdings nicht mehr wöchentlich, sondern 14-tägig. Ihr Redakteur war in dieser Zeit René Stelter, der vorher den *Uranos* betreut hatte. Ab September sollte die Zeitschrift monatlich herausgegeben werden, aufgrund der Hyper-Inflation erschien aber erst im Oktober eine Ausgabe. Offensichtlich wegen finanzieller Probleme infolge der Inflation erschien danach das nächste Heft erst im April 1924. Nicht zuletzt weil die *Freundschaft* über ein Jahr nur sehr selten und nicht regelmäßig erschien, konnten ihr Radszuweits *Blätter für Menschenrecht*, die zeitweise als einzige Freundschaftszeitschrift erschienen, den Rang ablaufen. Das Ende der alten *Freundschaft* hatte also auch zu einer Ausdifferenzierung des Zeitschriftenmarktes geführt, am Ende des Prozesses waren neue Zeitschriften entstanden, darunter Klientelblätter, die speziellere Zielgruppen bedienten.

Von April 1924 bis März 1933 erschien die *Freundschaft* als Monatsschrift. Sie wollte nun eher ein bildungsbürgerliches Publikum ansprechen, so überwogen literarische Beiträge, Buchrezensionen sowie Theater- und Filmbesprechungen, die gelegentlich durch politische Artikel ergänzt wurden. Daneben gab es Presseschauen und Leserbriefrubriken. Redakteur war bis zu seinem Tod im November 1930 Georg Plock. Danach entpolitisierte sich die Zeitschrift noch stärker, die Meldungen und Presseschauen verschwanden fast völlig. Zeitweise war die *Freundschaft* vermutlich nur im Abonnement zu erhalten,<sup>267</sup> Kleinanzeigen wurden aus Angst vor strafrechtlicher Verfolgung ab 1924 grundsätzlich nur an Abonnenten in einer Extra-Beilage verschickt. Über die Auflagenhöhe der *Freundschaft* seit Mai 1923 ist nichts bekannt, allerdings gibt es in der Ausgabe vom Juli 1927 einen Hinweis auf einen Abonnenten mit der Nummer 7.592.<sup>268</sup>

Drei Zeitschriften versuchten Mitte der 20er Jahre in die Fußstapfen der alten *Freundschaft* und in Konkurrenz zu den *Blättern für Menschenrecht* bzw. zu den anderen Zeitschriften des Radszuweit-Verlages zu treten: *Der Hellasbote* von Hans Kahnert-Janus<sup>269</sup> (1923/24), *Die Fanfare* von Ernst Wolfgang Curt Neuburger (1924/25) und die *Neue Freundschaft* von Max H. Danielsen (1928). Sie alle orientierten sich unmittelbar an Form, Gestaltung und Inhalt der *Freundschaft* der Jahre 1919 bis 1922. Alle drei Zeitschriften wurden von Personen herausgegeben, die dem ursprünglichen DFV nahe gestanden hatten bzw. führende Ämter in ihm bekleidet hatten. Sie standen in scharfer Konkurrenz zu den

<sup>265</sup> Adressen der Organisationen unserer Bewegung. In: Die *Freundschaft* Nr. 7, 5.5.1923 (5. Jg.), S. 8.

<sup>266</sup> Friedrich Radszuweit: Der Bund für Menschenrecht, e.V. In: Die *Freundschaft* Nr. 14, 11.8.1923 (5. Jg.), S. 13.

<sup>267</sup> So unter anderem ab August 1928, ob die Zeitschrift zu einem späteren Zeitpunkt wieder im Handel zu erhalten war, ist unklar. Verlag und Redaktion der "Freundschaft": Zu Beginn des elften Jahrgangs der "Freundschaft" 1929. In: Die *Freundschaft* Nr. 12, Dezember 1928 (10. Jg.), S. 300.

<sup>268</sup> Der Homoerot in der menschlichen Gesellschaft, Beitrag Nr. 30, M.H. (Nr. 7592). In: Die *Freundschaft* Nr. 7, Juli 1927, S. 197. Es ist allerdings unklar, ob es sich um fortlaufende Nummern handelte oder ob Nummern von Lesern, die ihr Abonnement gekündigt hatten, an neue Abonnenten vergeben wurden.

<sup>269</sup> Vermutlich handelte es sich bei "Janus" bzw. "Hans Janus" um ein Pseudonym von Hans Kahnert, das er im Laufe der Zeit offenlegte.

Zeitschriften des Radszuweit-Verlages und zum *BfM* und waren das Forum, in dem die Politik Radszuweits hauptsächlich kritisiert wurde. Wie in dessen Blättern nahmen die internen Konflikte auch hier einen großen Raum ein. Alle drei Projekte scheiterten nach kurzer Zeit, zum Teil aus finanziellen Gründen, zum Teil wegen der Zensur. Radszuweit seinerseits sah die Konkurrenzzeitungen als Blätter der "Gegner" an, diffamierte und bekämpfte sie entsprechend.

Der *Hellasbote* erschien von Mai bis September 1923 und von Januar bis Mai 1924 14-tägig, hatte sein Erscheinen also während der Hyper-Inflation eingestellt. In der ersten Ausgabe des *Hellasboten* vom 26. Mai 1923 erläuterte Hans Kahnert-Janus, dass dieser schon im März hätte erscheinen sollen, wegen fehlender Geldmittel sei ihm dies aber nun erst möglich geworden. Da die *Freundschaft* inzwischen wieder erscheine, sei eine weitere Zeitschrift eigentlich überflüssig, er realisiere das Projekt aber trotzdem, um das Vertrauen, das Geldgeber in ihn gesetzt hätten, nicht zu enttäuschen.<sup>270</sup> Mit dem Untertitel "Für freies Menschentum" knüpfte die Zeitschrift auch an den *Uranos* an, so war sie literarischer ausgerichtet als die alte *Freundschaft* und wandte sich nur an Männer, worin der Hauptunterschied zur alten *Freundschaft* zu sehen ist. Zu den Autoren gehörten neben dem Breslauer Bewegungsveteranen Ernst Bellenbaum unter anderem Magnus Hirschfeld, Kurt Hiller, Gerd Sand, Eduard Oskar Püttmann und Ferdinand Karsch-Haack, aber auch männerbündische Autoren wie St. Ch. Waldecke (Ewald Tscheck). Der *Hellasbote* war stark auf Berlin konzentriert, Hinweise auf Gruppen und Veranstaltungen in anderen Städten fehlten hier fast völlig. Über die Auflagenhöhe des *Hellasboten* ist nichts bekannt, er konnte sich aber offensichtlich nicht etablieren und steckte ständig in finanziellen Schwierigkeiten. Auch die Beschlagnahmung der Nr. 3 von 1924 ohne Angabe von Gründen durch die Staatsanwaltschaft<sup>271</sup> dürfte nicht zuletzt wegen der finanziellen Ausfälle zum schnellen Ende der Zeitschrift beigetragen haben.

Parallel zum *Hellasboten* erschien ab Januar 1924 wöchentlich auch *Die Fanfare*, die von Ernst Neuburger herausgegeben wurde, stark literarisch orientiert war und vermutlich dem Berliner *Theater des Eros*, einer Theatervereinigung Männer begehrender Männer, nahe stand. Wie der *Hellasbote* trug *Die Fanfare* den Untertitel "Für freies Menschentum" und war männerbündischen Positionen aufgeschlossener als die *Freundschaft*, obwohl sie auch Frauen als Leserinnen ansprechen wollte. Frauen publizierten jedoch weder im *Hellasboten* noch in *Die Fanfare*. Auch *Die Fanfare* war eher an Berliner Lesern orientiert,<sup>272</sup> versuchte aber, andere Städte einzubeziehen. Allerdings waren die Hinweise auf Lokale außerhalb Berlins zum Teil veraltet oder falsch. Warum sie neben den *Hellasboten* trat und was der konkrete Anlass ihres Eingehens war, ist unklar.<sup>273</sup> Die genannte Auflage von 10.000 bis 12.000 Exemplaren hätte ihre Existenz eigentlich sichern können, allerdings zeigen die häufigen Spendenaufrufe, dass auch die *Fanfare* ständig finanzielle Probleme hatte.

*Die Fanfare* verstand sich auch als Sprachrohr des im März 1925 wiedergegründeten *Deutschen Freundschaftsverbandes*, dementsprechend meldete sich auch Max H. Danielsen, neben dem ehemaligen Schriftführer des alten *DFV*, Arthur Liebenow, und dem ehemaligen Mitarbeiter der *Freundschaft*, Ernst Donath, einer der Neugründer, mehrfach in der Zeitschrift zu Wort.<sup>274</sup> Offensichtlich hatte sich Danielsen, der 1924 in den *BfM* publiziert hatte, inzwischen mit Radszuweit überworfen. Obwohl der *DFV* von Anfang an den Anspruch hatte, wieder eine reichsweite Vereinigung zu bilden, scheinen es in den ersten

<sup>270</sup> Janus: "Die Freundschaft". In: Der *Hellasbote* Nr. 1, 26.5.1923 (1. Jg.), S. 5/6.

<sup>271</sup> Die Redaktion: "Der *Hellasbote*" beschlagnahmt. In: Der *Hellasbote* Nr. 4, 1.3.1924 (2. Jg.), S. 26.

<sup>272</sup> Lediglich der *Club der Freunde*, Leipzig, wurde als Gruppe in einer anderen Stadt genannt.

<sup>273</sup> Die letzten Ausgaben lagen mir nicht vor.

<sup>274</sup> Mitteilungen des Freundschafts-Vereins Groß-Berlin. In: *Die Fanfare* Nr. 10, [März] 1925 (2. Jg.), S. 1.

Jahren nur Berliner Gruppen gewesen zu sein, die sich dem Verband anschlossen. Erst 1928, als Danielsen mit der *Neuen Freundschaft* eine eigene Wochenzeitschrift herausgab, die sich ab der vierten Ausgabe "Organ des Deutschen Freundschafts-Verbandes" nannte, wurden auch DFV-Gruppen in anderen Städten genannt, so in Leipzig, Dresden, Chemnitz, Liegnitz, Breslau, Königsberg und Wien.<sup>275</sup> Neben der *Neuen Freundschaft*, die nur ein halbes Jahr lang erschien, kann *Die Frauenliebe* bzw. die *Garçonne*, die ab 1926 als Zeitschrift für Frauen begehrende Frauen in Konkurrenz zu Radszuweits *Freundin* erschien, als weitere Quelle zur Geschichte des neugegründeten DFV herangezogen werden. Ab März 1929 nannte sie sich "Wochenschrift des Deutschen Freundschafts-Verbandes", berichtete aber schon ab Oktober 1928 über dessen Aktivitäten. Die Informationen über den DFV sind sowohl in der *Frauenliebe* als auch in der *Neuen Freundschaft* nur äußerst spärlich, denn die Verbandsnachrichten waren neben Kleinanzeigen in einem vermutlich nicht überlieferten internen Mitteilungsblatt enthalten, das den Exemplaren für Mitglieder beigelegt wurde.

Mitgliederzahlen des DFV wurden in den Zeitschriften nicht genannt, im Vergleich zu *BfM* dürfte er jedoch wesentlich kleiner gewesen sein. Der DFV scheint seinen Schwerpunkt eher im damaligen Mittel- und Ostdeutschland gehabt zu haben, wie die einzelnen Ortsgruppen zeigen, und unterhielt wie der *BfM* eine Geschäftsstelle in Berlin. Ob er ins Vereinsregister eingetragen wurde, geht aus den Berichten nicht hervor. Der DFV bestand mindestens bis Oktober 1932 und scheint zumindest ab Ende 1928 eng mit dem Verlag von Carl Bergmann in Berlin verbunden gewesen zu sein, in dem die *Neue Freundschaft* und die *Frauenliebe* erschienen. Ende 1928 übernahm Carl Bergmann den Verbandsvorsitz als Nachfolger von Max H. Danielsen.<sup>276</sup>

Im DFV scheinen relativ viele Frauen organisiert gewesen zu sein. So bestanden noch 1932 Frauengruppen in Berlin, Chemnitz und Zürich. In welchem Zahlenverhältnis männliche und weibliche Mitglieder zueinander standen, ist nicht überliefert, auch ist unbekannt, ob Frauen Ämter übernahmen. Zumindest für die Frauen dürften DFV und *BfM* fast gleichrangige Bedeutung gehabt haben.<sup>277</sup> Heike Schader kommt bei ihrer Untersuchung der von den beiden Verbänden herausgegebenen Zeitschriften für Frauen begehrende Frauen zu dem Ergebnis, dass auch hier eine scharfe Konkurrenz der Verbände bestand und die Verbände sich gegenseitig angriffen und diffamierten, die meisten der diffamierenden Artikel seien aber von Männern verfasst worden.<sup>278</sup>

Die Versuche, Ortsgruppen aus dem *BfM* in den DFV hinüberzuziehen, scheinen weitgehend gescheitert zu sein. Wie erwähnt, verwahrten sich auf dem Verbandstag des *BfM* Ostern 1928 in Hamburg die anwesenden Ortsgruppen des *BfM* gegen die "unzähligen Briefe [...] von den Unruhestiftern innerhalb der Bewegung", die sie aufgefordert hätten, sich vom *BfM* loszulösen.<sup>279</sup> Obwohl hier keine andere Organisation explizit genannt wird, liegt die Vermutung nahe, dass es sich um den DFV handelte, der Ortsgruppen und einzelne Mitglieder abwerben wollte.

*Neue Freundschaft* und *Frauenliebe* enthielten sowohl politische Berichte als auch Romane und Kurzgeschichten. Daneben spielten LeserInnenbriefe und Presseschauen eine wich-

<sup>275</sup> Neue Freundschaft Nr. 4, [Januar] 1928 (1. Jg.), Nr. 5, [Februar] 1928 (1. Jg.), Nr. 7, [Februar] 1928 (1. Jg.), Nr. 21, Juni 1928 (1. Jg.).

<sup>276</sup> Bericht von der Mitgliederversammlung und Vortrag des Damenklubs Violetta. In: *Frauenliebe* Nr. 49, [Dezember] 1928 (3. Jg.), S. 5. Hinweise auf Treffen der Damengruppen finden sich in: *Garçonne* Nr. 19, [September] 1932, S. 6. *Garçonne* Nr. 20/21, [Oktober] 1932, S. 14.

<sup>277</sup> Dies lässt sich zumindest aus den Ausführungen von Plötz und Schader schließen: Plötz 1999, S. 59-63. Schader 1997, S. 34-40. Schader 2000, S. 11.

<sup>278</sup> Schader 1997, S. 39/40.

<sup>279</sup> Paul Weber: Bericht vom Verbandstag 1928. In: *Blätter für Menschenrecht* Nr. 8/9, 23.4.1928 (6. Jg.), S. 2-4. Auch die Hamburger Ortsgruppe als eine der mitgliederstärksten trug diese Erklärung mit.

tige Rolle. Hauptautoren der *Neuen Freundschaft* waren Max H. Danielsen und Ferdinand Karsch-Haack. Inwieweit sich auch die Autorinnen der *Frauenliebe* mit der alten *Freundschaft* identifizierten, ist bisher unklar. Allerdings griffen sie mit dem Titel der Zeitschrift den Titel der ab März 1921 erscheinenden Frauenrubrik der *Freundschaft* auf. In der Zeit, in der die *Neue Freundschaft* erschien, gab es große inhaltliche Überschneidungen zwischen beiden Blättern, viele Artikel wurden in beiden veröffentlicht. Im Gegensatz zur Verbindung von Radszuweits *Freundschaftsblatt* und *Freundin* waren diese doppelt publizierten Artikel sowohl von Männern als auch von Frauen verfasst. Während in der *Frauenliebe* auch Männer publizierten, druckte die *Neue Freundschaft* auch Beiträge von Frauen ab. Die meisten Beiträge der *Frauenliebe/Garçonne* stammten auch in dieser Zeit der Kooperation von Frauen, männliche Autoren waren insbesondere Sexualwissenschaftler, Verbandsfunktionäre äußerten sich jedoch selten.<sup>280</sup>

Beide Zeitschriften wurden im Sommer 1928 auf die Liste für "Schund und Schmutz" gesetzt. Die RedakteurInnen vermuteten, dass ihre Zeitschriften einer Denunziation Friedrich Radszuweits bei der Prüfstelle zum Opfer gefallen seien. Radszuweit schwieg zu dieser Behauptung, die zuerst Adolf Brand aufgestellt hatte, betonte aber, dass seine Konkurrenzblätter zu Recht indiziert worden seien, da sie "schmutzig" seien.<sup>281</sup> Im Gegensatz zur *Neuen Freundschaft* überlebte die *Frauenliebe*, wohl auch durch ihre Umbenennung in *Garçonne*, das Aushangsverbot vom Sommer 1928. Die *Garçonne* wurde bis zur letzten Ausgabe von Redakteurinnen betreut, geriet also nie unter die Dominanz männlicher Verbandsfunktionäre wie die *Freundin*. Ihr Erscheinen musste 1932 offensichtlich wegen finanzieller Nöte eingestellt werden.<sup>282</sup> Ihre Auflagenhöhe scheint sie aber recht lange gehalten zu haben, *Sperlings Zeitschriften-Adressbuch* nennt für das Jahr 1931 noch eine Auflage von 8.000 Exemplaren, 1927 und 1928 hatte sie bei 10.000 gelegen.<sup>283</sup>

Abgesehen von der *Frauenliebe* waren alle genannten Zeitschriften keine Gefahr für die Dominanz des Radszuweit-Verlages. Während unklar ist, ob Friedrich Radszuweit tatsächlich versuchte, die Redakteure anderer Zeitschriften für seine Blätter anzuwerben, wie Ernst Neuburger behauptete,<sup>284</sup> traf der Vorwurf, Radszuweit habe andere Blätter massiv behindert, zu. So hatte er versucht, die Auslage von *Hellasbote* und *Fanfare* in Berliner Freundschaftslokalen zu verhindern, und auch in Bezug auf die *Neue Freundschaft* dort inserierenden Lokalen gedroht, ihnen Anzeigen in seinen Blättern zu verweigern, falls sie weiterhin bei der Konkurrenz annoncierten.<sup>285</sup> Obwohl entsprechende Schreiben dokumen-

<sup>280</sup> Durch die Doppelverwertung erschien auch ein Artikel von Adolf Brand in der *Frauenliebe*, den dieser wohl ursprünglich für die *Neue Freundschaft* verfasst hatte. Im Artikel war das Wort "Freundesliebe" durch "Freundinnenliebe" ersetzt worden, was ein geschultes Auge auch entdecken konnte. Ob Brand in diesen Abdruck eingewilligt hatte, ist unklar, es blieb jedenfalls sein einziger Artikel in der *Frauenliebe*. Allerdings verhielt sich der Anhänger der "männlichen Kultur" auch in Bezug auf seine eigenen Zeitschriften ambivalent, indem dort vereinzelt auch Frauen publizierten. Adolf Brand: § 175 und Reichstagswahlen. In: *Neue Freundschaft* Nr. 20, [Mai] 1928, S. 1/2. In: *Frauenliebe* Nr. 20, [Mai] 1928, S. 1/2.

<sup>281</sup> Max H. Danielsen: Der Demagoge für "Menschenrechte". In: *Neue Freundschaft* Nr. 27, [Juli] 1928, S. 1/2. In: *Frauenliebe* Nr. 27, [Juli] 1928, S. 1/2. Friedrich Radszuweit: An der Lüge erstickt. In: *Das Freundschaftsblatt* Nr. 26, 29.6.1928 (6. Jg.), S. 1/2. Versammlungen und Vorträge. In: *Eros* Nr. 8, [Sommer] 1928 (1. Jg.), S. 123/ 124. Vgl. Sternweiler, *Freundschaftsbünde* 1997, S. 101.

<sup>282</sup> Zur Geschichte der *Frauenliebe/Garçonne* siehe: Schader 1997, S. 21-31.

<sup>283</sup> *Sperlings Zeitschriften-Adressbuch*. Handbuch der deutschen Presse. Die wichtigsten Zeitschriften und politischen Zeitungen Deutschlands, Österreichs und des Auslandes. Hg. vom Börsenverein der Deutschen Buchhändler, Leipzig: Verlag des Börsenvereins der Deutschen Buchhändler, Stuttgart: Sperling, Nr. 53 = 1927, Nr. 54 = 1928, Nr. 57 = 1931.

<sup>284</sup> E.W.C. Neuburger: Zur Sache! In: *Die Fanfare* Nr. 51, [Dezember] 1924 (1. Jg.), S. 3/4.

<sup>285</sup> E.W.C. Neuburger: Wichtige Enthüllungen! In: *Die Fanfare* Nr. 44, [Oktober] 1924 (1. Jg.), S. 1/2. Max H. Danielsen: Die Wahrheit über den Bund für Menschenrecht. In: *Neue Freundschaft* Nr. 13, [April] 1928 (1. Jg.), S. 1/2.

tiert wurden, bestritt Radszuweit in seinen Zeitschriften die Vorwürfe.<sup>286</sup> Janus bezeichnete Radszuweit als Diktator, da er aus der Berliner Ortsgruppe alle Leser von *Hellasbote* und *Freundschaft* ausschließen wolle; ob dieser Vorwurf zutrifft, ist nicht zu klären.<sup>287</sup> Fest scheint aber zu stehen, dass Radszuweit sehr entschlossen war, keine Konkurrenz aufkommen zu lassen. Diese Strategie ging – unabhängig davon, ob Radszuweits Beitrag hierzu entscheidend war – letztlich auf, außer der *Freundschaft* und dem *Eigenen* als bildungsbürgerlichen Klientelzeitschriften konnte sich keine andere Zeitschrift für Männer begehrende Männer neben den Blättern des Radszuweit-Verlages behaupten.

---

<sup>286</sup> Friedrich Radszuweit: Schlußwort zu dem Artikel "Der Krebschaden in der homosexuellen Bewegung". In: Die Insel [Das Freundschaftsblatt] Nr. 2, 9.1.1925 (3. Jg.), S. 2, 7/8.

<sup>287</sup> Janus: Menschenrecht??? In: Der Hellasbote Nr. 3, 23.6.1923 (1. Jg.), S. 23.

## 8. Freundschaftslokale und andere Treffpunkte

Neben den Zeitschriften und Verbänden waren insbesondere die Lokale gleichgeschlechtlich begehrender Menschen wichtige Foren einer eigenen Öffentlichkeit. Die Lokale waren neben ihrer primären Funktion als Vergnügungsstätten auch eine niedrigschwelligere Möglichkeit, andere gleichgeschlechtlich begehrende Menschen kennen zu lernen, als die Verbände, die auch Wert auf politisches Engagement legten. Die Lokale waren in erster Linie ein Freiraum, der viele Möglichkeiten bot, nicht zuletzt die Begegnung mit anderen gleichgeschlechtlich begehrenden Menschen.

In vielen Großstädten wurden während der Weimarer Republik zahlreiche Lokale eröffnet worden. In einigen Städten wie Berlin und Hamburg hatten jedoch schon während des Kaiserreiches eigene Lokale existiert, hier kamen während der Weimarer Republik zahlreiche neue hinzu. Die Zahl der Lokale korrespondierte mit der Größe der Stadt, so gab es in Berlin über 100 von ihnen, in Hamburg rund 30 und in Köln rund 20, während in kleineren Großstädten nur ein oder zwei Lokale bestanden. In einigen Städten gab es Versuche der Polizei, die Eröffnung von Lokalen zu verhindern: Aus Düsseldorf sind Drohungen, die Schanklizenzen zu entziehen, bekannt, in Berlin gab es Auseinandersetzungen über die Verlängerung der Sperrstunde.<sup>288</sup> Zur Wahrung ihrer Interessen hatten sich aber nur die Berliner Lokal-Inhaber zu einer eigenen Vereinigung zusammengeschlossen.

Über die meisten Freundschaftslokale, die es im Deutschen Reich gab, ist nicht viel bekannt. Meistens ist nur ihr Name, ihr Besitzer / ihre Besitzerin und Betreiber/Betreiberin oder ihre Adresse überliefert. Von den wenigsten Lokalen gibt es Abbildungen, und auch Berichte über sie liegen kaum vor. In den Freundschaftszeitschriften wurde gelegentlich über einzelne Lokale informiert. Die Informationen beschränkten sich aber meist auf Neueröffnungen, Umbauten, Besitzerwechsel oder darauf, ob in ihnen getanzt werden konnte.<sup>289</sup> Die Anzeigen der Lokale in den Zeitschriften vermitteln darüber hinaus Informationen zu bestimmten Veranstaltungen oder regelmäßigen Programmen. Gelegentlich finden sich auch Schilderungen in Interviews und Autobiographien, es handelt sich aber meist um Einzelfälle, die nicht mit anderen Quellen kontrastiert werden können.

Obwohl die "mondäne Welt" der Berliner "Homosexuellen-Lokale" oft in der Forschungsliteratur angeführt wird, gibt es selbst zu den Berliner Lokalen nur wenige Untersuchungen bzw. Darstellungen. Adele Meyer hat 1981 die Veröffentlichung Ruth Margarete Roelligs *Berlins lesbische Frauen* von 1928 wieder herausgegeben, in der Roellig unter anderem die Welt der lesbischen Lokale ausführlich beschreibt.<sup>290</sup> Unter der Überschrift "Schwules Selbstbewußtsein" hat Andreas Sternweiler 1997 unter anderem die gemischten und die eher an einem Männerpublikum orientierten Berliner Lokale der Weimarer Republik vorgestellt. Hierfür hat er insbesondere Curt Morecks *Führer durch das lasterhafte Berlin* von 1930 herangezogen. Sternweiler zeichnet ein vielfältiges Bild der Berliner Subkultur mit Lokalen in unterschiedlichen Stadtteilen für unterschiedliche Zielgruppen. So gab es in Berlin Lokale für die "gehobene Gesellschaft", aber auch für Arbeiter, Lokale, in denen einige Männer Frauenkleidung trugen sowie eigene Transvestitenlokale. Die Berliner Bälle seien nicht nur in Deutschland, sondern in der ganzen Welt nachgeahmt worden.<sup>291</sup> Diese Vielfalt der Berliner Lokale hatte Hirschfeld bereits während

<sup>288</sup> Friedrich Radszuweit: Zum zehnjährigen Bestehen des "Bund für Menschenrecht, E.V.", 1919-1929. In: Blätter für Menschenrecht Nr. 10, Oktober 1929 (7. Jg.), S. 12-30.

<sup>289</sup> Nach Auskunft von Heike Schader gab es in den Frauenzeitschriften darüber hinaus regelmäßig Berichte über Veranstaltungen in den Damen-Clubs.

<sup>290</sup> Meyer, Adele (Hg.): Lila Nächte. Die Damenklubs der Zwanziger Jahre, Köln: Frauenbuchverlag Zitronenpresse 1981. Überarbeitete Neuherausgabe: Meyer, Adele (Hg.): Lila Nächte. Die Damenklubs im Berlin der Zwanziger Jahre, Berlin: Edition Lit.europe 1994. Original: Roellig, Ruth Margarete: Berlins lesbische Frauen. Leipzig: Bruno Gebauer Verlag für Kulturprobleme 1928.

<sup>291</sup> Sternweiler, Andreas: Schwules Selbstbewußtsein. In: Goodbye to Berlin? 100 Jahre Schwulenbewegung.

des Kaiserreiches beschrieben, das dort Geschilderte lässt sich zu großen Teilen auf die Weimarer Republik übertragen.<sup>292</sup> Nicht nur in den Berliner Lokalen, sondern auch in denen anderer Städte gab es Tanzgelegenheiten und Show-Programme. Aus den Anzeigen in den Freundschaftszeitschriften geht hervor, dass es einen Austausch der KünstlerInnen – SängerInnen, MusikerInnen und TänzerInnen – zwischen Berlin und anderen Städten gab.

Der englische Schriftsteller Stephen Spender, der sich 1929 in Hamburg aufhielt, vermittelt in seinem erst 1988 erschienenen, stark autobiographischen Roman *The Temple* einen Eindruck des größten der Hamburger Freundschaftslokale, *Zu den drei Sternen*: "But for some rough wooden chairs and tables, it was unfurnished. It had the air of a *louche* Parish Hall with a platform at one end on which a band of untalented musicians were playing jazz. Couples danced cheerfully. There were some freakish youths in women's dress. Rolling their eyes, they went from table to table, chucking men under the chin, shouting lasciviously inviting obscenities at them. At some tables there sat perfectly respectable, better-dressed citizens, bourgeois husbands and wives, who seemed to have strayed in here by chance (but perhaps everyone was here for a reason). Seemingly unaware of the depravity surrounding them, when approached by the macaw-like transvestites they nodded their heads and smilingly rejected their screeching calls. Leaning against the wall, or standing talking to one another near the orchestra, there were working boys wearing cloth caps, and a few sailors. There was a curious solemnity about them, as though they moved in another time and place. [...] The room was incandescent. Always reminded of pictures, Paul thought of Van Gogh's canvas of men playing billiards in a brilliantly lit hall in Arles."<sup>293</sup> In seiner Autobiographie *World in a World*, die 1951 erschien, schilderte er das Lokal mit ähnlichen Worten, allerdings weniger ausgeschmückt.<sup>294</sup> Darüber hinaus beschrieb Spender das Auftreten von männlichen Prostituierten im Lokal und die Angst von gut situierten Menschen vor Polizisten in Zivil.

Im Gegensatz zu Berlin scheint es in Hamburg wie auch in anderen Städten keine klassenspezifischen Lokale oder eigene Bars für Transvestiten gegeben zu haben. Die Subkultur war hier weniger ausdifferenziert, und unterschiedliche Gruppen mischten sich stärker. Zumindest in Berlin und Hamburg gab es eigene Lokale Frauen begehrender Frauen und eigene Damenabende in den Lokalen.<sup>295</sup> Lokale mit Räumlichkeiten, in denen die BesucherInnen Sex haben konnten, gab es in der Weimarer Republik hingegen nicht. Gelegentlich wurden jedoch in einzelnen Lokalen, insbesondere in "Stricher-Lokalen", sexuelle Handlungen auf Toiletten vorgenommen,<sup>296</sup> was vermutlich in vielen Lokalen nicht gern gesehen war, da dies sowohl den Ruf der Lokale schädigen als auch als "Kuppelei" ausgelegt werden konnte.

Während der Weimarer Republik wurden "einige der mondänen Lokale des Berliner Westens [...] von den heterosexuellen Nachtschwärmern entdeckt und Bestandteil des allgemeinen Nachtlebens".<sup>297</sup> Dies kritisierte Friedrich Radszuweit scharf. 1927 warnte das *Freundschaftsblatt* unter der Überschrift "Das perverse Berlin" vor dem Besuch be-

---

Eine Ausstellung des Schwulen Museums Berlin und der Akademie der Künste, 17. Mai bis 17. August 1997, Berlin: Verlag rosa Winkel 1997, S. 123-128.

<sup>292</sup> Hirschfeld, Magnus: *Berlins drittes Geschlecht*, Berlin / Leipzig: Verlag von Hermann Seemann Nachfolger 1904. Neuausgabe des Textes: Hirschfeld, Magnus: *Berlins drittes Geschlecht*. Herausgegeben und mit einem Nachwort versehen von Manfred Herzer, Berlin: Verlag rosa Winkel 1991, u.a. S. 103-112.

<sup>293</sup> Spender, Stephen: *The Temple*. London / Boston: Faber and Faber 1988, S. 74/75.

<sup>294</sup> Spender, Stephen: *Welt in der Welt. Eine Autobiographie*, München / Zürich: Pieper 1992 (engl. London 1951, dt. Erstausgabe Frankfurt a.M. 1952).

<sup>295</sup> Dies zeigen Anzeigen und Veranstaltungsankündigungen in den Freundschaftszeitschriften. Entsprechend äußerten sich auch Zeitzeuginnen gegenüber Ilse Kokula. Kokula, Ilse: *Jahre des Glücks, Jahre des Leids*, Kiel: Frühlings Erwachen 1986.

<sup>296</sup> In den 30er Jahren berichteten mehrere Männer in Verhören bei der Hamburger Polizei darüber. Z.B. Rep. 9484/36, 1040/38, 6025/38.

<sup>297</sup> Sternweiler, Selbstbewußtsein 1997, S. 127.

stimmter Lokale, die in Berlin wie Pilze aus dem Boden schössen und primär den Voyeurismus der gesellschaftlichen Oberschicht befriedigen sollten: "Diese Lokale werden von der sogenannten Crème der Gesellschaft besucht, die sich die entarteten und verkommenen Geschöpfe, die in den meisten Fällen mit Homosexualität nichts zu tun haben, ansehen wollen, die dort in der Kleidung des anderen Geschlechts, also Männer in Weiberkleidung und Weiber in Männerkleidung, umherlaufen und eine ganze Menschenklasse (die anständigen Transvestiten) in Mißkredit bringen." Der Besuch dieser Lokale, wie etwa des *Eldorado* in der Lutherstraße, eines der bekanntesten Lokale der deutschen Hauptstadt, sei auch gefährlich: Es gebe Fälle, in denen Personen dort von ihren Vorgesetzten als "Homosexuelle" identifiziert und daraufhin entlassen worden seien, und Geschäftsinhaber hätten keine Kunden mehr, weil sie dort gesehen worden seien und sich der Tratsch in ihrer Kundschaft verbreitet habe.<sup>298</sup> Folgt man Stephen Spenders Schilderung, scheinen auch in Hamburg "Heterosexuelle" in den Lokalen verkehrt zu haben, zumindest im *Zu den drei Sternen*, Kritik daran scheint es hier nicht gegeben zu haben. Ob auch in anderen Städten "Heterosexuelle" die Lokale besuchten, ist bisher ungeklärt.

1929 warnte das *Freundschaftsblatt* vor neuen Lokalen in Berlin, die von "Heterosexuellen" betrieben würden. Es gebe keine Notwendigkeit zur Eröffnung neuer Lokale, da genug vorhanden seien, deren Wirte "zu uns" gehörten. Heterosexuelle Gastwirte, deren Lokale nicht gut liefen, wollten nur ein Geschäft mit den Homosexuellen machen, hinter deren Rücken machten sie sich nur über diese lustig.<sup>299</sup> Möglicherweise machte sich das *Freundschaftsblatt* hier primär zum Anwalt bestehender Lokale, die Konkurrenz fürchteten. Schon 1927 wurde in der Zeitschrift beklagt, dass neue "Homosexuellen-Lokale", die von "Heterosexuellen" betrieben würden, eine verlängerte Tanzerlaubnis erhielten, die bestehenden Lokalen verweigert würde. 1929 forderte dasselbe Blatt, Polizei und Steuerbehörde sollten gegen diese "zweideutigen" Lokale vorgehen. Da das *Freundschaftsblatt* die Annahme von Inseraten der neuen Lokale ablehnte und das "Verteilen von Propagandazetteln" für diese in anderen Lokalen unterbunden wurde, mussten deren Wirte zwangsläufig in der Tagespresse inserieren, was ihnen dann aber als das Anlocken heterosexueller BesucherInnen ausgelegt wurde.

Neben den Lokalen dienten Männer begehrenden Männern auch Theater und Bäder als Orte des Kennenlernens. Möglicherweise war für viele die Hemmschwelle geringer, ein Theater oder Bad aufzusuchen, als ein Lokal. In kleineren Städten dürften Theater die einzigen Treffpunkte Männer begehrender Männer gewesen sein, die nicht explizit sexuell aufgeladen waren. Oft bestanden in kleineren Städten nur anonyme Treffpunkte wie öffentliche Toiletten ("Klappen"), Parks oder der Bahnhof, wo man andere Männer kennen lernen konnte und die auch die Möglichkeit zum schnellen unverbindlichen Sex boten. An diesen Orten verkehrten auch Männer, die sich nicht als "Homosexuelle" wahrnahmen oder die Lokale aus Angst vor Entdeckung mieden, aber trotzdem sexuelle Kontakte zu Männern suchten. Gleichzeitig boten sich hier viele Stricher zum Geschlechtsverkehr an. Kontakt konnte auch durch "Kritzeleien" an den Wänden der Toiletten hergestellt werden.<sup>300</sup> Der Historiker Jürgen Müller charakterisiert diese Orte wie folgt: "Durch die strikte Trennung der sexuellen Bedürfnisse vom privaten Lebensumfeld bildeten sich im halböffentlichen Bereich der Gesellschaft 'Orte anonymer Lust'. [...] Diese Orte ermöglichen die Kontaktabahnung bei gleichzeitiger Wahrung der Anonymität und garantieren die Unauffälligkeit des Unterfangens", da PassantInnen die speziellen Verständigungscodes, zumeist nonverbale Kommunikationsmuster, nicht zugänglich seien.<sup>301</sup> Allerdings konnte die Unauffälligkeit nur so lange gewahrt werden, wie die Beteiligten sich dezent

<sup>298</sup> X.: Das perverse Berlin. In: Das Freundschaftsblatt Nr. 10, 11.3.1927 (5. Jg.), S. 1/2.

<sup>299</sup> Friedrich Radszuweit: Warnung – Unfug. In: Das Freundschaftsblatt Nr. 16, 19.4.1929 (7. Jg.), S. 1/2.

<sup>300</sup> Z.B. Rep. 2111/37.

<sup>301</sup> Müller 2003, S. 108.

verhielten. So konnte durch "Kontaktgesuche" in Bedürfnisanstalten und dortigen halb-öffentlichen Sex schnell vielen Männern deutlich werden, wozu diese Orte auch dienten. Aus Berlin und Hamburg ist überliefert, dass Straßen und Parks, aber auch der Hamburger Bahnhof öffentlich als Treffpunkte "Homosexueller" bzw. männlicher Prostituirter bekannt geworden waren. Dementsprechend zogen die Zeitschriften und Verbände gegen die Orte anonymen Sexes vehement zu Felde, da sie nach deren Auffassung dem Bild der "Homosexuellen" in der Öffentlichkeit schaden. Trotzdem verkehrten auch einige Verbandsfunktionäre hier.<sup>302</sup>

---

<sup>302</sup> Justizbehörde Hamburg: Akten der Staatsanwaltschaft beim Landgericht Hamburg, Amtsgerichtsserie 1930-35, Reponierungsnummer 14643/31, im Folgenden Rep.

## 9. Öffentliche Wahrnehmung der "Homosexuellen"

Während der Weimarer Republik war Homosexualität ein Gegenstand öffentlicher Debatten. Nicht nur in den Fachorganen der Medizin, Psychologie, Polizei, Justiz, Kirchen und Jugendfürsorge wurde über ihre "Ursachen", den Sinn und Unsinn ihrer Bestrafung, ihre Moral und Unmoral und ihren Nutzen oder Schaden für die Gesellschaft debattiert, sondern auch die Tages- und Wochenpresse beschäftigte sich mit Homosexualität, vornehmlich mit männlicher. Die Präsenz von Homosexualität war auch ein Ergebnis der Forderungen der "homosexuellen Bewegung" und ihrer Aufklärungsarbeit. Gleichgeschlechtlich begehrenden Männern und Frauen war es möglich, Positionen in öffentlichen Diskursen einzunehmen und zu besetzen. Die Freundschaftszeitschriften dokumentierten die Dichte des öffentlichen Diskurses durch zahlreiche Auszüge aus anderen Zeitungen, durch Artikel, die sich kritisch mit der Berichterstattung auseinandersetzen, aber auch durch den Abdruck von Briefen an einzelne Presseorgane. Darüber hinaus erhoben sie mit ihren eigenen Publikationen eine laute Stimme in den öffentlichen Debatten, die von zahlreichen Medien gehört und weitervermittelt wurde.

Die Presseschauen und Darstellungen in den Freundschaftszeitschriften zeigen, dass die Berichterstattung in der Presse sehr unterschiedlich war. Sie reichte von der Diffamierung gleichgeschlechtlich begehrender Menschen als Kriminelle, Sünder und Verbrecher, meist in der rechten Presse, bis hin zu Bemitleidung und zur Unterstützung einzelner Forderungen der "homosexuellen Bewegung", insbesondere in der liberalen und linken Presse, die aber zum Teil "Homosexuelle" auch diffamierte. Die Repräsentanz von Homosexualität in Fachdiskursen der Kriminologie, Justiz, Sexualwissenschaft und Medizin reichte gleichfalls von diffamierenden Darstellungen bis hin zu wohlwollenden. Eine positive Bejahung von Homosexualität fand sich jedoch selten in den Medien.

Das weite Spektrum der politischen und gesellschaftlichen Einstellungen zur Homosexualität lässt sich schon 1919 an der Bewertung des Aufklärungsfilm *Anders als die Andern* – § 175 von Richard Oswald und Magnus Hirschfeld ablesen. Der Film erreichte trotz Störungen durch reaktionäre Kräfte und trotz der Zensur in Teilen der Republik sehr viele Menschen, und wurde in der Presse breit diskutiert,<sup>303</sup> Der Film wurde sowohl in der regionalen und überregionalen Tagespresse als auch in Filmzeitschriften ausführlich besprochen. Während etwa das DDP-nahe *Hamburger Fremdenblatt*, eine reichsweit erscheinende Zeitung, den Film ob seiner Sachlichkeit und seines Einfühlungsvermögens lobte und schrieb: "Derartige Aufklärung muß [man] begrüßen, denn es handelt sich ja nicht darum, daß die 'Anderen' Gegenstand unserer Begeisterung, [...] sondern lediglich unseres Mitleids werden sollen",<sup>304</sup> diffamierten rechte Kreise den Film als "unsittlich" und forderten die Wiedereinführung der Zensur.<sup>305</sup>

Eine große Bandbreite der Darstellung von männlicher Homosexualität – von moralischer Verdammung bis hin zum Bemitleiden und vereinzelt auch Akzeptanz – findet sich auch in der Berichterstattung über den Fall des Hannoveraner Serien-Sexualmörders Fritz Haarmann. Die Hamburger Presse berichtete, wie auch die überregionale Presse und

<sup>303</sup> Allein in Hamburg wurde der Film in mindestens vier Zeitungen besprochen. L. B. In: Neue Hamburger Zeitung, 18.8.1919. C. Wgr. In: Hamburger Volkszeitung, 18.8.1919. k. In: Generalanzeiger für Hamburg-Altona, 19.8.1919. Theater, Kunst und Wissenschaft. Besprechung von "Anders als die Andern" von amw. In: Hamburger Fremdenblatt, Abendausgabe, 20.8.1919, S. 8.

<sup>304</sup> Theater, Kunst und Wissenschaft. Besprechung von "Anders als die Andern" von amw. In: Hamburger Fremdenblatt, Abendausgabe, 20.8.1919, S. 8.

<sup>305</sup> Zahlreiche Pressestimmen wurden im Jahrbuch für sexuelle Zwischenstufen abgedruckt: Aus der Bewegung. In: Jahrbuch für sexuelle Zwischenstufen, 1919 (19. Jg.), S. 2-48. Siehe zum Film ausführlich: Belach/Jacobsen 1990. Steakley 1996. Theis 1984. Zum Kontext siehe auch: Hagener, Malte (Redaktion): Geschlecht in Fesseln. Sexualität zwischen Aufklärung und Ausbeutung im Weimarer Kino 1918-1933, München: edition text + kritik 2000.

andere Lokalzeitungen, ausführlich über die Ermittlungen im Sommer 1924 und den Prozess im Dezember desselben Jahres. Dabei finden sich selbst innerhalb einer Zeitung Beiträge mit unterschiedlicher Bewertung. In einem Teil der Artikel wird betont, dass "Homosexuelle" an sich als "besonders friedfertige und liebenswürdige Menschen" gälten und dass es sich um den ersten Fall eines mordenden "homosexuellen Sadisten" in der Kriminalgeschichte handele.<sup>306</sup> So wurde auch folgende Aussage des Berliner Kriminaloberinspektors Heinrich Kopp, der zu den Ermittlungen hinzugezogen worden war, wiedergegeben: "Man habe die Taten ernsthaft den Homosexuellen zur Last gelegt. Die Homosexuellen hätten aber damit ebensoviel oder ebensowenig zu tun, wie die Heterosexuellen mit dem Massenmörder Großmann."<sup>307</sup> In anderen Beiträgen – nicht nur in Hamburger Zeitungen – wurden "Lustmorde" und Homosexualität miteinander verbunden und der Fall genutzt, Homosexualität oder gar die gelockerte Sexualmoral in der Weimarer Republik zu diffamieren. So wurden beispielsweise in den deutschnationalen *Hamburger Nachrichten* zehn von der Polizei in Hannover verhaftete Männer begehrende Männer als Haarmanns "homosexuell veranlagte Genossen" bezeichnet und damit als angebliche Mittäter bzw. gefährliche Sexualstraftäter hingestellt.<sup>308</sup> In einem abschließenden Bericht zum Prozess hieß es gar: "Als vor Monaten die Schandtaten dieser Bestie in Menschengestalt ruchbar, die Knochen und Schädel aus der Leine gesichtet wurden, packte ein Grauen die Allgemeinheit, und man fragte sich bestürzt, wie es möglich war, daß ein solches Ungeheuer lange Zeit ungestört unter der heranwachsenden Jugend unseres Volkes wüten konnte, ein Verwüster von Moral und jungem keimenden Leben. Nur die Verwilderung, die nach dem Umsturz bei uns eingesetzt hat, die Zügellosigkeit, die der Marxismus überall in Schule, Kunst und im Gemeinleben förderte, gab dafür eine Art Erklärung." Das "Scheusal Haarmann" sei ein Warnzeichen zur Abkehr von "der Zügellosigkeit und der Verwilderung der Sitten, von der schamlosen Verhetzung und dem frevelhaften Wüten Deutscher gegen Deutsche [...]".<sup>309</sup> Aber auch in einigen sozialdemokratischen und kommunistischen Blättern im ganzen deutschen Reich wurde Homosexualität mit Gewaltverbrechen verbunden.<sup>310</sup>

Der Kampf um die öffentliche Meinung war ein zentrales Anliegen der Freundschaftszeitschriften und Freundschaftsverbände. Zahlreiche Autoren der Freundschaftsblätter sahen in der allgemeinen Presse eine der Hauptschuldigen an der gesellschaftlichen Diskriminierung der "Homosexuellen", weil sie nur über deren Verfehlungen berichte und Homosexualität so ständig mit Verbrechen in einen Zusammenhang stelle.<sup>311</sup> Beispielsweise schrieb Heinz Bormann in der *Freundschaft*, das Bild der Gesellschaft von der Gleichgeschlechtlichkeit sei durch die Presse geprägt, die nur über Verfehlungen wie Prostitution, Aufdringlichkeit und Verführung berichte, diese es aber bei den "Normalsexuellen" "genau so" gebe.<sup>312</sup> Friedrich Radszuweit gab der Presse eine Mitschuld an den zahlreichen Selbsttötungen gleichgeschlechtlich begehrender Menschen und forderte 1923:

<sup>306</sup> Der Fall Haarmann. In: *Hamburger Anzeiger*, 17.7.1924, Zweite Beilage, o. P. (1. Seite).

<sup>307</sup> Der Fall des Massenmörders Haarmann. Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung. In: *Hamburger Nachrichten*, 20.7.1924, Morgenausgabe, S. 2. Der Schlachter Georg Karl Großmann brachte 1921 in seiner Wohnung in Berlin vermutlich über 20 weibliche Prostituierte nach sexuellen Handlungen um, zerlegte ihre Leichen und verkaufte sie als Schweinefleisch. Nur drei Morde konnten ihm nachgewiesen werden. Er wurde im August 1921 verhaftet und 1931 hingerichtet.

<sup>308</sup> Provinz Hannover. Ein siebenfacher Lustmörder. In: *Hamburger Nachrichten*, 3.7.1924, Morgenausgabe, S. 3.

<sup>309</sup> Das Todesurteil gegen Haarmann und Grans. [Drahtmeldung, wtb]. In: *Hamburger Nachrichten*, 19.12.1924, Morgenausgabe, S. 3.

<sup>310</sup> Eisler 1980, S. 102-106.

<sup>311</sup> Cuparius fucus: Wir im Urteil der Masse. In: *Die Freundschaft* Nr. 11, [März] 1920 (2. Jg.), S. 1/2.

<sup>312</sup> Heinz Bormann: Warum steht die Allgemeinheit der Gleichgeschlechtlichkeit so ablehnend gegenüber? In: *Die Freundschaft* Nr. 1, Januar 1927 (9. Jg.), S. 2-4.

"Die Presse soll die Kulturträgerin, die Lichtspenderin sein, die die Aufklärung in die Massen hineinträgt; die ankämpft gegen Unrecht und Unwissenheit, gegen Gedankenlosigkeit und Heuchelei. Wo ist die Presse, die endlich den Mut findet, der Öffentlichkeit zu verkünden, daß den homosexuellen Menschen dauernd Unrecht geschieht durch die Beibehaltung des § 175? Wo ist die Presse, die als Lichtspenderin die Aufklärung über das homosexuelle Problem in die Massen des Volkes trägt?"<sup>313</sup>

Insbesondere die zahlreichen Sensationsblätter im ganzen Reich diffamierten gleichgeschlechtlich begehrende Menschen. Bereits in der ersten Ausgabe der *Freundschaft* beklagte sich ein Autor über die Skandalpresse der Reichshauptstadt,<sup>314</sup> ihm pflichteten andere bei: "Wenn die Berliner Skandalblätter ihre Bezugspreise erhöhen und infolgedessen gesteigerte Sensationen brauchen, bringen sie etwas über Homosexualität. Das ist jetzt Mode und zieht anscheinend."<sup>315</sup> Am schärfsten kritisierte Max H. Danielsen 1922 die Skandalpresse: "Die Dummheit in Deutschland ernährt eine Reihe von sogenannten Skandalblättern. Diesen mangelt es oft an dem nötigen Stoff, um urteilslose und Klatsch und Tratsch hungrige Leute anzulocken, die ihren Schund kaufen. In den Redaktionen dieser Presse sitzen sehr oft moralisch und gesellschaftlich Deklassierte, die unter heuchlerischer Maske in für denkende Menschen widerlicher Weise bestehende Moral- und Sittengesetze, sowie Anschauungen ausnutzen." Er warnte davor, diese Zeitschriften zu unterstützen, man solle "keinen Pfennig für solche Blätter ausgeben, denn Klosettpapier ist bedeutend besser und billiger in Rollen zu kaufen".<sup>316</sup>

Mehrfach wurde betont, dass die Provinzpresse und die großstädtischen Sensationsblätter die "schärfsten Gegner der Invertierten" seien. So hetzte etwa das Frankfurter Sensationsblatt *Die Fackel* 1929 mit einem grotesken Artikel, aus dem hervorging, dass die Redaktion auf vermeintliche Heiratsanzeigen von Männern, die einen Mann als Ehepartner suchten, geantwortet hätte.<sup>317</sup> Andere Zeitungen sprachen von Homosexuellen, die an "Lasterstätten" ihr Unwesen trieben und die Jugend verführten. Die Freundschaftszeitschriften kritisierten, dass die Sensationsblätter unter dem Deckmantel der Entrüstung primär den Voyeurismus ihrer LeserInnen befriedigen wollten und so die "Stätten des Lasters" überhaupt erst bekannt machen würden. Ein Sensationsblatt, das über viele Jahre immer wieder von verschiedenen Freundschaftsblättern genannt wurde, war die *Hamburger Nachtpost* bzw. *Hermann Abels Nachtpost*, in der Homosexuelle diffamiert, zu Verbrechen gestempelt und karikiert wurden.<sup>318</sup> In mehreren Hamburger Justizakten ist überliefert, dass diese Zeitung darüber hinaus auch von Geschäftsleuten genutzt wurde, um Konkurrenten zu schädigen, und Erpresser drohten, darin einen Artikel verfassen zu lassen, wenn der Erpresste nicht auf ihre Geldforderungen eingehen wollte; unklar ist, ob die Redakteure selbst an diesen Erpressungen beteiligt waren.<sup>319</sup> Friedrich Radszuweit verklag-

<sup>313</sup> Friedrich Radszuweit: Mord und Selbstmord. Die "Homosexuellen" klagen an! In: Blätter für Menschenrecht Nr. 10, 1.7.1923 (1. Jg.), S. 1/2.

<sup>314</sup> Theo: Die Skandalpresse. In: Die Freundschaft Nr. 1, [August] 1919 (1. Jg.), S. 2.

<sup>315</sup> Knüppel-Kunze auf dem Holzwege. In: Die Freundschaft Nr. 11, [März] 1920 (2. Jg.), S. 2.

<sup>316</sup> M.H.D. [Max H. Danielsen]: Wochenschau. Die Freundschaft und die Sensationspresse. In: Die Freundschaft Nr. 8, 25.2.1922 (4. Jg.), S. 2.

<sup>317</sup> Ein Abonnent schreibt uns. In: Die Freundschaft Nr. 6, Juni 1929 (11. Jg.), S. 94. Friedrich Radszuweit: Warum bringen wir unsere kleinen Inserate öffentlich? In: Das Freundschaftsblatt Nr. 26, 28.6.1929 (7. Jg.), S. 1/2.

<sup>318</sup> Rundschau. "Nachtpost" hier! "Pranger" dort! In: Blätter für Menschenrecht Nr. 9, 15.6.1923 (1. Jg.), S. 3. Ortsgruppe Hamburg Nr. 24. In: Blätter für Menschenrecht Nr. 20, 1.7.1924 (2. Jg.), S. 3. Ein Schwindelblatt übelster Sorte ist die "Hamburger Nachtpost". In: Das Freundschaftsblatt Nr. 11, 12.3.1926 (4. Jg.), S. 1/2. Siehe auch: Küchlin, Friederike: Der Streit um die Bordellaufhebung in Hamburg – "Hermann Abels Nachtpost". In: 1999, Nr. 1, 1992 (7. Jg.), S. 12-33.

<sup>319</sup> Rep. 518/31, 986/32, 13478/32.

te das Blatt 1926 mit Erfolg wegen Verleumdung, womit die homophoben Angriffe aber nicht endeten.<sup>320</sup>

Die Autoren der Freundschaftsblätter griffen aber auch Tageszeitungen an, darunter auch rechtsextreme Publikationen, die besonders gegen "Homosexuelle" hetzten, so bereits 1921 den *Völkischen Beobachter* der NSDAP und die *Staatsbürgerzeitung*, das Organ der antisemitischen "Deutschen Reformpartei", die die Kastration von "Homosexuellen" gefordert hatte.<sup>321</sup> Hans Janus kritisierte unter anderem, dass die "Rechtspresse" versuchte, den Überfall auf Magnus Hirschfeld 1920 in München zu entschuldigen, und Hirschfeld die Verantwortung für die Angriffe auf ihn zuschrieb, weil er "Propaganda für die Homosexualität" gemacht habe.<sup>322</sup> Die Kritik richtete sich gegen zahlreiche Zeitungen im Reich, so gegen *Die Tribüne* aus Breslau, die Homosexualität als gemeingefährlich und Männer begehrende Männer als "Abziehbilder der Männlichkeit" dargestellt hatte, oder die *Altonaer Nachrichten*, die Homosexuelle in einen Zusammenhang mit Zuhältern und Dieben gebracht hatten und sich nach der Kritik der Hamburger BfM-Ortsgruppe für den Artikel, der "durchgerutscht" sei, entschuldigte.<sup>323</sup> Neben der bereits genannten Sexualdenunziation der SPD-Presse gegen den SA-Stabschef Röhm kritisierten die Freundschaftszeitschriften die homophoben Positionen der nationalsozialistischen Presse scharf.<sup>324</sup> Dass auch liberale Zeitungen durchaus homophob sein konnten, zeigt sich unter anderem an der Weigerung des *Hamburger Fremdenblattes*, eine Todesanzeige für einen ermordeten Männer begehrenden Mann so abzudrucken, wie die Hamburger Ortsgruppe des *BfM* sie eingereicht hatte. Worin die Zensur bestand, geht allerdings aus dem Bericht der Ortsgruppe nicht hervor.<sup>325</sup>

Insbesondere die zum Teil diffamierende Berichterstattung zum Fall Haarmann machte den Freundschaftsverbänden und -zeitschriften zu schaffen. Friedrich Radszuweit bewertete einen Teil der Presseberichte wie folgt: "Alle wissenschaftlichen Forschungen auf sexuellem Gebiet waren vergessen. Diese 'verdammten Homosexuellen', so hieß es, können nur solche Greuelthaten begehen, weil sie ihren Trieben – 'hemmungslos' – freien Lauf lassen."<sup>326</sup> Die unterschiedlichen Gruppierungen der "homosexuellen Bewegung" waren mit zahlreichen Vorträgen bemüht, den Schaden gering zu halten und für eine Trennung des Falls Haarmann von der Homosexualität im Allgemeinen zu sorgen.<sup>327</sup> In der eigenen Presse versuchte man, diese Position in der LeserInnenschaft zu verbreiten und zu bekräftigen.<sup>328</sup> Die Blätter des Radszuweit-Verlages kritisierten wie die anderen Freund-

<sup>320</sup> Auszug aus dem Geschäftsbericht des "Bundes für Menschenrecht" E.V. Sitz Berlin für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 1926. In: Blätter für Menschenrecht Nr. 5, Mai 1927 (5. Jg.), S. 9-19.

<sup>321</sup> Theo J. Sigmann: Kastrierung der Homosexuellen. In: Die Freundschaft Nr. 15, 18.4.1921 (3. Jg.), S. 2. Rubrik Rundschau. In: Die Freundschaft Nr. 32, 13.8.1921 (3. Jg.), S. 7.

<sup>322</sup> Hans Janus, Berlin: Homosexualität und Antisemitismus. In: Die Freundschaft Nr. 44, Oktober 1920 (2. Jg.), S. 2.

<sup>323</sup> M.G. [Max Gruschwitz]: Magnus Hirschfelds unheilvolle Saat. In: Das Freundschaftsblatt Nr. 37, 10.9.1926 (4. Jg.), S. 1/2 [Artikel aus: Die Tribüne, Breslau, Nr. 35, 1926]. Friedrich Radszuweit: Abrechnung mit Volksverhetzern. In: Das Freundschaftsblatt Nr. 38, 17.9.1926 (4. Jg.), S. 1/2. Dr. H. Meyer, BfM, Ortsgruppe Hamburg: An die Altonaer Nachrichten. In: Das Freundschaftsblatt Nr. 17, 26.4.1929 (7. Jg.), S. 4. x.: Homosexualität und Presse. In: Das Freundschaftsblatt Nr. 19, 10.5.1929 (7. Jg.), S. 1/2.

<sup>324</sup> Giftblasen. In: Menschenrecht [= Blätter für Menschenrecht] Nr. 13, August 1928 (6. Jg.), S. 6/7.

<sup>325</sup> Ortsgruppe Hamburg Nr. 24. In: Blätter für Menschenrecht Nr. 20, 1.7.1924 (2. Jg.), S. 3.

<sup>326</sup> Die Moral im anderen Lager. Kritische Betrachtungen von Friedrich Radszuweit. In: Blätter für Menschenrecht Nr. 28, 22.8.1924 (2. Jg.), S. 1.

<sup>327</sup> Z.B.: Offizielle Erklärung des WhK zum Fall Haarmann. In: Die Freundschaft Nr. 5, August 1925 (7. Jg.), S. 3. Blätter für Menschenrecht Nr. 23, 18.7.1924 (2. Jg.), S. 2. Offizielle Erklärung zum Fall Haarmann, Hannover. In: Blätter für Menschenrecht Nr. 24, 25.7.1924 (2. Jg.), S. 2. Vgl. Sternweiler, Freundschaftsbünde 1997, S. 101.

<sup>328</sup> Der Massenmörder Haarmann. Von Dr. med. Heinz Schmeidler, ehem. Mitarbeiter von Dr. Iwan Bloch, Berlin. In: Die Freundschaft Nr. 5, August 1924 (6. Jg.), S. 1. Der Vampir Haarmann. Von Rechtsanwalt Dr. jur. Walter Niemann. In: Die Freundschaft Nr. 5, August 1924 (6. Jg.), S. 2. Der Lustmörder von

schaftszeitschriften, dass Haarmanns Verbrechen allen "Homoeroten" angelastet würden. Sie forderten die "heterosexuellen Sittlichkeitsapostel" auf, zunächst in ihrem "eigenen Lager" zu schauen. Fortan wurde in der Radszuweit'schen Presse oft und umfangreich unter der Überschrift "Die Moral der Anderen" über Sexualverbrechen "heterosexueller Männer" berichtet, "ohne im entferntesten daran zu denken, alle heterosexuellen Männer mit jenen Sittlichkeitsverbrechern gleichstellen zu wollen". Bis zum Ende der Republik wurde die "Doppelmoral" kritisiert, die eigenen Artikel berichteten insbesondere über Lustmorde, Scheidungen, Ehebruch, Doppelehe, uneheliche Kinder, heimliche Prostitution und Geschlechtskrankheiten.<sup>329</sup>

Die Freundschaftszeitschriften hoben auch positive Berichte in der Presse hervor, so etwa Nachdrucke der Artikel der *Blätter für Menschenrecht* oder Artikel der anarchistischen Zeitungen *Die schwarze Fahne* und *Die Freiheit*.<sup>330</sup> Der Bericht der *Leipziger Volkszeitung* über den dortigen Bundestag des *BfM* 1923 liest sich fast wie ein Insider-Bericht.<sup>331</sup> Auch die 1929 dokumentierten Pressestimmen zur Denkschrift des *BfM* gegen den § 175 waren überwiegend positiv, es ist allerdings zu vermuten, dass sie keinen repräsentativen Querschnitt der Presselandschaft dokumentieren, sondern die subjektive Auswahl der Redaktion der *BfM*.<sup>332</sup> Gleichmaßen wahrscheinlich ist aber, dass Zeitungen, die die Forderungen des *BfM* ablehnten, gar nicht erst über seine Schrift berichteten. Über die Protestaktion des *BfM* in der Berliner Komischen Oper 1927 hatten ebenfalls zahlreiche Zeitungen im Deutschen Reich positiv berichtet.<sup>333</sup> Einigen führenden Repräsentanten der "homosexuellen Bewegung" gelang es, ihre Positionen ausführlich in den Medien darzustellen. So galt Magnus Hirschfeld in breiten gesellschaftlichen Kreisen als angesehener Sexualforscher und konnte seine Positionen oder die des *WhK* zumindest in der linken und liberalen Presse darstellen,<sup>334</sup> in der rechten Presse wurden sie diffamiert und denunziert, damit aber auch bekannt gemacht.

Homosexualität war in der Weimarer Republik auch Gegenstand von Kunst, Literatur, Theater und Film. So finden sich gerade auf den Feuilleton-Seiten vieler Zeitungen und Zeitschriften zahlreiche Artikel, die sich insbesondere mit männlicher, aber auch weiblicher Homosexualität beschäftigten.<sup>335</sup> Beiträge, in denen Homosexualität nicht als "un-

---

Hannover. Von Dr. Walter Wolf aus dem Institut für Sexualwissenschaft. In: Die Freundschaft Nr. 5, August 1924 (6. Jg.), S. 2. Psychologie des Lustmordes. Von Prof. Dr. K.F. Jordan. In: Die Freundschaft Nr. 5, August 1924 (6. Jg.), S. 2-3.

<sup>329</sup> Die Moral im anderen Lager. Kritische Betrachtungen von Friedrich Radszuweit. In: *Blätter für Menschenrecht* Nr. 28, 22.8.1924 (2. Jg.), S. 1. Die Moral der Anderen. In: *Blätter für Menschenrecht* Nr. 33, 26.9.1924 (2. Jg.), S. 3. Die Sittlichkeit der "Anderen". In: *Blätter für Menschenrecht* Nr. 5, Mai 1925 (3. Jg.), S. 21. Friedrich Radszuweit: Die Moral der Anderen. In: *Blätter für Menschenrecht* Nr. 11, November 1927 (5. Jg.), S. 1/2. Paul Weber: Zweierlei Maß. In: *Blätter für Menschenrecht* Nr. 8/9, August/September 1932 (10. Jg.), S. 9-14.

<sup>330</sup> Schwarze Fahne. In: *Menschenrecht* [= *Blätter für Menschenrecht*] Nr. 1, Januar 1929 (7. Jg.), S. 9/10. Für das Recht einer Minderheit. In: *Das Freundschaftsblatt* Nr. 30, 26.7.1929 (7. Jg.), S. 1/2. Homosexuelle bei den Parteien. In: *Menschenrecht* [= *Blätter für Menschenrecht*] Nr. 9, September 1929 (7. Jg.), S. 9-10.

<sup>331</sup> F.R. [Friedrich Radszuweit]: Der Bundestag in Leipzig. In: *Blätter für Menschenrecht* Nr. 1, 1.5.1923 (1. Jg.), S. 3.

<sup>332</sup> Pressestimmen zu unserer Denkschrift. In: *Menschenrecht* [= *Blätter für Menschenrecht*] Nr. 7, Juli 1929 (7. Jg.), S. 5-10.

<sup>333</sup> Friedrich Radszuweit: Homosexuelle Propaganda. In: *Das Freundschaftsblatt* Nr. 33, 19.8.1927 (5. Jg.), S. 1/2.

<sup>334</sup> Artikel von *WhK*-Mitarbeitern finden sich beispielsweise in der KPD-nahen *Arbeiter-Illustrierte-Zeitung*: Linsert, Richard: Magnus Hirschfeld's Lebenswerk. Zum 60. Geburtstag des Forschers. In: *Arbeiter-Illustrierte-Zeitung* Nr. 21, 1928, S. 13. Schmerzlust. Von Sanitätsrat Dr. Magnus Hirschfeld und Richard Linsert. Mit Aufnahmen aus einem Berliner Salon für "Individuelle Körperpflege". In: *Arbeiter-Illustrierte-Zeitung* Nr. 43, 1928, S. 4/5. Für den Hinweis danke ich Jens Schmidt, Hamburg.

<sup>335</sup> Zu Bühnenstücken und ihrer Rezeption siehe: Borchers, Wolf: Männliche Homosexualität in der Dramatik der Weimarer Republik, Diss. phil. Universität zu Köln 2001. Zu Filmen und ihrer Rezeption

natürlich" dargestellt wurde oder die Homosexualität bejahten, waren auch hier selten und wurden insbesondere von "Betroffenen" verfasst.

Friedrich Radszuweit behauptete mehrfach, es sei sein Verdienst, dass "die Presse" ihre Einstellung gegenüber den "Homoeroten" verändert habe. Durch die gute Öffentlichkeitsarbeit des Vereins, durch die Zusendung von Broschüren und der *Blätter für Menschenrecht* an die Presse sei es zu einem Umschwung gekommen. Dies ist unzutreffend, wie die Presse-Auswertungen zeigen, allerdings war sein Verdienst, in der Öffentlichkeit bekannt zu machen, dass es eine große Organisation gleichgeschlechtlich begehrender Menschen gab, die selbstbewusst politische Forderungen erhob.

Die Vielfalt der öffentlichen Einstellungen zu Homosexualität lässt sich auch an Artikeln verschiedener, weit verbreiteter zeitgenössischer Lexika zum Stichwort "Homosexualität" aufzeigen. Obwohl die Artikel sich explizit auch auf weibliche Homosexualität bezogen, orientierten sich die Inhalte implizit an Theorien und Vorstellungen über männliche Homosexualität. Die Darstellungen reichten von ausschließlicher Pathologisierung und moralischer Verdammung bis hin zu Akzeptanz bei gleichzeitigem Bemitleiden. So war in der 15. Auflage des *Großen Brockhaus* (1928-1935) von "unter Homosexualität leidenden Menschen" die Rede, Homosexualität wurde als unnormal und pathologisch dargestellt. Der Artikel stützte sich überwiegend auf eine psychoanalytische Ursachenerklärung, die auch explizit als die "richtige" Theorie vorgestellt wird.<sup>336</sup> Etwas zurückhaltender in der Wortwahl war der *Große Herder* (4. Auflage, 1931-1935), in dem es hieß: "Die H[omosexualität] ist widernatürlich, da sie dem natürl[ichen] Zweck des Geschlechtsverkehrs widerspricht." Gleichzeitig wurde auf die Strafbarkeit von sexuellen Handlungen zwischen Männern (und in Bezug auf Österreich auch zwischen Frauen) und die geplante Reform des deutschen Strafrechts verwiesen. Trotzdem wurde als Literaturempfehlung ausschließlich Magnus Hirschfelds *Sexualpathologie* angegeben.<sup>337</sup> *Meyers Lexikon* (7. Auflage, 1924-1930) hingegen sprach von "in intellektueller und ethischer Beziehung oft ausgesprochen hochstehende[n] Menschen", die unter der gesellschaftlichen Verfemung der Homosexualität – also nicht unter dieser selbst – "seelisch oft ungemein leiden". Als Literaturhinweis wurden hier die *Jahrbücher für sexuelle Zwischenstufen* angegeben. Der Artikel verwies ferner auf den *Bund für Menschenrecht* als Organisation der "Homosexuellen in Deutschland" und die *Blätter für Menschenrecht* als seine Zeitschrift.<sup>338</sup> Friedrich Radszuweit behauptete, die Erwähnung des *BfM* sei auf seine Initiative hin erfolgt.<sup>339</sup> Das *Wissenschaftlich-humanitäre Komitee* hatte hingegen einen eigenen Eintrag, und in den Ergänzungsbänden von 1933 gibt es Nachträge zu den Einträgen "Hirschfeld, Magnus" und "Transvestiten".<sup>340</sup> *Meyers Lexikon* nahm aber dennoch keine Homosexualität bejahende Position ein, auch hier wurden, wie in den anderen Nachschlagewerken, "Therapievorschläge" unterbreitet. Als "normales" Phänomen erschien Homosexualität also in keinem der Lexika, allen Artikeln war die Frage nach der Möglichkeit zur "Heilung" oder

---

siehe u.a.: Steakley 1996, S. 24/25, S. 29.

<sup>336</sup> Artikel "Homosexualität". In: Der Große Brockhaus. Handbuch des Wissens in zwanzig Bänden. 15., völlig neu bearbeitete Auflage von Brockhaus' Konversationslexikon [2 Ergänzungsbände], Leipzig: Brockhaus 1928-1935; Bd. 8, 1931.

<sup>337</sup> Artikel "Homosexualität". In: Der Große Herder. Nachschlagewerk für Wissen und Leben. 4., völlig neu bearbeitete Auflage von Herders Konversationslexikon, Freiburg/Breisgau: Herder Verlag 1931-1935; Bd. 6, 1933.

<sup>338</sup> Artikel "Homosexualität". In: Meyers Lexikon, 7. Auflage, Leipzig: Bibliographisches Institut 1924-1930, 2 Ergänzungsbände 1933, Bd. 5, 1926.

<sup>339</sup> Friedrich Radszuweit: Zum zehnjährigen Bestehen des "Bund für Menschenrecht, E.V.", 1919-1929. In: *Blätter für Menschenrecht* Nr. 10, Oktober 1929 (7. Jg.), S. 12-30.

<sup>340</sup> Artikel "Wissenschaftliches humanitäres Komitee" [sic]. In: Meyers Lexikon, 7. Auflage, Bd. 12, 1930. Artikel "Hirschfeld, Magnus". In: Meyers Lexikon, 7. Auflage, Bd. 14 (Ergänzungsband), 1933. Artikel "Transvestiten". In: Meyers Lexikon, 7. Auflage, Bd. 15 (Ergänzungsband), 1933.

"Beseitigung" der Homosexualität gemeinsam. In allen Lexika wurde die Frage thematisiert, ob es sich um ein angeborenes oder erworbenes Phänomen handele. Darüber hinaus wurde männliche Homosexualität mit "Weiblichkeit", weibliche mit "Männlichkeit" verbunden, sowohl in "seelischer" Hinsicht als auch in körperlicher.

Welche Einstellungen in der deutschen Bevölkerung gegenüber gleichgeschlechtlich begehrenden Männern und Frauen bestanden, ist nicht direkt zu erschließen, da es hierüber keine demoskopischen Untersuchungen aus der Weimarer Republik gibt. Es lässt sich zwar vermuten, dass die veröffentlichte Meinung der Presse das Spektrum der in der Gesamtgesellschaft vorhandenen Einstellungen widerspiegelt. Aussagen, wie stark welche Meinungen in der Bevölkerung verbreitet waren, müssen aber immer spekulativ bleiben. Burkhard Jellonnek hat 1995 die These aufgestellt, dass die geplante Entschärfung des Homosexuellenstrafrechts in der Weimarer Republik nicht von der Bevölkerungsmehrheit, sondern nur von einer "schmalen Intellektuellen- und Politikerschicht" getragen wurde.<sup>341</sup> Jellonneks Einschätzungen sind angesichts der latenten homophoben Grundtendenz der Gesellschaft als sehr wahrscheinlich anzusehen. So war Gegenstand der veröffentlichten Meinung zum überwiegenden Teil die Minderwertigkeit der Homosexualität. Gleichgeschlechtlich begehrende Menschen galten bestenfalls als bemitleidenswert, Homosexualität erschien aber nicht als positiver Lebensentwurf.

Wie umstritten das öffentliche Auftreten gleichgeschlechtlich begehrender Menschen in der Weimarer Republik war, zeigt sich nicht zuletzt an der Zensur, aber auch an der Störung von Theaterstücken, Filmen und öffentlichen Vorträgen durch antidemokratische und reaktionäre Kräfte. So gab es am 15. August 1919 bei der Hamburger Uraufführung von *Anders als die Andern* im Lessing-Kino am Gänsemarkt Tumulte, weitere Vorführungen sollten blockiert werden.<sup>342</sup> Im Februar 1920 sollte ein Vortrag von Magnus Hirschfeld im Hamburger Curio-Haus mittels Pöbeleien, Stinkbomben und Kanonenschlägen verhindert werden. Besonnenes Auftreten der Veranstalter und die Hilfe der Polizei, die die Störer unter Beifall fast aller anwesenden Personen aus dem Saal führte, sorgten letztlich für die Durchführung des Vortrags.<sup>343</sup> Bei einem Vortrag von Arthur Kronfeld am 16. September 1920 in Hamburg verhinderten geschlossenes Auftreten der Mitglieder der Freundschaftsverbände und Polizeischutz Störungen rechter Gruppen.<sup>344</sup>

---

<sup>341</sup> Jellonnek, Burkhard: Staatspolizeiliche Fahndungs- und Ermittlungsmethoden gegen Homosexuelle. Regionale Differenzen und Gemeinsamkeiten. In: Paul, Gerhard / Mallmann, Michael (Hg.): Die Gestapo. Mythos und Realität, Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft 1995, S. 343-356, S. 350.

<sup>342</sup> Neue Hamburger Zeitung, 18.8.1919. Hamburger Fremdenblatt, Abendausgabe, 20.8.1919, S. 8. Vgl. Steakley 1996, S. 19; dort finden sich auch Hinweise auf weitere Zeitungsberichte und Forschungsliteratur.

<sup>343</sup> Magnus Hirschfeld: Bericht über einen Vortrag in Hamburg. In: Welt am Montag, 1.3.1920. Angeführt in: Jahrbuch für sexuelle Zwischenstufen, 1919 (19. Jg.), S. 118-120. Vgl. Voigt, Wolfgang: Geschichte der Schwulen in Hamburg. In: Hamburg ahoi! Der schwule Lotse durch die Hansestadt. Hg. v. Wolfgang Voigt, Klaus Weinrich, Berlin (West): Verlag rosa Winkel 1982, S. 5-49, S. 21.

<sup>344</sup> A[dolf] Lützow-Koor: Leitartikel. In: Die Sonne Nr. 12, 1920 (1. Jg.), S. 1/2.